

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Inserate und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erfolgt täglich außer Montag.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 1. Oktober 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Ein Vierteljahrhundert Justizeinheit.

Am 1. Oktober sind 25 Jahre verflossen, seit die Reichsjustiz-gesetze in Kraft getreten sind; der Rückblick auf diese Periode ist lohnend genug.

Die Verhältnisse der Rechtspflege hatten dem deutschen Volk täglich seine jammervolle Verzerrtheit vor Augen geführt und waren unvereinbar mit der durch Handel und Verkehr bewirkten Annäherung der deutschen Länder. So bildete die Einheit der Gerichtsverfassung und des Prozedurverfahrens eine der ersten Forderungen des Einheitsdranges der Nation und eine der wichtigsten Verheißungen der Bundesverfassung von 1807.

Ueber der Geburt dieses ersehnten Kindes leuchteten aber keine günstigen Sterne, sie stand unter den Zeichen bürokratischer Annäherung und nationalliberaler Schwächlichkeit. Während der ganzen Beratung setzten die Regierungsvertreter, namentlich die preussischen, den Versuch, die Justiz unabhängiger zu gestalten, zähen Widerstand entgegen. Als schließlich das Werk in zweiter Lesung vollendet war, erklärten sie kalt, die Bundesregierung würde eher die Rechtseinheit scheitern lassen, als daß sie einer Anzahl von Reformen zustimmte. Die Nationalliberalen ließen sich durch diese unverantwortliche Drohung einschüchtern und kippten in den berühmten Miquel'schen Kompromißanträgen vom 16. Dezember 1876 um. Es ist gut, sich zu erinnern, daß es sich dabei in der Hauptsache um die Fragen handelte, die uns heute nach 28 Jahren noch weh tun, den fliegenden Gerichtsstand für Prehanlagen, den Zeugnispflicht gegen Redakteure, die Entschädigung unschuldig Verhafteter und das Recht der Regierung, die Beamten durch ein „Konfliktverfahren“ der Verantwortung für ihre „Amtshandlungen vor Gericht zu entziehen. Angeblick im Interesse der Rechtseinheit wurde eine Ungleichheit des Verfahrens geschaffen, indem die Zuständigkeit der Schwurgerichte für Prehdelikte abgelehnt wurde, aber beibehalten blieb, wo sie galt. Natürlich bewies die nationalliberale Mehrheit, daß das alles nichts auf sich baute, und die Regierungsvertreter gaben die beruhigendsten Versicherungen ab. Seitdem hat sich gezeigt, daß die schwärzesten Prophezeiungen der Opposition von damals nichts übertrieben haben.

Am besten hat sich die Organisation der Zivilgerichte und die Zivilprozedur-Ordnung bewährt. Die berechtigten Klagen über Unständlichkeit der Gerichte und lange Dauer der Prozesse haben ihren Grund weniger in der Prozedurordnung selbst, als im Fiskalismus der Justizverwaltungen, die für die ungeheuer gewordenen Geschäftslast viel zu wenig Richter anstellten, und in der Vorbildung der Juristen. Die Kreise, aus denen sich die Richter immer ausschließlicher rekrutieren, die der reichen städtischen Bevölkerung, werden durch die ganze Entwicklung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse immer mehr dem Volke entrückt und finden es immer schwieriger, sich in seine Lebens-, Denk- und Sprechweise, in technische Vorgänge und andere Dinge des Alltagslebens hineinzuversetzen. Schon darum war die Schaffung der Verwaltungsgerichte ein so ungemein wichtiger Schritt, und eine so verheißungsvolle Ergänzung unseres Zivilprozesses. Natürlich ist auch sonst noch manches an der Zivilprozedur-Ordnung verbesserungsfähig.

Aber wichtiger für das öffentliche Leben ist die Gestaltung der Strafrechtspflege, denn hierbei handelt es sich nicht bloß um Geld und Gut, sondern um die öffentlichen Rechte, Ehre und Freiheit der Volksgenossen. Man braucht nicht zu den „Umschülzern“ zu gehen, um die vernichtendsten Urteile über diesen Teil der Justiz-gesetzgebung und ihre Handhabung zu hören. Von Anfang an hatte man die Mängel des Strafverfahrens erkannt, von Jahr zu Jahr sind die enttäuschten Hoffnungen nach Verbesserung lauter und allgemeiner geworden, man hat auch mit großem Lärm einige kleine Reformen erwirkt und größere versprochen, aber in der Hauptsache nichts geändert. Der fliegende Gerichtsstand der Presse ist formell beseitigt, aber in einer Weise, die der Justiz gestattet, ihn jeden Tag wieder einzuführen. Die Entschädigung für unschuldig erlittene Straf- und Untersuchungshaft ist eingeführt, aber unter Beschränkungen, die sie fast wertlos machen. Noch immer entbehren wir der Berufung gegen Strafkammerurteile, obgleich sie immer notwendiger wird, je mehr eine subtile Befehdsauslegung Handlungen zu bestrafen geneigt ist, deren Strafbarkeit der Angeklagte erst aus dem Urteil erster Instanz erfährt. Das inquisitorisch gefaltete geheime Vorverfahren enthält seine Mängel auch der weitesten Öffentlichkeit bei jedem größeren Sensationsprozess. Die viel zu weit zugelassene Untersuchungs-haft gerät in unzähligen Fällen zwecklos wirtschaftliche Existenz und Lebensglück der Betroffenen. Der Straf-vollzug muß seinen völligen Vankrott eingestehen angesichts der erschrecklichen Zunahme der Wiederbestrafen und des Gewohnheitsverbrechens.

Die Organisation der Strafgerichte ist zu stande gekommen unter dem Einfluß bürokratischer Mißtrauen gegen das Volk, und ihre Funktion krankt an der fortschreitenden Erweiterung der Kluft zwischen Bürokratie und Volk. Die Tätigkeit der Schwurgerichte hat man auf einige wenige Delikte beschränkt, die Prehanlagen, die politischen Prozesse und fast alle Fälle, die das Gebiet der gesellschaftlichen Konflikte betreffen, sind ihnen entzogen. Die Schöffengerichte haben zu einem großen Wirkungskreis, mühten aber auch anders organisiert in, um dem bürokratischen Uebergewicht des Vorsitzenden wenigstens zu unterliegen. Schöffen und Geschworne werden durch ein kompliziertes Wahlverfahren berufen, das die breiten Volksmassen nahezu ganz von diesen Ämtern ausschließt, jedenfalls der herkömmlichen Klasse die Möglichkeit giebt, sie davon auszuschließen. Immerhin ist daran festzuhalten, daß unsere Schöffen- und Schwurgerichte gerade die Angriffe, mit denen sie von gewissen Berufsjuristen bedacht zu werden pflegen, nicht verdienen, sondern verhältnismäßig gut funktionieren.

Nicht dasselbe kann man von den juristisch besetzten Kammern und Senaten sagen. Natürlich werden auch sie die überwiegende Menge der gewöhnlichen Fälle pflicht- und sachgemäß erledigen, aber es wäre auch eine Verleumdung, ihnen das nicht zuzutragen. Wo dagegen die Beweiskraft der Besondereheiten bietet, wo ein feineres Eingehen auf soziale oder soziale Eigentümlichkeiten des Falles erforderlich wäre, macht sich nur gar zu oft ein Schematismus bemerkbar, der sich als natürliche Folge jeder bürokratischen Organisation einzufinden pflegt.

Nicht zu verschweigen ist, daß sich die Strafmaße in den gewöhnlichen Fällen vielfach in ziemlich mäßigen Grenzen halten. Allerdings giebt es auch auf diesem Gebiete solche Verschiedenheiten, daß manche Handlungen an einem Ort mit so viel Jahren bestraft werden, wie man anderwärts Monate erwarten würde; die Abhilfe dagegen muß bei der Reform des Strafgesetzbuchs gesucht werden durch erhebliche Herabsetzung der Maximalstrafmaße. Uebrigens möge man nicht vergessen, daß auch die Verurteilungen, die durch ihre Höhe Entsetzen erregen, wie in den Löblauer, Bromberger und ober-schlesischen Landfriedensbruchs-Prozessen, von Juristen ausgesprochen worden sind, gerade so wie die milden Verurteilungen so vieler Ausschreitungen von Personen höherer Lebensstellung.

Dies führt auf das Gebiet der Anklagen, die unter dem Zeichen politischer und sozialer Tageskämpfe stehen. Ist es nötig, der Öffentlichkeit noch einmal dies Konto der deutschen Einheitsjustiz vorzuzurechnen? — Wer leumt nicht alle diese Auslegungen, die die politischen und sozialen Rechte einengen, das freie Wort durch Anklagen wegen Verleumdung aller Säulen der heutigen Ordnung, vom Schuttmann und Streikbrecher bis zum Minister hinaus, oder wegen Majestätsbeleidigung und Gotteslästerung stumm machen, die Ausübung des Koalitionsrechts als Verleumdung brandmarken, die Presse inebeln, Wissenschaft und Kunst den Fesseln einer unheimlichen Zensur ausliefern! Das sind nur einige Beispiele, die man beliebig vermehren könnte. Es ist nicht zu hart geurteilt, wenn man sagt, daß eine Neigung zur Ausdehnung aller gesetzlichen Verbote und Redarmierungen, und zur Einengung aller Freiheiten im Durchschnitt unsrer Rechtsprechung hervortritt.

Diese Mängel folgen in erster Reihe aus der Gerichtsorganisation, wie man das an hundertfachen Verhältnissen sieht. Dort giebt es, so weit die Presse in Frage kommt, fast keine Anklagen wegen Beamtenbeleidigung, Majestätsbeleidigung usw., weil die Geschworenen sich nicht darauf einlassen. Aber es giebt Prehanlagen wegen groben Unfugs und in Form von Privatklagen wegen Verleumdung, Fälle, in denen in oberer Instanz Juristen entscheiden.

Diese Rechtsprechung auf politischem Gebiet ist für das öffentliche Leben unsrer Nation ungemein schädlich, untergräbt wie nichts anderes das Vertrauen des Volkes zur Rechtspflege und verbittert die unvermeidlichen politischen und sozialen Kämpfe. Aber, um gerecht zu sein, muß man hervorheben, daß die Verantwortlichkeit hierfür weniger auf die Organisation der Strafgerichte und die Gestaltung des Verfahrens zu schieben ist als auf die Institute der Staats-anwaltschaft und des Reichsgerichts.

Das Institut der Staatsanwaltschaft kann gar nicht bitter genug beurteilt werden, und seine Wirksamkeit hat die schlimmsten Voraussetzungen übertroffen. Das Anklagemonopol zeigt seine Wirkung vor allem in den Schwierigkeiten, die sich der Verfolgung von Amtsaus-schreitungen entgegenstellen. Die sogenannte „Kantel“ des Antrages auf gerichtliche Entscheidung bewährt sich in der Praxis absolut nicht. Die Abhängigkeit der Staatsanwälte von ihren Vorgesetzten äußert sich vielfach in einer Neigung zu politischen Tendenzreden, die nicht vor den Richtern geäußert, zur einseitigen Betonung des Belastungsmaterials und zur Aufrechterhaltung auch einer unhaltbaren Anklage um jeden Preis. Wenn das nicht allgemein so ist, so liegt das Verdienst daran bei den einzelnen Personen, nicht in der grundsätzlichen Institution.

Ohne von der Staatsanwaltschaft erhobene Anklagen oder durch-geschickte Revisionen wären die erwähnten, das Volkleben schädigenden Auslegungen der Gerichte nicht möglich gewesen; der Geist der Staatsanwaltschaften zunächst ist es, der darin sichtbar wird, und dem sich die Judikatur nur allzu bereitwillig zum Spiegel hergibt.

Für diese Entwicklung der Rechtsprechung aber trägt die Verantwortung hauptsächlich das Reichsgericht. Es ist geschaffen worden, um die Einheit der Rechtsauslegung und Rechtsentwicklung zu fördern und hat auf privatrechtlichem Gebiete auch unstreitig sehr große Verdienste. Die Rechtseinheit aber, die wir ihm auf strafrechtlichem Gebiete verdanken, ist ein Danaergeschenk, sie äußert sich bei einer Reihe von Materien in der Ausbreitung einer gewöhnlichen preussisch-bürokratischen Tradition über ganz Deutschland, ja es muß gesagt werden, daß in manchen Fragen das preussische Kammergericht in den letzten Jahren eine bessere, d. h. dem Willen des Gesetzgebers und den Bedürfnissen des Lebens mehr entsprechende und juristisch feiner begründete Rechtsprechung hervorgebracht hat, wie das Reichsgericht. Eine solche allgemeine Verurteilung will natürlich nur ein Durchschnittsfacit ziehen und nicht bestreiten, daß auch die Strafsenate eine Menge vorurteilloser sorgfältig bearbeiteter Urteile fällen. Ja sogar auf politischem Gebiet hat das Reichsgericht in mancher Entscheidung einen freien Blick gezeigt. Es sei an die Aufhebung des verurteilenden Berliner Erkenntnisses gegen die sozialdemokratische Partei-Organisation und an die Strafrechtspflege in Sachen der Lübecker Streikposten-Verordnung erinnert; auch in der Auslegung des groben Unfugs hat das Reichsgericht wiederholt recht sachgemäß und gut begründete Urteile erlassen.

Inbesseren, was wollen diese Fälle sagen neben der Judikatur des Reichsgerichts in andern politischen Materien. Die Anwendung der Verleumdungsbestimmungen gegen Arbeiter, die ihr Koalitionsrecht ausüben, ist in erster Reihe dem Reichsgericht zu danken; nur zögernd

und nicht ohne Widerspruch haben sich viele Landgerichte ihr an-bequemt. Daß das durch die Gewerbe-Ordnung garantierte Streikrecht so gut wie ausgeschlossen wäre, daß Handel und Gewerbe lahmgelegt würden, wenn die Grundsätze des Reichsgerichts über Expressung allgemein angewandt würden, das macht man sich in Leipzig anscheinend nicht klar. Gerade diese Judikatur ist nicht nur praktisch höchst schädlich, sondern auch wissenschaftlich ganz unzulänglich.

Das Delikt der „öffentlichen Aufreizung“ wird vom Reichs-gericht so ausgelegt, daß die Einengungen, die man bei Erlaß des Reichs-Strafgesetzbuches schaffen wollte, praktisch ziemlich beseitigt sind. Zur Gefährdung des öffentlichen Friedens soll jede wer weiß wie weit entfernte Möglichkeit einer künftigen Störung genügen und sogar eine bloße Gefährdung des inneren Friedens der einzelnen. Nicht viel anders ist es mit der Interpretation der Religionsdelikte und des Begriffs der „unächtigen Schrift“. Lüge man aus den Begriffsbestimmungen des Reichsgerichts die Konsequenzen, so müßten die Heroen der Weltliteratur in Deutschland konfiszieren und verboten werden. Einzelne Fälle der Art sind schon vorgekommen.

Und die Majestätsbeleidigungs-Prozesse, die unser Deutsches Reich mit dem Zeitalter der Tiberius, Caligula und Nero gemein hat, so daß auch unsrer Gegenwart die schmachvolle Devisse des „Nennens in die Mächtigkeits“ gebührt, und „deutscher Mannesstolz und Freimut“ wie Märchen aus vergangenen Tagen klingen! Hat das Reichsgericht dieser Zeitrankeit Widerstand entgegenge-setzt? — Man braucht nur daran zu erinnern, daß es die „eventuell getwollte“ Majestätsbeleidigung und die „mittelbare“, durch einen gering-schätzigen Ausdruck über ein vom Kaiser protegiertes Ge-bäude begangene acceptiert hat. Und wie oft hören wir, daß, wenn einmal eine Strafkammer bei einer Majestäts-beleidigungsanfrage freigesprochen hat, das Reichsgericht dies Urteil laffert; so erst neulich wieder in dem Falle, wo die Verleumdung der Andeutung gesehen wurde, es könnte in einer Familie ein un-eheliches Kind geben.

Das sind nur einige Stichproben. Man müßte ein Buch schreiben, wollte man die Wirksamkeit des Reichsgerichts in politischen Prozessen erschöpfend behandeln.

Als der höchste Gerichtshof gegründet wurde, suchte man ihn durch eine möglichst unabhängige Stellung gegen Einflüsse von oben zu schützen. Man legte ihn nach Leipzig, ein etwas naives Mittel, ihn den Berliner Einflüssen zu entziehen. Man ernannte einen alten liberalen Politiker zu seinem Präsidenten; kein günstiges Omen, denn es war derselbe Simon, der nicht einmal als Reichstags-Präsident seinen Kollegen anderer Fraktionen gegenüber unparteiische Gerechtigkeit geübt hatte. Man machte die Richter so gut wie unabhöbar, aber man ließ sie ernennen vom Kaiser auf Vorschlag des Bundesrats. Das heißt, daß die Justizverwaltungen der einzelnen Bundesstaaten die Befugung in der Hand haben; natürlich verfahren sie dabei in ihrem gewohnten Geiste. Vor einigen Wochen hieß es in der Presse, dem verstorbenen Rechtsanwalt Staub, einem ganz hervorragenden Juristen, wäre vorgeschlagen worden, Reichsgerichtsrat zu werden, nur müßte er sich taufen lassen. Ob die Geschichte, die unsres Wissens nicht bemerkt worden ist, wahr sein mag, kann dahingestellt bleiben; jedenfalls würde sie der Praxis der preussischen Justizverwaltung entsprechen. Dann wäre also das Reichsgericht nur durch Staub's Ehrgefühl davor bewahrt worden, einen Richter zu haben, der seinen sittlichen Ernst durch einen Konfessionswechsel aus äußeren Gründen dokumentiert hätte.

Geißt giebt es eine große Anzahl bedeutender und vorurteil-loser Richter im Reichsgericht, aber gerade die Verurteilungen von Kriminalisten haben wiederholt Kopfschütteln erregt. Mittelstadt, der fanatische Verfechter der Prügelstrafe, Stenglein, der heftige Gegner der Schwurgerichte, wurden zu Mitgliedern des höchsten Gerichts gemacht, indessen hatten diese doch wissenschaftliche Leistungen aufzuweisen. Aber man berief auch den Landgerichts-Direktor Freitag aus Breslau, der sich seinen Namen durch sein beleidigendes und gehässiges Auftreten in politischen Prozessen gemacht hatte.

An alle diese Dinge muß sich der wahre Freund unsres Volkes und seiner Zukunft heutzutage erinnern, wenn eine immer lobesvolle Journalistik sich und uns einreden will, unsre Rechtszustände wären tadellos. Nein, dies Vierteljahrhundert deutscher Rechtspflege hat schlimme Prophezeiungen nicht erfüllt, sondern hinter sich gelassen, es hat auf politischem Gebiet nur keine Verbesserungen aber große Rückschritte gebracht, und unsre nächste Sorge muß sein, freien Gedanken, Wort und Handeln wieder die Bahn zu öffnen. Dazu ist eine ganz radikale Umgestaltung unsrer Justizverhältnisse nötig.

Daß das heutige Deutsche Reich dazu fähig wäre, ist freilich zu bezweifeln, weil Bourgeoisie und Bürokratie, eng mit einander liiert, kein Interesse an diesen Reformen haben. So dürfte auch diese Aufgabe der Sozialdemokratie zufallen, die sie nicht aus den Augen verlieren kann. Denn Freiheit kann nur durch Gerechtigkeit bestehen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. September.

Von Gottes Gnaden.

Könige und Fürsten heißen sich „von Gottes Gnaden“. Leider aber zeigt sich das Gottesgnadentum nicht in allen Fällen so deutlich und einleuchtend, daß ein Zweifel über die Persönlichkeiten ausgeschlossen ist, an denen diese besondere Eigenschaft haften. Selbst die Gottesgnaden unter einander sind sich zuweilen nicht einig, wer in ihren Kreis gehört, und es geschieht, daß ein Gottesgnadener den andern als unbedeutend erklärt, das Scepter zu führen.

Diese monarchistische Schwierigkeit ist jetzt wieder in Pippi-
schen Erbfolgestreit herausgeschworen. In Detmold wurde
der verstorbene Grafregent am Donnerstag zu Grabe getragen. Er
hatte vor einigen Jahren um das Recht der Regentenschaft an Stelle des
geistesgestörten Landesfürsten einen langen Kampf führen müssen, und
jetzt erhebt sich an seinem Grabe ein neuer erbitterter Streit, ob der
Sohn des Grafen oder ob der Abkömmling aus der Linie Schaumburg-
Lippe der eigentlich Gottbegnadete sei, dem das Recht zusteht,
über Lippe-Detmold zu herrschen. Obgleich seiner Zeit das Schieds-
gericht unter Vorsitz des Königs von Sachsen das Recht der Diesfeld-
seiner Linie anerkannt hatte, so giebt es doch unzweifelhafteste
Monarchisten, die das Recht bestritten und die selbst die sonst den
Bundesfürsten des Reiches zukommenden Ehren noch im Tode
verweigern. Der „Reichs-Anzeiger“ und die „Norddeutsche
Allgemeine Zeitung“ fühlen sich außer Stande, das Gottes-
gnadentum des verstorbenen Fürsten anzuerkennen, sie haben
diesem Monarchen jeden Nachruf verweigert, und bei der Beisetzung des
Grafregenten fehlte jede Vertretung der preussischen Monarchie unter den
Abgeordneten der anderen deutschen Höfe. Am Grabe aber hielt der General-
superintendent Wessel eine Trauerrede, anschließend an einen Wahl-
spruch des verstorbenen Regenten, der da lautet: „Rügen mich die
Menschen können und auf mein Verderben denken, sind sie mir ohn-
schuldig, Gott im Himmel ist mein Freund.“

Wie es scheint, giebt es unter den Monarchisten manche, die
an auch auf das Verderben des Grafen Leopold, des Sohnes des
Verstorbenen, eifrig denken. In der „Allniederrheinischen Zeitung“ wird ge-
meldet, daß der Bundesrat nicht nur sich mit dem Protest des
Schaumburgers befassen, sondern sogar prüfen wolle, ob der zu-
künftige Vertreter des Grafen Leopold als Bundesrats-Bevoll-
mächtigter überhaupt berechtigt sei. Die „Germania“ erklärt zu
diesem von der „Allniederrheinischen Zeitung“ angebotenen Abfichten, daß
dann auch die Legitimation aller Bundesfürsten, auch des
Königs von Preußen, geprüft werden müsse, und sie tritt
mit Lebhaftigkeit ein für das Recht des Diesfelders auf den Thron
von Lippe-Detmold.

Man sieht, es hat seine Schwierigkeiten, das Gottesgnadentum
unzweifelhaft festzustellen. —

Rußlands Kerger über den Tibet-Vertrag.

Rußland ist über die englische Ausnützung seiner gegenwärtigen
Schwäche sehr empört. Seine Entrüstung kommt deutlich in offiziellen
Organen zum Ausdruck.

Das hochoffizielle „Journal de St. Pétersbourg“
giebt einen Artikel der streng konservativen „Moskowskaja
Wjedomosti“ wieder, der sich mit der neuesten Wendung der
Tibetfrage befaßt.

Der Vertrag müsse, so wird in dem Artikel ausgeführt, sowohl
was China als auch was Tibet, besonders aber was Rußland
andrerseits, für null und nichtig angesehen werden. Rußland
könne und dürfe den Vertrag nicht anerkennen, weil er in offenbarem
Widerspruch mit den im englischen Parlament abgegebenen Erklärungen stehe wie auch mit dem
englisch-russischen Uebereinkommen, nach dessen
Bestimmung sich England 1903/04 auslich verpflichtet habe,
keinerlei Aenderung in dem politischen status
quo Tibets vorzunehmen. Der Artikel betont schließlich,
der Text des englisch-tibetischen Vertrages zeuge von mala fides
und Ungenüchtheit der englischen Regierung.

Der Kerger Rußlands ist nur zu begreiflich. Aber sein un-
begründeter Ausbruch wird auf England momentan wenig Eindruck
machen. Rußland ist durch den ostasiatischen Krieg derartig
engagiert, daß es sich Englands Vorgehen einfach gefallen lassen muß.
England scheint auch davon überzeugt zu sein, daß Rußland nach
Wendigung des ostasiatischen Krieges auf geraume Zeit hindus der-
artig entkräftet sein wird, daß es nicht daran denken kann, etwas
gegen England zu unternehmen.

So rächt sich Rußlands unersättliche Ländergier. Es hüht aller
Voransicht noch nicht nur seine Eroberungen im Osten Asiens ein,
sondern auch seine vermeintlich schon sichere Beute in Centralasien!

Deutsches Reich.

Saarabien vor dem Reichsgericht.

Am Freitag verhandelte das Reichsgericht über die Prozesse
gegen den Redakteur der „Reunirchner Zeitung“, Ludwig
Lehnen.

Es handelte sich um drei Urteile des Landgerichts Saarbrücken.
Durch die beiden ersten vom 31. Oktober v. J. ist Lehnen wegen
Beleidigung zu 300 M. Geldstrafe verurteilt worden,
während das dritte Urteil vom 23. Dezember wegen verleumdender
Beleidigung ergangen ist und auf 900 M. Geldstrafe lautet. In dem
ersten unrichtigen Urteil war behauptet worden, bei Verlegungen und
Zusammenstellungen der Mannschaften verfahren die Steiger oft mehr
nach Ginst als nach Kunst. Manchem regne es Verlegungen und
niemand wisse warum. Der Steiger sage, er wisse den Grund nicht,
der Befehl komme von oben. Der wahre Grund sei die Verteilung
an der Wahl. Wer hinreichend verdächtig sei, nicht liberal zu wählen,
werde verlegt und bekomme schlechtere Arbeit. Der Artikel erhebt den
Vorwurf, die Vergleute würden systematisch durch Verlegen und
Entlassung von oben her für ihre Stimmabgabe für den Centrumsland-
boten gemacht. Das Gericht war der Ansicht, ein Wahrheits-
beweis dafür, daß Vergarbeiter wegen ihrer politischen Gesinnung von
der Direktion aus gemacht worden seien, sei nicht erbracht
worden, auch nicht dafür, daß unter Beamte es gehen hätten.
Zwei Fälle von Maßregelungen auf Grund der Anordnungen eines
Vergarbeiters seien durch andere Gründe genügend erklärt, lagen auch
zwei Jahre auseinander. In einem anderen Falle von Maßregelungen
durch einen Steiger sei der Grund auch nicht politischer Art. Aller-
dings, so heißt es im Urteil, scheinen Fälle vorgekommen
zu sein, daß Steiger, Obersteiger und andere den
Arbeitern unpassende Vorhalte u. dgl. wegen ihrer
politischen Gesinnung gemacht haben, aber für eine
systematische Beeinträchtigung von oben herab ist nichts erwiesen.
Zur Kenntnis des Angeklagten gelangt war nur ein Fall,
in dem er eine Beeinträchtigung erlitten konnte; dieser Fall lag
über zwei Jahre zurück. Ein „System“ konnte daraus, sagt das
Urteil, nicht gefolgert werden. Der Angeklagte wollte nicht die
Interessen der Vergleute vertreten, sondern nur die Direktion be-
leidigen. Er hatte auch — nach Ansicht des Gerichtes — gar kein
Recht, die Interessen der Vergleute zu vertreten. Allerdings hatten
ihm Vergleute ihr Leid geklagt, aber es lagen weder nähere Be-
ziehungen zwischen ihnen und dem Angeklagten, noch ein Auftrags-
verhältnis vor.

Zur Begründung der Revision des Angeklagten wurde an-
geführt: Der Artikel nötigt nicht zu der Annahme, daß nicht die
Steiger und Obersteiger gemeint gewesen sind. Der Wahrheits-
beweis ist erbracht bezüglich der Steiger und Obersteiger. Der An-
geklagte hat im guten Glauben gehandelt. Es ist sogar erwiesen,
daß Geh. Vergat Hilger zu seinen Unterdirektionen gesagt hat, die
Leute, die für das Centrum stimmen, müßten gehen. Berechtigte
Interessen habe der Angeklagte vertreten, da er sich des jedem
Staatsbürger zustehenden freien Wahlrechts annahm; dazu sei jeder
Staatsbürger berechtigt. — Das Reichsgericht verwarf jedoch die
Revision als unbegründet, da sie lediglich gegen die unanfecht-
baren tatsächlichen Feststellungen verstoße.

In dem zweiten Prozeß handelte es sich um einen Artikel, der
einige Tage vor dem oben erwähnten erschienen ist. In diesem
Artikel ist nach den Feststellungen des Landgerichts der Geh. Vergat
Hilger der Parteilichkeit beschuldigt, weil er einem Obersteiger einen

Ordnung überreicht und die Vergleute aufgefordert habe, demselben
nachzusehen und immer zur königstreuen Partei zu halten, nicht
aber zur unpatriotischen Centrumpartei. — Auch in diesem Falle
wurde die Revision des Angeklagten vom Reichsgericht ab-
gewiesen, da er, wie einwandfrei festgestellt sei, dem Geheimrat
Hilger vorgeworfen habe, daß er wider besseres Wissen die
Centrumpartei als antimonarchisch hingestellt habe.

In dem dritten Prozesse handelt es sich um eine von Hilger
am 26. April 1903 im Wahlvereine gehaltene Rede. Der Angeklagte
hat hierüber drei Artikel mit der Ueberschrift „Der Hilger sprach“
veröffentlicht. Gegen Hilger wird darin nach den Feststellungen des
Gerichtes der Vorwurf der Verleumdung, der Verwürgung nicht-
katholischer Arbeiter bei Befolgung von Beamtenstellen usw. erhoben.
Ferner wird ihm vorgeworfen, daß er bewußt grobe Unwahrheiten
geäußert habe, daß er Verleumdungen betwagt antrifft erhalten habe
und daß er unzureichende Löhne zahle. Das Gericht hat auch diese
Vorwürfe als unbegründet angesehen und angenommen, daß es dem
Angeklagten nicht lediglich darum zu thun war, seine Interessen zu
wahren, sondern zu beleidigen.

In seiner Revision gegen dieses Urteil rügte der Angeklagte
Beschränkung der Verteidigung und materielle Gefährdung. Auch
der Staatsanwalt hatte Revision eingelegt und rügte u. a.
Verleumdung des § 193. — Beide Revisionen wurden vom Reichs-
gericht als unbegründet verworfen.

Der verurteilte Redakteur hat es gemacht, wie Staatsanwälte
und Gerichte in Prozeßsachen zu machen pflegen: er hat aus Einzel-
vorurteilen auf ein System, auf eine Tendenz geschlossen. Aber
ein Zeitungredakteur darf sich Amtsanwälte und Gerichte nicht zum
Vorbilde nehmen — wie Hilger zeigt; er fällt dabei hinein.

Der Verurteilte muß übrigens in diesem Falle den Mangel
einer Berufungsinstanz, die eine Nachprüfung des Tatbestandes
und eine neue Beweiswürdigung vornehmen konnte, büßen. Die
Revisionsinstanz konnte hier, abgesehen von der Frage der Wahr-
nehmung berechtigter Interessen, in der That nichts helfen. —

Betriebsmittel-Gemeinschaft auf den deutschen Eisenbahnen. In
Heidelberg haben, wie schon kurz gemeldet, die Verhandlungen
zwischen den süddeutschen Regierungen und dem preussischen Eisen-
bahnminister über die Anbahnung eines engeren Zusammenschlusses
der süddeutschen Staatsbahnen und der preussisch-besitzlichen Gemein-
schaft einen Abschluß gefunden. Man hat sich geeinigt, eine Gemein-
schaft der Betriebsmittel herbeizuführen, durch welche die
ökonomischere Ausnutzung derselben, insbesondere des rollenden Eisen-
bahnmateriels, und damit eine steigende Rentabilität des Betriebes für
die einzelnen Eisenbahnverwaltungen ermöglicht werden soll. Das ist der
erste Schritt zur Vereinheitlichung aller deutschen Eisenbahnen. So
sehr diese Entwicklung wirtschaftlich zu begrüßen ist, um so mehr ist
in Zukunft darauf zu achten, daß die Vereinheitlichung nicht unter
Ausdehnung der reaktionären Eisenbahnpolitik geschieht, die
Preußen vornehmlich gegenüber der großen Armee der Eisenbahn-
beamten und Eisenbahnarbeiter ist. Die Uebernahme der Eisen-
bahnen auf das Reich wird bei der sich anbahnenden Betriebs-
gemeinschaft leicht durchführbar, aber zugleich eine social-
politische Notwendigkeit ersten Ranges.

Dem „Reichs-Anzeiger“ zufolge ging dem Bundesrat der im
Reichs-Eisenbahnamt angestellte Entwurf einer neuen Eisenbahn-
bau- und Betriebsordnung zu. Er enthält in sechs Ab-
schnitten die allgemeinen Vorschriften für den Bau neuer und den
baulichen Zustand bestehender Bahnen, für den Bau, die Ausbesserung
und Unterhaltung der Fahrzeuge, für die Handhabung des Bahn-
betriebes sowie der Bahnpolizei und endlich Bestimmungen für das
Publikum. Für die Hauptbahnhöfe soll unter besonders günstigen
Verhältnissen künftig eine größere als die bisher gestattete Höchst-
geschwindigkeit von 100 Kilometer in der Stunde zugelassen
werden können, auf Nebenbahnen sollen unter gewissen Bedingungen
50 Kilometer statt bisher 40 Kilometer in der Stunde statthaft
sein. —

Änderungen in der Sonntagsruhe. Der Bundesrat wird
sich nach einer Mitteilung der „A. F. R.“ in seinem nächsten
Tagungsabschnitte auch mit der Aenderung einiger Bestimmungen
über die Sonntagsruhe zu beschäftigen haben. Die Vorarbeiten für
diese Umgestaltungen seien schon vor längerer Zeit im Reichsamt
des Innern begonnen worden; sie hatten ihren Grund darin, daß
verschiedene auf Grund der Gewerbe-Ordnungs-Novelle vom
Jahre 1891 getroffene Verwaltungsmaßnahmen nicht mehr den
inzwischen abgeänderten tatsächlichen Verhältnissen entsprechen.
Im Laufe des Jahres habe sich sowohl in den Beratungen der
Parlamente wie in der öffentlichen Kritik ein umfangreiches Material
in dieser Frage angesammelt, das bei den Vorarbeiten berücksichtigt
werden konnte.

Wir wollen sehr wünschen, daß der Bundesrat das ihm gegebene
Verordnungsrecht nicht zu irgend welchen Minderungen der Sonn-
tagsruhe gebraucht. Nicht Abschwächung, sondern Ausdehnung der
Sonntagsruhe ist dringendste Pflicht. —

Städtische Selbsthilfe.

Vom 1. Oktober ab werden die Herren Agrarier die Erzeugnisse
ihrer Viehzucht in die Städte entfenden, ohne daß die städtischen
Behörden das Recht haben, eine nochmalige Untersuchung des
Fleisches anzustellen, ob es seit der Untersuchung durch den länd-
lichen Tierarzt verdorben ist oder sonst eine gesundheitsgefährliche
Veränderung erlitten hat. Zu Erinnerung an die zahlreichen Fälle,
in denen vom Tierarzt untersuchtes und als gesund befundenes
Fleisch dennoch nach der Einführung in die städtischen Schlachthöfe
als tuberkulös oder sonst verdorben befunden worden ist, regt sich
nun in der städtischen Bevölkerung die berechtigete Abneigung, durch
Selbsthilfe die agrarische Gesundheitsgefahr zu mildern. Der
„Brandenburger Anzeiger“ empfiehlt den Fleischkonsumenten, Fleisch
nur von solchen Schlachtern zu kaufen, die sich verpflichten, nur
Fleisch zu liefern, das die Kontrolle des städtischen Schlachthofes
passiert habe. Wehlich rät der Stadtdirektor von Hannover, Herr
Tromm, dem Publikum an, eine freiwillige Fleischkontrolle herbei-
zuführen: Man kaufe nur bei solchen Schlachtern, die ihr Fleisch
mit dem Stempel der Stadt versehen lassen.

Wie groß die durch die Freizügigkeit des frischen Fleisches
drohende Gefahr ist, ergibt nach der „Fr. D. W.“ eine Statistik
aus nur 50 Städten, wonach in dem kurzen Zeitraum von dreizehn
Jahren, vom 1. April bis 31. Dezember 1903, in 710 Fällen das
Fleisch von Tieren, das von Tierärzten untersucht und als brauch-
bar befunden worden war, in der Nachuntersuchung als verdorben
und minderwertig beanstandet worden ist. In Königsberg wurden
in dem bezeichneten Zeitraum von 136 Rinderquartalen 60 beanstandet,
in Stettin von 700 Tieren 18, in Magdeburg von 184 21. —

Belanntnisse eines demokratischen Redakteurs. Nachdem kürzlich
in der „Frankfurter Zeitung“ ein ehemaliger Kreisblatt-Redakteur
seine traurigen Erfahrungen ausgeplaudert hat, veröffentlicht jetzt
die „Rechtzeitung“ den Klageruf eines demokratischen Redakteurs.
In demselben heißt es:

„Jahrelang habe ich Parteiblätter redigiert, aber nirgend wo
habe ich meinen Gefühlen freien Lauf lassen
können. Uebrig ist es irgend etwas, namentlich auf lokalem
Gebiete, eine durchaus berechtigte, ja vom Standpunkte des
Volkes unbedingte notwendige Kritik, so ist es mir oftmals
passiert, daß dies von Parteigrößen ernstlich getadelt wurde mit
der Motivierung, ich hätte diese oder jene Rücksicht auf diesen oder
jenen Parteigenossen nehmen müssen. Wenn irgendwo in oder
um Potsdam ein kleines Ständchen vorlam, dann
durfte, ja mußte ich sogar mit allem Nachdruck und in den
schärfsten Wendungen in Beurteilung machen, war
aber bei einer viel bedeutenderen Affäre eine
Parteigröße beteiligt, dann lam von „maß-
gebender Stelle“ sofort der Wind, wie der Fall
behandelt werden sollte. Das „Behandeln“ mußte dann
ein Vertuschen darstellen. So etwas lam durchaus nicht selten
vor. Den Gegenpartei durfte natürlich nichts durchgehen und
alles, was bei ihnen nicht war, wie es sein sollte, wurde un-

barüberzig mitgenommen, und je mehr dabei im Unterstellten und
Gerabwürdigsten geleistet wurde, desto besser war es. Alles, was
die Partei, deren Richtung das Blatt vertrat, that, war
so ipso wohlgehan, bei anderen Parteien aber immer das
Gegenteil der Fall, oder wenn es irgend nicht möglich war, daran
heranzuwürfeln, dann mußte nach dem Beweggrund für die
Handlung gesucht werden, die selbstredend niemals lauter sein
konnten“. Nach meinen Erfahrungen muß ein Parteiblattredakteur,
der nicht alles das, was die Parteileitung that, blindlings gut-
heißt, oftmals gegen seine bessere Ueberzeugung
schreiben. Natürlich ist es nicht nur bei unsrer Partei so,
sondern auch bei anderen Parteien.“

Der „Vorwärts“ hat seiner Zeit sogleich darauf hingewiesen, daß,
so skandalös die Enthüllungen des Kreisblatt-Redakteurs seien, von
einer Meinungsfreiheit innerhalb der bürgerlichen Presse überhaupt
keine Rede sein könne. Die Rolle, die in der Kreisblattpresse für die
Landrat spiele, spiele innerhalb der bürgerlichen Presse der Verleger.
Die Enthüllungen des demokratischen Redakteurs sind uns deshalb
durchaus keine neue Offenbarung. Es ist nur zu bekannt, daß die
Journalisten der bürgerlichen Presse jeder Richtung mehr oder
minder zur Rolle von Tintenkulis verurteilt sind, die sich
der Diktatur entweder eines geldgierigen Privat-
verlegers oder aber einer nicht minder harten
Diktatur ehrgeiziger Parteigrößen zu fügen haben.
Allerdings irt sich die reaktionäre Presse, wenn sie sich einbildet,
daß durch diese Thatsache der skandalöse Terrorismus der behörd-
lichen Organe auf die Kreisblattpresse irgendwie beschönigt
werden könne! —

Naive Friedenspropaganda.

Die Deutsche Friedensgesellschaft versendet wieder einmal einen
Protest gegen den Krieg. Sie stellt Betrachtungen darüber an, wie
seltsam es sei, daß innerhalb der Kulturnationen der Einzel-
mord schwer bestraft werde, während der Massenmord als
durchaus erlaubt, ja als etwas Verdienstliches gelte. Die
Kulturnationen stecken in dieser Beziehung noch im tiefsten Bar-
barismus. Die sogenannten civilisierten Nationen hätten vor
den sogenannten „wildem“ eigentlich gar nichts voraus. Der Krieg sei
ein unmoralisches Ueberbleibsel früherer barbarischer Zeiten und durchaus
unvereinbar mit der Wohlfahrt der Völker. Deshalb müsse die
Privatmoral zur Völkermoral erhoben werden. Die Privatmoral
steht vor gerichtlichen Instanzen zum Anstrich gebracht
werden, so müßte auch der Völkermord vor einer richter-
lichen Instanz beglichen werden. So lange die gegen-
wärtige Landgier herrsche, seien ja die nationalen
Konflikte leider nicht zu beseitigen. Aber man müsse
die Nationen daran gewöhnen, nicht das Faustrecht zu gebrauchen,
sondern internationale Schiedsgerichte anzurufen.

Dieser Appell an die Humanität offenbart die ungläubliche
Kindlichkeit unserer bürgerlichen Friedenspropagandisten. Die Herren
haben sich durch all die Kriege, die seit dem Hanger Friedenskongreß
ausgebrochen sind, noch immer nicht davon überzeugen lassen, daß
alle Friedenskonferenzen zwecklos oder gar eine frivole Possen ist, so
lange die Konflikte aus dem Völkerverleben noch
nicht hinweggeräumt sind. So lange eben der brutale
Kampf um die Futterkrippe innerhalb der Nationen tobt,
ist an einen friedlichen schiedsgerichtlichen Ausgleich solcher
Zustände nicht zu denken. Gerade die Vorgänge
des russisch-japanischen Krieges beweisen ja,
daß sogar die Bestimmungen, die bereits in dem Völkerrecht
einen Niederschlag gefunden haben, sofort außer Kraft gesetzt
werden, sobald es das Interesse einer Nation erheischt
und diese Nation die Kraft fühlt, das Völkerrecht ein-
föck zu brechen. Unsere bürgerlichen Friedensfreunde be-
legen sich deshalb durch ihre naiven Deklamationen mit dem
Stempel der Lächerlichkeit.

Wel vernünftiger wäre es entschieden gewesen, wenn unsere
bürgerlichen Friedensschwärmer ihre Aufmerksamkeit ein wenig den
Lagunakriegen zugewendet hätten, um dort wenigstens die
barbarische Vergewaltigung der Eingeborenen
zu mildern oder wenigstens an den Pranger der Öffentlichkeit zu
stellen. In dieser Beziehung haben die Herren, die sich ja überhaupt
vor im Eingehen auf konkrete Fälle ängstlich hüten, Moral Moral
sein lassen und sich gründlich ausgeföhrt.
Wenigstens ist uns nicht bekannt geworden, daß die Deutsche
Friedensgesellschaft auch nur den schwächsten Versuch gemacht hätte,
dem barbarischen Blutvergießen in Südwest-
afrika Einhalt zu thun. So lange es also mit der Moral
dieser Herren selbst derartig bestellt ist, sollten sie sich nicht ein-
bilden, große nationale Konflikte, die nun einmal in unserem capi-
talistischen Faustrecht begründet sind, durch moralische Selbstzelen
verhüten zu können. —

Husland.

Das Regierungsprogramm für die nächsten italienischen Parlamentswahlen.

Rom, Ende September.
Im „Avanti“ behandelte kürzlich Ferri die Wahlparole
Giolitti für die spätestens im nächsten Frühjahr stattfindenden
Wahlen. Ferri erklärt, von absolut zuverlässiger Seite zu wissen,
daß die Neuwahlen mit folgendem Regierungsprogramm erfolgen
werden:

I. Herabsetzung der Civilliste um wenigstens
fünf Millionen Lire; II. Verminderung der
Heeresstärke von zwölf auf zehn Armee-corps;
III. Verlängerung der Eisenbahnverträge auf
weitere fünf Jahre.

Zwischschlichtig wie der ganze Giolitti ist sein Programm. Er
nimmt mit der einen Hand, was die andre gegeben. Immerhin
ließe sich über die Vorschläge, wenn sie mehr sind als ein Ausgänge-
schuß, sehr ernstlich reden. Zeigen sie doch wirklich ein Verständnis
für die nächsten und dringendsten Bedürfnisse des Landes und einen
freilich ungenügenden, aber der Richtung nach zweckentsprechenden
Versuch, ihnen gerecht zu werden.

Was die Herabsetzung der Civilliste betrifft, so haben wir schon
vor längerer Zeit berichtet, daß sie vom König beabsichtigt werde.
Wenn ein so armes Land wie Italien jährlich 18 Millionen für sein
Staatsoberhaupt ausgiebt, so liegt ja wohl keine Reform näher und
ist auch keine leichter durchführbar als eine Einschränkung dieser
Luxusausgaben. Um die Höhe der Herabsetzung ließe sich streiten:
als Regierungsprogramm sind aber 5 Millionen schon eine ganz
anständige Reduktion. Auch hat diese Ausgabenverminderung
das gute an sich, daß sie weitere Ersparnisse nach
sich ziehen wird. Denn um 5 Millionen weniger aus-
zugeben, wird der König auf einen Teil seiner unzähligen
Paläste und Schlösser verzichten, deren Erhaltung sehr große
Summen verschlingt. Das königliche Haus hat in allen größeren
Städten Italiens große Paläste — Genua, Florenz, Mail-
land, Venedig, Neapel, Parma, Modena usw. — die
Staatsbesitzungen sind, aber durch das Nutznießungsrecht des Königs
von jeder Verwendung für den öffentlichen Nutzen — als Museen,
Universitätsgebäude, Verwaltungsgebäude etc. — ausgeschlossen sind.

Klein ist der Vorschlag der Herabsetzung der Heeresstärke. Nicht,
daß nicht alle die 450 Millionen Lire, die jährlich die Armee kostet,
als die Stärke des Landes weit übersteigend erklannt! Aber klein
ist er, weil der starken Energie entgegentritt, mit der das Groß-
kapital auf Erhaltung des Heereskontingents besteht. Es steht
übrigens fest, daß Giolitti hierbei ein Einhalten des Ver-
sprechens des t. hat dem der geheime Vertrag des Dreieckes
nicht die Italiener zur Unterhaltung von zwölf Arme-
corps verpfl. et? Man hat die Existenz dieser Klausel hundertmal
mit Worten geäuert; jetzt wäre also Gelegenheit zu einem end-
gültigen Durchbruch durch die That.

Das Gewicht dieser beiden Forderungen, die dem Lande
jährlich 12 bis 15 Millionen ersparen würden, bildet die vorgeschlagene
Verlängerung der Eisenbahn-Verträge. Diese Verträge sind ein
Stein am Fuß des italienischen Wirtschaftslebens. Die ungeheuren

Kapitalien, die der Staat für die Bahnen aufgewandt hat, liegen so gut wie ungenutzt, der Besitz des Staates in Anlagen und Bauten ist durch die Verträge ungenügend garantiert, das Personal ist der privaten Ausbeutung in einem Maße preisgegeben, das nicht nur der sozialen Ruhe, sondern auch der technischen Sicherheit des Bahnverkehrs gefährlich ist. Diese Verträge verlängern, heißt also, auf weitere 5 Jahre dem Lande große materielle Opfer auferlegen, ihm einen ungenügenden, schlechten und teuren Bahnverkehr erhalten und den Eisenbahnern entweder eine provisorische Ordnung ihrer Lage anbieten oder sie zum allgemeinen Streit nötigen. Sowohl die Verstaatlichung des Bahnbetriebes, als eine Uebergabe an private Gesellschaften bieten Nachteile. Das allerstimmteste aber ist noch einmal ein kurzes Provisorium des Privatbetriebes, denn dieser bedeutet Raubbau durch das Privatkapital, Unlust zu neuen Anlagen, ein stupides Weiterwachsen in Erwartung des neuen Abnahmetermins.

So würde also Giolitti Wahlprogramm geben und nehmen, das Land von einer Last befreien und ihm eine neue aufhellen. Für das Proletariat gilt es, auf der Hut zu sein. Es muß auf seinen Forderungen bestehen, auch wenn sie Regierungsforderungen werden, aber es darf nicht die Hand leihen zu dem Schacher, den Giolitti dort hat. Es ist Sache der Partei, das Proletariat aufzuklären. —

Schweiz.

Parteibeziehungen und Wahlbewegung in Genf.

Genf, Ende September. (Fig. Ver.) Im Kanton Genf finden demnächst die Grossrats- (Landtags-) Wahlen statt und die Parteien treffen eifrig ihre Vorbereitungen. Die radikale Partei erlebte eine Sezession, indem der linke Flügel sich absonderte und nun als „radikale Linke“ selbständig in die Wahlbewegung eingetreten ist, offenbar zu dem Zwecke, durch getrenntes Marschieren bessere Geschäfte für den „Mabitalismus“ überhaupt zu machen. Dann nach der Wahl werden wohl alle wieder ein Herz und eine Seele sein. Dafür spricht auch der erste Punkt des prompt aufgestellten Programms, der „Respektierung der Prinzipien und Entscheidungen der (gesamten) radikalen Partei“ proklamiert, so daß die ganze „Sezession“ als eine abgebrühte demagogische Komödie erscheint.

Auch die sozialdemokratische Partei hat ein Aktionsprogramm aufgestellt, das folgende Postulate enthält: 1. Altersversicherung. 2. Revision des Fremdengesetzes (Ausweisungen, Reduktion der Tage für Niederlassungen). 3. Mobiliar- und Gebäudeversicherung. 4. Gemeindepflicht. 5. Abschaffung des Kollektivstreikgesetzes. 6. Vereinfachung der Gerichtsorganisation und des Prozeßverfahrens. Unentgeltliches Rechtsbureau. 7. Unentgeltliche Krankenversicherung und Reorganisation der Spitalverwaltung. 8. Abschaffung des Gesetzes betreffend Unvereinbarkeit des Grossratsmandats mit einer öffentlichen kantonalen Arbeitsstelle. 9. Revision des Gesetzes betreffend öffentlichen Unterricht im Sinne der Vereinfachung und der Erleichterung des Besuches. 10. Trennung der Kirche vom Staat. 11. Verbot der Truppenverwendung bei Streiks.

Das sozialdemokratische Programm enthält mehrere Postulate, die auch im neutralistischen Parteiprogramm figurieren; aber unsern Genossen ist es damit sehr ernst, während es den Linksradikalen im besten Falle mit deren Durchführung nicht preussert.

Die sozialdemokratische Wahlbewegung hat bereits ein Opfer gefordert, den Genossen Thibaud, der früher der Regierung angehörte und bei den letzten Neuwahlen nicht wieder gewählt wurde. Unter seiner Ministerschaft, aber freilich ohne seine Schuld, wurde das verächtliche Antikriegsgesetz geschaffen, wurde der Straßenbahnstreik durch Militär niedergeschlagen und entstand eine Verschärfung der Klassen- und Parteigegensätze und -Kämpfe, worunter auch sein Ansehen in weiten Kreisen der Arbeiterschaft schwer litt. Von einer Wählerversammlung war er als sozialdemokratischer Kandidat für den Grossen Rat aufgestellt worden, aber angesichts der Gegenströmung in einem Teil der Parteireihe lehnte er die Kandidatur ab. Im „Grünländer“ wird ihm warme Anerkennung gezollt.

Genosse Thibaud ist das Opfer des „Ministerialismus“, der trotz aller Demokratie der schweizerischen Arbeiterbewegung bisher recht wenig gemüht, dagegen wiederholt schwere moralische Schädigung zugefügt und so ihren Fortschritt mehr aufgehalten als gefördert hat.

Italien.

Auflösung der italienischen Kammer?

Rom, den 28. September. Es verläutet mit großer Bestimmtheit und lehrte in verschiedenen Blättern Roms und der Provinz wieder, daß Giolitti demnächst die Kammer auflösen und die Wahlen in kürzester Frist, und zwar am 6. und 13. November, abzurufen werde. Die offiziellen Blätter dementieren ziemlich lau. Wie es heißt, soll der König der Ansetzung der Neuwahlen nicht fernsehen. Einige Blätter wollen wissen, daß die Daten 6. und 13. November schon seit Juli feststehen, andre meinen, sie seien durch die Geburt des Thronerben, andre, sie seien durch den Generalfreist bestimmt. —

Eine Verleumdung der italienischen Landeskirche.

Rom, den 27. September. Am 19. September haben einige dumme Jungen es für eine wirksame Demonstration gegen die italienische Regierung gehalten, das Wappen des italienischen Konsulats in Lugano herunterzureißen und in den See zu werfen. Der Fall würde uns an sich nicht interessieren, denn wir glauben nicht, daß die Ehre eines Landes in einem Wappen steckend und auch nicht, daß dumme Jungen sie antasten können. Die italienische Regierung will aber absolut die Landeskirche verleugern und sie stellt das so an, daß auch wir jetzt sagen müssen: ja, hier tritt man allerdings die Ehre des italienischen Staates mit Füßen.

Die Schweizer Behörden strengen nämlich einen Prozeß an gegen die Kurien in Lugano, auf Antrag der italienischen Regierung, wie dies das Gesetz heißt. Da sie die Urheber nicht mehr feststellen, dachten sie, ein hübsches juristisches Auto da so abzuhalten und den Genossen Gotti abzuhalten, der zwar notorisch bei der Wappengeschichte unbedeutend war, aber die Protestversammlung gegen die italienischen Proletariatvorwürfe einberufen hatte — in Lugano, wie in der ganzen Schweiz — nach welcher Versammlung das Wappen eben in den See geworfen wurde.

Genosse Robert Gotti sah über die Grenze — der Prozeß, den man einleitet, ist keine Bagatel — wird aber auf italienischem Boden verhaftet. Dies geschieht auf Antrag des Schweizer Gerichts, ist also gefällig, sobald man nur das den Gotti zur Last gelegte Delikt in irgend einem Paragraphen hineinpressen kann, für den Auslieferungsvertrag mit Italien besteht. Absolut ungesetzlich ist aber die Auslieferung. Aus Italien kann ein Fremder nur ausgeliefert werden, nachdem ein Urteilspruch eines italienischen Gerichts diese Auslieferung zugefunden hat, und zwar muß das Gericht die ganze Anklage prüfen. Das hat man nicht getan, nicht thun können in den 48 Stunden, die zwischen Verhaftung und Auslieferung lagen. Wegen Recht und Gesetz hat man Gotti ausgeliefert; was an uniren lebendigen Gesetzen freierlich und gut ist, das tritt man ruhig mit Füßen und um ein totes Wappen macht man großes Federlesen. —

Amerika.

Mit dem Frauenstimmrecht müssen die politischen Parteien in vier Staaten rechnen und im republikanischen Hauptquartier hat man darauf schon bei der Verbreitung von Wahl-Literatur besondere Rücksicht genommen, was in früheren Jahren nicht geschah. Es zeigte sich, daß die Frauen 30 bis 40 Prozent des Gesamtstimmens abgeben, wo dieselben die vollen, unbeschränkten politischen Rechte genießen wie die Männer. In den Staaten Wyoming, Colorado, Utah und Idaho besitzen über 200 000 Frauen das aktive und passive Wahlrecht, sie können wählen und gewählt werden, und thatsächlich sind in diesen Staaten manche Ämter, wenn auch nur untergeordneter Art, von Frauen besetzt. In manchen andern Staaten besteht ein passives Wahlrecht für die Frauen; sie können zum Beispiel als Mitglieder der Behörden für Unterricht und Erziehungswesen gewählt werden.

— In der sozialistischen Partei entfallen die Frauen eine rege Tätigkeit; an den politischen Versammlungen nehmen stets viele Frauen teil; auch wirken sie agitatorisch durch Frauenvereine.

Afrika.

Ein Problem der Einwanderung erwächst der englischen Regierung in Transvaal. Chinesen werden dort bekanntlich in Massen ins Land gezogen, um in den Goldminen zu arbeiten. Dagegen wird scharfe Opposition gegen die Einwanderung von Indern, also britischen Untertanen, gemacht. Man fürchtet eine Ueberflutung von Stalis aus Indien, und die englischen Händler erklären, daß ihre Interessen dadurch schwer bedroht seien. Diese Indier sind noch bedürftiger als die Chinesen und legen sich mit Vorliebe auf den Handel. Wegen einer Ausweisung oder Ausschließung der Indier aus Transvaal protestiert dagegen heftig die Regierung in Indien. Somit wird die Lösung des Problems der englischen Regierung nicht leicht gemacht. —

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Alexejew abberufen?

Paris, 30. September. Dem „Matin“ wird aus Petersburg gemeldet, der Statthalter Alexejew sei aus der Mandchurei abberufen worden und werde in 4 bis 5 Tagen nach Petersburg abreisen. Der Vorwand für die Abberufung sei der, daß Kaiser Nikolaus aus dem Munde Alexejews vollständige Aufklärungen über den Stand der Dinge in der Mandchurei erhalten wolle. In Wahrheit aber werde Generaladjutant Alexejew nicht mehr nach der Mandchurei zurückkehren.

Die Lage vor Mukden.

London, 30. September. Dem „Standard“ wird aus dem Hauptquartier des Generals Kuraki gemeldet, daß täglich kleine Gefechte zwischen der Kavallerie der russischen Nachhut und der Armeekorps stattfinden. Das Gros der Russen soll sich in die Gegend nördlich von Mukden zurückgezogen haben und sich auf dem Marsche auf Tieling zu befinden. Tieling ist besetzt und augenblicklich von Kosaken besetzt. Starke russische Infanterie-Abteilungen stehen südlich von Mukden auf Beobachtungsposten. Viele Eisenbahnzüge brachten Brückenmaterial nach Norden zur Ueberbrückung des Jungsflusses. Der japanische Vormarsch auf Mukden werde Anfang Oktober erwartet.

Mukden, 28. September. („Ng. Havas“.) Es bestätigt sich, daß die Japaner im Süden nur über schwache Bestände verfügen, von denen die Vorkant in Osten der Kohlengruben von Jentai steht; ihre Stellungen sollen sich von Tschitschiao bis zum Tschifan erstrecken. Kuraki seye den Marsch nach Osten fort.

Ein Vorstoß Linewitschs?

Paris, 30. September. Dem „Matin“ wird aus Tschifu gemeldet: Die vom General Linewitsch besetzte Armeekorps von Wladivostok sei im Begriff, in Korea vorzurücken, um sich dort den Winter hindurch in einer für Japan gefährlichen Stellung zu behaupten. Die Japaner hätten beschlossen, gegen General Linewitsch 20 000 Mann zu entsenden.

Soziales.

Privatkapital, Invalidenversicherung und Arbeiterwohnungen.

Unsere kritischen Bemerkungen in Nr. 218 vom 16. September zu den Plänen des Dr. Freund über die Beleihungen genossenschaftlicher Wohnhäuser hat Interessenten Anlaß zu einer Anfrage bei Herrn Dr. Freund gegeben. Darauf hat Dr. Freund sich selbst bekräftigt, indem er in der Antwort auf diese Anfrage erklärte, es sei nicht seine Absicht gewesen, den Versicherungsanstalten zu empfehlen, künftig nur zweite Hypotheken zu garantieren und eigene Gelder überhaupt nicht mehr herzugeben. Er meine vielmehr, die Anstalten könnten beides thun. Er könne sich sogar denken, daß eine Versicherungsanstalt „in ganz besonders schwierigen Fällen“ auf dasselbe Grundstück die erste Hypothek hergeben und die zweite garantieren könne. In der Regel jedoch würden die Anstalten entweder das eine oder das andre thun.

In seinem Artikel in der „Sozialen Praxis“ vom 15. September hat Dr. Freund das jedoch nicht gesagt. Dort sagt er ausdrücklich, daß die erste Hypothek sehr leicht vom Privatkapital besetzt werden könnte und daß die Versicherungsanstalten nach seinem Vorschlage ohne Anwendung eignen Kapitals das genossenschaftliche Bauwesen fördern könnten. Wenn er es anders meint, hätte er im Interesse des genossenschaftlichen Bauwesens gut, das auch öffentlich richtig zu stellen. Denn daß die Ueberantwortung der Genossenschaften an das private, das heißt das spekulative, also besonders das Bankkapital, dadurch, daß man sie für die erste Hypothek auf dieses verweist, die Gefahr in sich birgt, die soziale Ausgestaltung der Genossenschaften zu verhindern und ihnen damit den Lebensnerven zu unterbinden: diese Ansicht wird auch von den Genossenschaftsinteressenten geteilt.

Es sei bei dieser Gelegenheit noch auf eine den Genossenschaften schwierige und unter Umständen recht schädliche Bedingung hingewiesen, die von den Versicherungsanstalten und dem Reiche an die Vergabe der Hypotheken geknüpft wird. Sie schreiben vor, daß die Mieten in den beleiheten Häusern nicht höher angesetzt werden dürfen, als zur Deckung der Selbstkosten nötig ist.

Der Zweck ist löblich, aber der Erfolg ist schädlich. Der Zweck soll sein, kapitalistischen Dividendengelfasten vorzubeugen. Die Bedingung läuft aber in der Praxis erstens auf eine ungleiche Behandlung der Wohnungsinhaber hinaus. Bei der Bestimmung der Selbstkosten spielt der Bodenpreis eine Hauptrolle, und wenn eine Genossenschaft ein Grundstück unter günstigen Umständen billig, ein andres unter ungünstigen Umständen teuer kauft, ist sie gezwungen, für Wohnungen derselben Art und Größe oft ganz verschiedene Mieten anzusetzen.

Zweitens läuft sie auf eine unter Umständen ganz unberechtigte Herabdrückung der Tage hinaus, da diese sich nach dem Mietertrage bestimmen. Die Tage bestimmen aber weiter die Grenze der Mündelsicherheit und das führt auf einen andern Punkt. Es giebt nämlich noch eine Reihe von Geldquellen, die für die Genossenschaften nicht die angeordneten Gefahren des Privatkapitals bergen, vielmehr ganz unschädlich sind. Das sind Gelder von Sparkassen, Korporationen, Stiftungen und dergleichen. Diese können sehr wohl in den Dienst der Baugenossenschaften gestellt werden. Aber sie müssen in den Grenzen der Mündelsicherheit bleiben.

Indem durch die erwähnte Bedingung die Tage und damit die Grenze der Mündelsicherheit herabgedrückt wird, wird auch die Beleihungsmöglichkeit aus den genannten Geldquellen verringert und die Genossenschaften werden insoweit auf das Spekulationskapital verwiesen.

Das Ziel, das die Bedingung verfolgt, kann auch erreicht werden ohne die gekennzeichneten Schäden, indem den Genossenschaften eine Höchstgrenze für die Verzinsung der Genossenschaftsanteile vorgeschrieben wird.

Dadurch werden die Genossenschaften in die Lage versetzt, nach freiem Ermessen die Mieten zu bestimmen. Daß sie niedriger sind als die Mieten beim privaten Hausbesitzer, dafür sorgt die freie Selbstverwaltung der Genossenschaften. Aber die Genossenschaft kommt weiter dadurch in die Lage, aus der Differenz zwischen den Selbstkosten und dem Ertrage, deren Verteilung in Form von

Anteilsdividende ausgeschlossen würde durch die an Stelle der bisherigen Bedingung zu setzende neue Bedingung, Hypotheken abzuschließen, ihren Grund und Boden pfandfrei zu machen und sich so vor etwaigen Maßregelungen durch das spekulative Kapital zu sichern.

Ministerweisheit und innummischerliche Einsicht. Die Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Köln hat in ihrer jüngsten Vorstandssitzung sich mit der Kleinweißfrage befaßt. Die Kammer ist, wie alle Handwerkskammern, um Neuerung zu dem Entwurf eines Gesetzes betreffend Verhütung der Kleinweißgefahr von dem Minister des Innern aufgefordert worden. In dem von der Handwerkskammer an die Presse versandten Bericht über die Sitzung heißt es nur: „Die betreffenden Innungen haben ihre Ansichten bereits kundgegeben. Es wurde für zweckmäßig erachtet, auch den Gesellenhand über diese Frage zu hören.“

Mit dieser Erklärung hat sich die Kölner Handwerkskammer auf den einzig richtigen Standpunkt gestellt. Sie wünscht, daß die Gesellen genau so wie die Meister sich zu der Kleinweißverordnung äußern sollen. Die Weisheit preussischer Minister ist noch nicht darauf gekommen, diese von den Arbeitern wiederholt erhobene und für jeden gerecht denkenden Menschen selbstverständliche Forderung zu erfüllen. Von Innungsmeistern, denen niemand ein besonderes Maß von sozialpolitischer Erkenntnis oder Liebe zum Fortschritt nachsagen wird, muß sich die Regierung solche Lehren erteilen lassen.

Gerichts-Zeitung.

Der Raubmord bei Sonthwinkel, dem am 14. Mai d. J. der Geschäftsmann Otto Schemel zum Opfer fiel, gelangte gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts II zur Verhandlung. Von Vorstich führt Landgerichtsrat Erdling, die Anklage des Staatsanwaltskassator Friedheim, die Verteidigungstreit, Rechtsanwalt Litzin. Angeklagt ist der Steinträger G. J. Reinhold Jopp aus Spandau, der beschuldigt ist, in Gemeinschaft mit dem in, zwischen durch Selbstmord aus dem Leben geschiedenen Arbeiter August Piller am Sonnabend, den 21. Mai abends, auf der Chaussee am Spandauer Schiffahrtkanal den in der Schmalzfabrik von Haase in der Luthowitz, 8 in Berlin angestellten Aufseher Otto Schemel beraubt und ermordet zu haben. Letzterer ist eine Ledertasche mit mehr als 200 M. gewaltsam geraubt worden. Zur Verhandlung erschienen zahlreiche Zeugen, ferner als Sachverständige zwei Kreisärzte aus Spandau und Rauen und der Gerichtschreiber Dr. Wischhoff. Der Angeklagte, ein drolliger, inodiger Mann, ist am 10. Oktober 1881 zu Reils geboren und unbestraft. Er ist der Sohn eines Werkzeugmeisters, evangelischer Religion, Erfahrungsvoll und nennt bereits eine Braut sein Eigen. Er bekennt sich für nichtschuldig, aus seinen Antworten auf die Fragen des Vorsitzenden ergibt sich, daß er mit einem Sprachfehler behaftet ist. Er behauptet, daß er diesen Fehler im achten Lebensjahre erhalten habe, als ihn ein Lehrer zwischen eine Wand geworfen hatte. Auf Verfragen des Vorsitzenden behauptete er, daß er sowohl Piller als auch den Ermordeten, die seine Schulfreunde gewesen, kannte. Er bestreitet, sich an der Mordthat beteiligt zu haben. Das von dem ermordeten Schemel geleitete Fuhrwerk ist am 14. Mai abends gegen 10 Uhr fuhrlos auf der Chaussee vorgefunden worden. Der Aufseher lag in eine Decke gehüllt tot auf dem Wagen. Die Kette war ihm mit einem Strick angehängt, eine Geldtasche mit über 200 M. Inhalt, die der Aufseher bei sich führte, war vom Riemen abgeschnitten und fehlte. In einer sehr langatmigen Geschichte sucht der Angeklagte alle Schuld von sich ab und auf den verstorbenen Piller zu wälzen. Er habe während der That auf dem Wagen geschlafen und später von Piller Geld zugehakt erhalten. Er sei dann in ein Viertel gegangen, habe sich dort eine alte Wirt für 3 M. gekauft, ebenso kaufte er sich eine kleine Laterne, die er benutzen wollte, wenn beim Nachhausegehen der Weg einmal dunkel sein sollte, schließlich sei er in eine Apotheke gegangen, um sich Valeriantropfen zu kaufen. Wie er in der Apotheke war, sei der Polizeikommissar Marcus gekommen und mit den Worten: „Sie sind ein Mörder!“ ihn bei der Hand gepackt. Der Präsident hielt dem Angeklagten verschiedene Widersprüche zwischen seinen früheren Befundungen und seinen jetzigen vor. Der Angeklagte verbleibt dabei, daß er von dem Mord nichts wisse.

Es wird sodann zur Verweisaufnahme geschritten. Zunächst werden die Protokolle über die Vernehmungen des verstorbenen Piller, deren letzte eine halbe Stunde vor seinem Selbstmord stattgefunden hat, verlesen. Piller hat seinerseits wieder alle Schuld auf den Angeklagten Jopp gewälzt.

Aus der umfangreichen Zeugenvernehmung ist die Aussage des Assessors Stern bezeichnend. Er hat nach Bekanntwerden des Mordes und Einlieferung des Piller und des Angeklagten die ersten Vernehmungen mit beiden vorgenommen und die Aussagen außerordentlich sorgsam protokolliert lassen. Nach anfänglichem ganz kurzem Bestreiten und nachdem ihm sein am Thortort vorgefundener Jopp vorgezeigt worden war, hat Piller die That im allgemeinen zugegeben. Daß Piller von Bewußtlosigkeit gereinigt worden, beweist u. a. folgende charakteristische Thatfache. In jeder Gefangenenzelle befindet sich an der Wand ein Zettel mit dem Namen des Gefangenen und der Bezeichnung der Straftat, die ihm zur Last gelegt wird. So stand in Pillers Zelle auf dem Zettel: „August Piller, Straftat: Raubmord.“ Eines Tages hatte er diesen Zettel umgedreht, so daß die weiße Seite nach außen war; er hatte den Inhalt dieser Worte nicht ertragen können! Einige Tage nach seiner Verhaftung kam seine Schwester aus Berlin nach Spandau, der eine Unterredung mit Piller genehmigt wurde. Als er seine Schwester sah, fing er furchtbar zu schluchzen an — man hätte es schon ein Aufschreien nennen können. Er war so aufgeregt und deprimiert, daß die Unterredung nicht stattfinden konnte. Wie anders Jopp! Auch dieser erhielt eines Tages den Besuch seiner Mutter. Er zeigte nicht die geringste Nüchternheit, und das einzige, was er sagte, war folgendes: „Geh mir doch meine Schuhe auf!“ Es handelte sich um Schuhe aus der Zeit, wo er als Ringer aufgetreten war. Jopp hat auch, als er zur Zeit der Leichenöffnung an die Leiche geführt wurde, keine Spur von Gefühlsregung gezeigt. Er blieb zunächst dabei, daß er von der ganzen Sache nichts wisse, mußte dann aber zugeben, daß er mit auf dem Wagen gesessen, wollte aber nicht wissen, was passiert sei. Er schilderte das Heruntersteigen vom Wagen so, als ob es eine Art Zauber gewesen wäre: plötzlich und ohne zu wissen, wie es gekommen, habe er mit Piller auf der Chaussee gestanden. Ursprünglich hatte er nichts davon gesagt, daß er eingeschlafen gewesen, dagegen hatte er, im Gegensatz zu seiner jetzigen Behauptung, ursprünglich gesagt, daß er, als er vom Wagen gestiegen, nach kurzer Zeit bemerkt hätte, daß Piller die Ledertasche des Schemel umgehoben hätte. Piller hat sich in der Zelle erhängt. Er trug um den Unterhosen eine Kette, es gelang ihm aber doch, sich bis zur gegenüberliegenden Wand, in welcher sich ein Halen befand, hinüberzugucken, und dort hat er sich an einem Nagel aufgehängt. Kurze Zeit vorher hatte er mit einem Nagel folgendes an die Zellentwand getraut: „Lebt wohl! Ich bin unschuldig, ich bin durch Verführung dazu gekommen! Ich kann es nicht mehr länger aushalten im Gefängnis. Meine Eltern brauchen sich um mich keine Kopfschmerzen mehr zu machen. Gehan habe ich nichts. Lebt wohl, liebe Eltern und alle meine Freunde!“

Der Angeklagte behauptet, der Assessor wäre bei der Vernehmung sehr scharf auf ihn eingegangen, was von einer Anzahl Gerichtsbeamten bestritten wird. Diese sowohl, wie ein Gefängnisbeamter stimmten darin überein, daß das Geständnis des Piller ein freiwilliges, glaubwürdiges und reumütiges war. Jopp dagegen behauptet sich frech und verstockt. Der geistliche Juryspruch machte auf ihn nicht den geringsten Eindruck, während Piller bei dem Zuspruch des Geistlichen heftig weinte und schluchzte.

Nach Schluß der Verweisaufnahme ergreift Staatsanwaltskassator Friedheim um 6 Uhr abends das Wort zur Schulfrage. Er handelte sich hier um einen höchst gemeinen und feigen Mord, verübt auf offener Landstraße an einem Manne, der die Mörder in freundschaftlicher Weise auf seinen Wagen nahm. Beide Thäter, von denen sich der eine unter dem Eindruck seiner eignen Schändlichkeit der irdischen Gerechtigkeit entzogen hat, seien gemeine Charaktere, der Angeklagte

Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

Dritter Verhandlungstag. Salzburg, 28. September.

Die vertrauliche Besprechung über die Parteipresse nahm die Vormittags-Sitzung und fast die ganze Nachmittags-Sitzung in Anspruch.

Der Bericht über die Lage der „Arbeiterzeitung“ zeigte, daß das Blatt in der abgelaufenen Berichtsperiode zum erstenmal kein neues Defizit, sondern sogar einen kleinen Ueberschuß ergeben hat, so daß man jetzt mit Sicherheit annehmen kann, daß die Zeit, wo Zuschüsse notwendig waren, nunmehr vorbei ist.

Somit ist die Buchhandlung wie die Druckerei haben erhebliche Ueberschüsse gebracht. Allerdings ließ der Wochenschriften-Abfall infolge der wirtschaftlichen Krisis manches zu wünschen übrig.

Die „Arbeiterinnen-Zeitung“ hat jetzt eine Auflage von annähernd 6000 Exemplaren; von den Ueberschüssen sind alte Schulden abgezahlt worden.

Es wurde der Wunsch laut, ein tägliches Unterhaltungsblatt, so wie es der „Vorwärts“ beibringt, auch in der „Arbeiterzeitung“ zu haben. Auch wurde der Gedanke erörtert, ob die Druckerei der „Arbeiterzeitung“ nicht ein Sonntagsblatt in der Art der „Neuen Welt“ für die gesamte Parteipresse herstellen solle.

Einen breiteren Raum nahm die Erörterung der Inseratenfrage in Anspruch. Es wurde betont, daß das Inseratengeschäft der Arbeiterpresse etwas durchaus ehrenwerthes und sauberes, und daß die hier und da in Parteitreffen bestehende Abneigung gegen die Veröffentlichung von Inseraten in der Parteipresse rückständig sei.

Aus den Kreisen der Wiener Genossen wurde das Verlangen laut, einen Vertreter der Pressekommision ständig zu allen Sitzungen der Parteileitung zuzuziehen. Man einigte sich dahin, einen Vertreter der Pressekommision an allen denjenigen Sitzungen der Parteileitung mit beratender Stimme teilnehmen zu lassen, in denen über Angelegenheiten der Presse beraten wird.

Der Verwaltung der „Arbeiterzeitung“ wird einstimmig Decharge erteilt. In vorgerückter Stunde wird dann in öffentlicher Sitzung die Wahl der Parteileitung vorgenommen.

Partei-Nachrichten.

Parteipresse Das „Vollblatt für Harburg“ wird vom 1. Oktober an in eigener Druckerei hergestellt und ist zugleich in der Lage, seinen Inhalt zu erweitern.

Ein Sozialistenheker, der in Halle zur Zeit des Sozialistengesetzes hinter unsern Genossen her war wie ein Jagdhund, der Kriminalpolizist Horn, ist seinem Schicksal verfallen. Er ist wegen zahlreicher Vergehens und Urkundenfälschungen, die er in seiner jetzigen Eigenschaft als Oberaufseher der städtischen Straßenreinigung begangen hat, in Untersuchung gezogen worden.

Aus der italienischen Partei. Am Freitag war der letzte Termin, der für den Wiedereintritt der autonomen Partei in die Gesamtpartei offen gelassen worden war. Wie uns ein Privattelegramm unfres römischen Korrespondenten meldet, erklärte der autonome Partei in Rom mit Doffolati seinen Wiedereintritt. Nur die Mailänder Autonomen erklärten, daß sie sich mit der Ortsgruppe nicht verschmelzen könnten. Sie behaupten, diese sei antiparlamentarisch, nur gewerkschaftlich und anarchisch. Sie beantragen eine Untersuchung, die diese Begründung prüfe.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine Hausdurchsuchung mußten wir am Freitagvormittag über uns ergehen lassen. Man suchte nach dem Manuskript einer Notiz, die am 17. Juni in unserm Blatte erschienen ist. Die Durchsuchung und die eventuelle Beschlagnahme ist auf Antrag der Staatsanwaltschaft vom hiesigen Amtsgericht beschloffen worden in einer Strafsache gegen den Tischergesellen Brauner in Neuland bei Reiche. Es handelt sich um den fraglichen Notiz um die Behandlung einer kranken Tagelöhnerin auf den Gütern des Grafen v. Branden-Dierstorff.

Da wir abgelegte Manuskripte nicht drei Stunden, geschweige denn drei Monate aufzubewahren pflegen, so hat man die Polizei umsonst bemüht. Aber das liegt nicht an uns, sondern daran, daß Staatsanwalt und Gerichte mit dem Zeitungswesen nicht genügend vertraut sind.

Aus Industrie und Handel.

Aus den rheinischen und westfälischen Kohlenrevieren kommen seit einiger Zeit lebhaftere Klagen über die Verschlechterung der Lohnverhältnisse. Schon im ersten und zweiten Quartal dieses Jahres hat in allen Gegenden des deutschen Kohlenbergbaues das Durchschnittseinkommen der Grubenarbeiter abgenommen, wie die nachstehende amtliche Statistik beweist:

Table with 4 columns: 1. Viertel, 2. Viertel, 3. Viertel, 4. Viertel. Rows: Oberhessen, Niederrhessen, Ruhrgebiet (nördlich), Ruhrgebiet (südlich), Saargebiet, Kaiserthaler Revier. Values represent income in M.

Seit Beginn des dritten Quartals hat sich aber das Einkommen noch weiter erniedrigt, da sonst überall Preisrückgängen eingelegt worden

find. Trotzdem gehen, wie die „Verarbeiter-Zeitung“ treffend bemerkt, die Kohlen- und Eisenbarone auf den Inlandsmarkt mit Preis-erhöhungen vor und schränken dadurch den Absatz noch weiter ein! Das „Kohlencomptoir“ hat die Kohlenpreise erhöht, desgleichen die schlesischen Kohlenmagnaten. Die Vereinigung der Werksbesitzer im Jura-Dan-Debnitz-Regauer Revier hat ab 1. Oktober den Preis für den Doppelwagen Hausbrandkohlen um 4 M., für Hausbrandbriketts sogar um 10 M. erhöht. Wie die Wertepresse meldet, soll im schlesischen Steinkohlen- und im altenburgisch-thüringischen Braunkohlenbezirk der Absatz „bedrückend“ sein. Die Arbeiter spüren davon aber nichts in ihrem Lohnbuch. Die Hausbrandkohlen werden verteuert, die Löhne gedrückt, dadurch die Kaufkraft des Volkes verschlechtert. Das ist die „wichtigste Wirtschaftspolitik“ der „königlichen Kaufleute“.

Die Hamburg-Amerika-Linie wird, wie dem „Verl. Tageblatt“ aus Hamburg gemeldet wird, zwölf Dampfer, die bisher aus dem Verkehr gezogen waren, schleunigst in den ostasiatischen Dienst einstellen. Die Schiffe sollen mit einer verriegelten Segelorder ausgestattet werden, das heißt, Kapitän und Mannschaften erfahren erst auf hoher See den Zweck der Reise. Offenbar handelt es sich auch bei der Reise dieser Schiffe um Kohlentransporte für die russische Flotte.

Trübseligkeiten und Kohlenmangel. Unter dieser Ueberschrift beleuchteten wir gestern die Verhältnisse, die im Rheinisch-westfälischen Kohlenrevier über die sogenannten Hüttenzweigenfrage, d. h. über die Frage, wie weit bei den neuerrichteten Vereinigungen von Kohlengruben mit Hüttenwerken der Selbstverbrauch der Hütten auf die Verteilung der Eruben an der vom Syndikat festgesetzten Förderung anzurechnen ist, auszubringen drohen. Auch die Zeitung des Kohlenreviers scheint starke Befürchtungen zu hegen, denn sie beruft jetzt eine außerordentliche Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ein:

- 1. Genehmigung zur Uebertragung von Aktien. 2. Aufnahme einer Bestimmung in das Statut, welche die Verteilung des Vermögens der Gesellschaft im Falle der Auflösung unter Berücksichtigung der bezahlten Umlagen regelt.

Allem Anschein nach will man versuchen, einen Modus zu finden, der die Geltendmachung solcher Forderungen hindert, wie sie in dem gestern mitgeteilten Rundschreiben der Deutsch-Lugemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft, sowie der Aktiengesellschaft „Friedlicher Nachbar“ enthalten ist.

Deutsch-Lugemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft. In der gestern in Bochum abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung, die zur Beschlußfassung über den Vereinigungsvertrag mit der Aktiengesellschaft „Friedlicher Nachbar“ einberufen war, wurden die Anträge der Verwaltung nach einem einleitenden Referat des Direktors Dernburg von der Darmsstädter Bank nach kurzer Debatte mit großer Mehrheit angenommen. Das Lugemburger Bergwerk reduziert also sein aus 7 075 000 M. Stammaktien und 17 100 000 M. Vorzugsaktien, zusammen 24 175 000 M. bestehendes Grundkapital auf die Hälfte, d. h. auf 12 087 500 M. Alsdann wird das Kapital zur Erweiterung der Gesellschaft „Friedlicher Nachbar“ um 5 Mill. Mark neuer Aktien erhöht, indem für je eine Aktie Lugemburger eine Aktie des „Friedlicher Nachbar“ getauscht wird und schließlich werden noch zur Verstärkung der Betriebsmittel für nominell drei Millionen Mark (vorläufig nur für zwei Millionen) neue Aktien ausgegeben.

Gewerkschaftliches.

Terrorismus mit dem Zeigefinger.

Einem Jwider in Pirmasens, der an dem längst verflohenen Streik dortselbst beteiligt war, ging ein amtliches Schriftstück mit folgendem bemerkenswerten Wortlaut zu:

Strafbefehl.

H. M. Jwider, wohnhaft zu Pirmasens, ist inhaltlich einer Anzeige des Schutzmannes R. vom 18. September beschuldigt, am 18. September 1904 zu Pirmasens den Versuch gemacht zu haben, den Zusehender Fr. D. durch Ehrverletzung an der Teilnahme einer Versammlung zum Behufe der Erlangung gänztiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bestimmen, indem er mit dem Finger auf D. deutete, zu demselben sagte: Das ist auch einer davon und: Betrachtet ihn Euch! Und bei der aufgenommenen Verfolgung ebenfalls mit dem Finger auf D. deutete, zu entgegenkommenden Arbeitern äußerte: Das ist auch einer davon, betrachtet ihn Euch!

Für diese ganze Schredenshaft wird dem Verbrecher eine Strafe von

14 Tagen Gefängnis

Berlin und Umgegend.

Zur Tarifbewegung in der Gips- und Cementbranche nahm am Mittwoch im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine sehr zahlreich besuchte Generalversammlung der betreffenden Sektion des Maurerverbandes Stellung. Ueber die Stellungnahme der Arbeitgeber zu den Lohnforderungen führte der Sektionsvorsitzende Frische aus: Die Arbeitgeber hätten sogar überhaup noch keine Stellung genommen. Dem Vorsitzenden des Verbandes der Gips-, Cement- und Zeddenbau-Geschäfte seien infolge Versammlungsbeschlusses die damals beschlossenen Forderungen schriftlich zugegangen mit dem Ersuchen, davon Kenntnis zu nehmen und den Vertretern der Arbeitnehmer Gelegenheit zu geben, in einer dazu einberufenen Sitzung der Jwölfer-Kommision die Forderungen zu begründen. Die Jwölfer-Kommision sei aber nicht zu dem Zwecke zusammenberufen worden, und eine Antwort sei auch nicht erfolgt. Später sei nur gelegentlich einmal darüber in der Jwölfer-Kommision gesprochen worden. Das sei aber auch alles gewesen. Es habe bei den Arbeitern und ihren Vertretern der Wunsch obgewaltet, daß die aufgestellten Forderungen zum 1. Oktober in Kraft treten sollten, weil der bestehende Vertrag Ende September ablaufe. Mit Ende der Woche sei man also vertragslos. Scheinbar wünschten die Unternehmer keinen Vertrag. Vielleicht sei es ihnen unangenehm, daß man unmissverständlich gegen vertragbrüchige Unternehmer vorgegangen sei. Eine ganze Anzahl Beschwerden gegen Unternehmer hätten immer in den Sitzungen der Jwölfer-Kommision erledigt werden müssen. Wenn andererseits die Arbeitgeber mal Arbeitern Vertragsbruch vorwerfen, dann sei stets Abhilfe durch die Organisation zugesichert worden. So sei von der Arbeiterorganisation alles getan worden zur Aufrechterhaltung des Vertrages. Wenn die Arbeitgeber jetzt meinen, ein Vertrag solle nicht sein, so könne schon gesagt werden, daß es auch ohne einen solchen gehen werde, und vielleicht noch besser, als es in der letzten Zeit der Fall war. Man stehe man vor der Notwendigkeit, zu entscheiden, was geschehen solle. Es sei darüber zu beschließen, ob man vom 1. Oktober ab durch einen allgemeinen Streik die jetzigen Forderungen durchbringen wolle oder ob man zu dem Zwecke das Mittel der Hausperre ergreifen oder was man sonst thun wolle. Wegen den allgemeinen Streik sprächen verschiedene Erwägungen. Vor allem sei zu berücksichtigen, daß von etwa 120 Unternehmern der Branche nur 25 bis 30 dem Unternehmer-Verbande angehören, und daß den nicht zu diesem Verbande gehörenden Unternehmern die Forderungen noch nicht zugegangen seien. Diese könnten bei einem allgemeinen Streik sich darüber beschweren, daß sie nicht einmal gehört worden seien darüber, ob sie nicht freiwillig bewilligen wollten. Auch würde bei einem allgemeinen Streik der Kampf voraussichtlich ein sehr schwerer werden. Wenn auch die Organisation dank guter

Agitation einen großen Aufschwung genommen habe, ständen doch immer noch viele Kollegen, hauptsächlich Hilfsarbeiter, außerhalb derselben, und ein erheblicher Teil sei noch nicht lange in der Organisation. Gut gefahren seien die Arbeiter der Gips- und Cementbranche immer mit Hausperren und partiellen Streiks. Sicher sei eine Anzahl Unternehmer vorhanden, die am 1. Oktober ohne weiteres bewilligen würden. Der Sektionsvorstand habe nun gemeinschaftlich mit den Mitgliedern der Jwölfer-Kommision, den Ableuten und Revisoren sich auf die Vorschläge geeinigt, die in einer Resolution enthalten seien, welche er der Generalversammlung zur Annahme empfehle.

Die Resolution lautet:

Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Verhalten des Verbandes der Gips-, Cement- und Zeddenbau-Geschäfte und verurteilt auf das entschiedenste die Haltung dieses Verbandes gegenüber den Lohnforderungen. In dem der Vorsitzende des Unternehmer-Verbandes auf die ihm von unserm Vorstand am 6. August dieses Jahres schriftlich zugesandten Lohnforderungen nicht einmal geantwortet hat und zu diesem Zweck auch keine Sitzung der Jwölfer-Kommision stattfinden ließ, trifft den genannten Verband die Schuld, wenn nach Ablauf des Vertrages (1. Oktober 1904) ein Kampf zur Durchführung der von uns gestellten Forderungen geführt werden muß. Da aber der Verband der Gips-, Cement- und Zeddenbau-Geschäfte von den ca. 120 in unserm Verufe vorhandenen Arbeitgebern nur ungefähr den fünften Teil zu Mitgliedern hat und die übrigen Arbeitgeber unter diesen Umständen für das Verhalten dieses Verbandes nicht verantwortlich gemacht werden können, beschließt die Generalversammlung:

Am 1. Oktober ist von einem allgemeinen Streik zur Durchführung unserer Forderungen Abstand zu nehmen. Der Vorstand wird zunächst beauftragt, die Forderungen, die dem Verbande der Gips-, Cement- und Zeddenbau-Geschäfte am 6. August zu Händen des Herrn Helm zugegangen, sofort den einzelnen Arbeitgebern schriftlich zu unterbreiten, mit einem Begleitschreiben, in welchem das Verhalten des Arbeitgeber-Verbandes gekennzeichnet wird. Die einzelnen Arbeitgeber sollen darin weiter ersucht werden, die ihnen unterbreiteten Forderungen unterschrieben anzuerkennen und dem Vorstand unserer Sektion bis Sonnabend, den 1. Oktober einzusenden.

In der nächsten Woche findet wiederum eine Generalversammlung der Sektion statt. In dieser Versammlung sind die Firmen, welche die Forderungen unterschrieben anerkennen, bekannt zu geben und weitere Beschlüsse zur Durchführung der Forderungen zu fassen. Endlich beschließt die Versammlung, daß bei allen Unternehmern, welche nach dem 1. Oktober d. J. Lohnreduzierungen vornehmen, die Kollegen sofort die Arbeit niederzulegen haben. In solchen Fällen sind die Kollegen verpflichtet, der Zeitung unverzüglich Mitteilung zu machen.

In der lebhaften Debatte traten verschiedene Redner für einen allgemeinen Streik ein, während andere den Vorschlag der Funktionäre befürworteten, mit der Maßgabe, daß die Sache möglichst beschleunigt werden möge. Schließlich wurde gegen wenige Stimmen die obige Resolution angenommen.

Dann erledigte man noch einige geschäftliche Angelegenheiten, die zum Teil den Ausbau des Vertrauensmännerstems betrafen. Am 11. Oktober findet im ganzen Dreizeigerbezirk eine Wahlenkontrolle statt. Die Maurer haben es übernommen, die Kontrolle für die Gips- und Cementbranche mitzumachen. Es sind ihnen die erforderlichen Auskünfte zu geben.

Der Streik der Glaschleifer, Polierer und Beleger dauert jetzt in die vierte Woche. Wie die zahlreich besuchte Streikerversammlung, die gestern vormittag stattfand, bemerkt, denken die Streikenden durchaus nicht daran, den Kampf aufzugeben, wenngleich sie nach wie vor bereit sind, auf annehmbare Grundlage und unter den nötigen Garantien Frieden mit den Unternehmern zu schließen. Verschiedene Arbeitgeber sollen sehr enttäuscht gewesen sein, als sie im „Vorwärts“ lesen, daß den Streikenden Mißtrauen und zum 1. November sogar voller Erfolg der Mißte gewährt wird, also Mißtrauen ihre Haltung nicht beeinträchtigen können. Nun teilte der Verbandslässiger in der gestrigen Versammlung mit, daß die freiwilligen Beiträge über Erwartung reichlich einlaufen. Täglich würden Gelder gesandt, am Donnerstag seien z. B. 2000 M. angekommen, wovon 500 M. lediglich für die Kosten bestimmt seien, abgesehen von den übrigen zu diesem Zweck reservierten Geldern. — Im allgemeinen ist die Lage des Streiks unverändert, doch ist nach dem, was Bellis in der Versammlung über Unterredungen, die mit einzelnen Prinzipalen auf deren eignen Wunsch seitens der Streikkommission gepflogen wurden, anzunehmen, daß mindestens ein Teil der Arbeitgeber gern so bald wie möglich bewilligen möchte. Es waren nur geringe Einwendungen, die von den betreffenden Herren gegen den Tarifentwurf gemacht wurden. Der Redner verlas ferner einen Brief der Firma Gaeze u. Harz, worin den Streikposten mit der Polizei gedroht wird, weil sie einige Arbeiter, die angeblich nur zur Wegschaffung von Warenlisten angekommen sind, angesprochen haben. Die Firma erklärte in diesem Brief, daß sie den Kampf bisher ehrlich geführt und polizeiliche Hilfe verschmäht habe. Dennoch gebietet sie zu denselben Firmen, die anfangs den Tarifvertrag schriftlich anerkannten, nach acht Tagen aber ihr Wort brachen. Eine sonderbare Art von Ehrlichkeit! Auch sind vor ihrer Werkstat schon mehrere Streikposten festgesetzt worden. — Von den während des Streiks Sittierten haben bis jetzt drei Strafmandate erhalten. Selbstverständlich wird Verurteilung dagegen eingelegt werden. In der Versammlung wurde wiederum die Aufforderung an die Streikenden gerichtet, sich wie bisher so auch in Zukunft durch nichts beim Streikpostenstehen aufzuheben zu lassen und jede ungesetzhliche Handlung streng zu vermeiden, damit ihnen von der Polizei und den Gerichten auch nicht der geringste begünstigte Vorwurf gemacht werden kann.

Eine Lohnbewegung der Polierer ist am Donnerstag beschloffen worden. Den Unternehmern — es kommen für die Branche etwa acht in Frage — ist am Freitag früh ein Kolliatir eingereicht mit dem Ersuchen, sich über Annahme oder Ablehnung desselben bis Sonnabendabend zu äußern. Wenn der Tarif abgelehnt wird, soll am Montag die Arbeit nicht wieder aufgenommen werden. — Die hauptsächlichsten Bestimmungen des Tarifs sind folgende: Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 Stunden, der Stundenlohn für Polierer 65 Pf., für Hilfskolierer 55 Pf. Wenn einem Hilfskolierer selbständige Arbeiten übertragen werden, ist ihm der Lohn eines Polierers zu zahlen. Ueberstunden sind mit 25 Proz. Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Proz. Aufschlag zu vergüten. Bei Arbeiten in den näheren Vororten ist ein Aufschlag von 1 M., bei andern nachstehenden Orten weiter entfernten Vororten 1,50 M., und bei noch weiteren Entfernungen 2,50 M. pro Tag zu zahlen. Arbeiten im Auslande unterliegen besonderer Vereinbarung, jedoch muß der Stundenlohn doppelt so hoch sein wie in Berlin. — Accordarbeit ist gänzlich ausgeschlossen. Gerüste sind auf Kosten der Firma zu stellen. Bei Reisen nach Auswärts ist das Höhegeld 3. Klasse zu vergüten, Nacht- und Wartezeit ist wie die Arbeitszeit zu bezahlen. Die Lohnzahlung erfolgt Sonnabends um 5 Uhr, vor den hohen Festen um 3 Uhr ohne Abzug. Bei schlechtem Geschäftsgang kann, um Ausfällen und Entlassungen zu vermeiden, die Arbeitszeit bis auf 6 Stunden verkürzt werden. Ferner wird die ausschließliche Benutzung des Arbeitsnachweises der Polierer sowie die Anerkennung der Organisation bezw. der Lohnkommission gefordert.

Die Versammlung nahm den Tarif sowie den Beschluß, eventuell am Montag die Arbeit niederzulegen, einstimmig an. Darauf machte der Vorsitzende Mitteilung von den Ausständen, welche die Polierer zur Zeit in Oberhausen, Keinzig und Hamburg durchzuführen und ersuchte um Beachtung dieser Lohnkämpfe seitens der Kollegen. Ferner teilte der Vorsitzende mit, daß sich vom 1. Oktober ab der Zentral-Arbeitsnachweis der Polierer Deutschlands bei Rait in der Dragonerstraße befindet.

Achtung, Buchdrucker-Gilfsarbeiter und Arbeiterinnen!

In der Buchdruckerei Gebr. Ernst, Zimmerstr. 34, wurden drei Anlegerinnen entlassen, weil dieselben sich weigerten, Buchbinderarbeiten zu machen. Drei andre Anlegerinnen erlitten ebenfalls, die für sie fremde Arbeit nicht zu machen und verließen den Kunststempel. Zugang ist fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung Berlin, Jahreshilfe I des Verbandes der in Buch- und Steindruckereien beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Deutsches Reich.

Kein Breslauer Streik vergeht, ohne daß in Gestalt einiger Prozesse die Nachwehen folgen — allerdings immer nur für die Arbeitnehmer. Wir berichteten erst vor zwei Tagen über „Terroristenprozesse“; am Donnerstag waren die Breslauer Richter bereits wieder sehr hart mit streifenden Arbeitern und deren Untertanen beschäftigt. Diesmal handelte es sich um einen Metallarbeiterstreik, an dem folgende Straftaten zu rügen waren:

1. Eine Hebertretung der Straßenpolizei-Verordnung. Ein Streikender hatte sich nicht schnell genug entfernt als der Schuttmann ihn dazu aufforderte. Urteil: Drei Tage Haft.

2. Drei Hausfriedensbrüche. Drei Schlosser hatten sich nicht schnell genug aus einer Werkstatt entfernt, als sie mit dem Meister in Differenzen gekommen waren. Urteil: Je eine Woche Gefängnis.

3. Eine Nötigung. Ein Schmied rebete einem etwas schwerhörigen und schwerfälligen Kollegen zu, mitzustreifen, kam ins Borjogecht mit ihm und stellte ihm dabei Ohrfeigen in Aussicht, wenn er weiter arbeite. Urteil: Ein Monat Gefängnis.

Am selben Tage stand die Klage eines Klemptners gegen den Unternehmer Sternberg zur Verhandlung, der ihn wegen Arbeitslosigkeit mit den Titeln „Nagelunge“, „Nagelöffel“ belegt und sich eine Ohrfeige gegeben hatte. Die Beschimpfungen wurden erwiesen, die Ohrfeige hatte der Klemptner pflichtgemäß erwidert, war also kompensiert. Urteil: 10 M. Geldstrafe.

Beim Liegnitzer Zimmerstreik sollte eine terroristische That durch den Zimmermann Bunge verübt worden sein. Der Mann kam aus Berlin, wohin er inzwischen verzogen, zur Verhandlung nach Liegnitz, veräußerte seine Zeit und verfuhr sein Geld, um zu erfahren, daß ein Verzug vorliegt, er sei nicht der Thäter. Er konnte also wieder seiner Wege gehen, um Verstrickungen über staatsanwaltsschäpliche Eifer gegenüber Streikern anzustellen.

In der Waggonfabrik Bern. Herbrandt u. Co., A.-G., Ahrensfeld sind am Donnerstag 200 Holzarbeiter in den Ausstand getreten. Die Ausständigen sind in den Verbänden der drei bestehenden Richtungen organisiert. Die forderte die ständige Arbeitszeit, die seit 1. September im Kölner Tischlergewerbe durch Tarifvertrag allgemein eingeführt ist.

Der Ausstand im Bremer Baugewerbe, welcher nunmehr bereits 17 Wochen besteht, sollte nach einem Beschlusse der Organisationsleitungen der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter im Anschluß an die Beendigung des Bremer Tischlerausstandes ebenfalls beendet werden. In dem Zwecke waren für Donnerstagabend drei Versammlungen der beteiligten Organisationen einberufen, in welchen die drei Verbandsvorstände Bömelburg, Schrader und Verend für Aufnahme der Arbeit eintraten. In allen Versammlungen ließ die Leitung auf entschiedenen Widerstand. Die Zimmerer und Bauarbeiter erklärten sich mit erdrückender Majorität für Fortsetzung des Kampfes, während bei den Maurern kein endgültiges Resultat herbeigeführt werden konnte. Der Kampf im Bremer Baugewerbe nimmt also seinen Fortgang. Die Arbeiterschaft ist entschlossen, bis zum äußersten zu kämpfen.

Der Streik der Metallarbeiter in Leipzig ist siegreich beendet. Aufgabe der Leipziger Brüder wird es nun sein, darauf zu achten, daß ihnen keine Streikarbeit aus Berlin untergeschoben wird.

Kusland.

Der Konflikt im Marzeller Hafen, der schon beendet schien, ist leider von neuem entzündet und hat eine Wendung genommen, die den Friedenshoffnungen wieder in weitere Ferne gerückt hat. Bekanntlich hatten sich die beiden Parteien auf ein Schiedsgericht geeinigt; das Schiedsrichteram wurde dem früheren Präsidenten des Marzeller Handelsgerichts, Herrn Leon Wagnan, übertragen. Dieser entschied sich im ganzen für die Aufrechterhaltung des Vertrages von 1903. Er lehnte auch die von den Unternehmern geforderten Bürgerschaften für die Beobachtung des Vertrags ab, aber er hatte an die Spitze seines Schiedsgerichts die Anerkennung des Rechts der Unternehmer, Arbeiter nach ihrem Gutdünken, also ohne Rücksicht darauf, ob sie organisiert sind oder nicht, einzustellen. Ferner wird im Schiedsgericht den Arbeitern verboten, unorganisierte Kollegen zu boykottieren. Wenn er auch auf der andern Seite den Unternehmern die Verpflichtung auferlegt, die Organisierten „so viel als möglich zu bevorzugen“, so konnte dies doch nicht genügen, das bei den Arbeitern herrschende Mißtrauen zu beseitigen und so lehnten die Organisationen der Dordarbeiter und der Holzenträger den Schiedsgerichtsbescheid ab. Das Exekutivkomitee der Arbeiter, welches bisher die Bewegung geleitet hatte, ist infolge des ablehnenden Beschlusses zurückgetreten und hat einem andern Platz gemacht. Die Arbeiter beharren nach wie vor auf der Anerkennung des Vertrags von 1903, ohne jeden Zusatz oder abschwächenden Kommentar.

Die Landesorganisation der Gewerkschaften Schwedens hat in letzter Zeit starken Zuwachs erhalten. Vor kurzem haben sich ihr angeschlossen: der Frauen-Handverband, der Gutarbeiter-Verband, der Lithographische Verband, der Textilarbeiter-Verband und der Bildhauer-Handverband von Stockholm. Nun hat auch die größte der schwedischen Gewerkschaften, der Eisen- und Metallarbeiter-Verband, der bisher der Landesorganisation noch nicht angehörte, durch Urabstimmung beschlossen, ihr am 1. Oktober beizutreten. Die Zahl der der Landesorganisation angehörenden Arbeiter steigt damit auf ungefähr 75 000.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Parteigenossen und Parteigenossinnen! Dienstag, den 4. Oktober, abends 8 Uhr, findet in allen Kreisen Berlins die Wiederherstellung von Parteitag in Bremen statt. Wir ersuchen um zahlreiche Beteiligung an diesen Versammlungen.

Die sozialdemokratischen Vertrauensleute.

Das **Präsidenten-Komitee** des 6. Kreises, Hans Weber, wohnt jetzt Carmen Schwalbe 5, v. III. Ferner ist das Agitationskommissions-Mitglied Paul Dobrolaw nach der Eberwalderstraße 1, IV verzogen.

Grünau. Am Sonntagmorgen 3 Uhr findet bei Duchanfour, Köpcke-Str. 79, eine **Kollaboration** statt, zu der Genosse Mühl-Rudolf das Referat übernommen hat. Außerdem wird diese Versammlung zur **Wärdewegung** Stellung nehmen.

Lokales.

„Menschenquälerei“.

In der „Freisinnigen Zeitung“ finden wir einen Artikel über die Ueberfüllung der Volksschulklassen. Veranlaßt ist er durch den Umstand, daß der Kaiser bei einem Besuch der Volksschule in Radinien erklärt haben soll, es sei Menschenquälerei, wenn ein Lehrer 70 Kinder unterrichten müsse. Das Blatt drückt dieses „treffende und kräftige Wort“ nach und zeigt dann, wie berechtigt es ist.

Es ist ein Glück, daß der Kaiser die untere Grenze, bei der die „Menschenquälerei“ beginnt, zufällig auf 70 festgesetzt hat. Hätte er

sich für 60 oder 65 entschieden, oder auch nur für 60, so wären wir vermutlich um den wirklich lesens- und beherzigenswerten Artikel der „Freisinnigen Zeitung“ gekommen. In den Volksschulen der Reichshauptstadt Berlin dürfen nämlich nach den Bestimmungen der städtischen Schulverwaltung bis 60 Kinder in eine Klasse hineingesteckt werden. Einer „Freisinnigen Zeitung“ würde es aber schlecht zu Gesicht auf Schulpläne zu sehen, die die freisinnige Verwaltung einer Großstadt-Kommune für „zulässig“ hält. Denn das Viehe, dieser Kommunalverwaltung vorwerfen, daß auch in ihren Schulen „Menschenquälerei“ getrieben werde.

Wir sind nun freilich weniger bescheiden als der Kaiser und der Berliner Kommunalfreisinn samt der „Freisinnigen Zeitung“. Wir meinen, daß die „Menschenquälerei“ schon viel früher als bei der 70 beginnt, und daß das „treffende und kräftige Wort“ auch auf zahlreiche Klassen der Gemeindeschulen Berlins angewendet werden könnte. In dem letzten Jahrzehnt ist hier — Dank den Bemühungen der sozialdemokratischen Stadtverordneten — manches besser geworden, aber von einem befriedigenden Zustand sind wir leider noch immer recht weit entfernt. „Ob wohl dem Kaiser,“ fragt das Freisinnblatt, „bekannt ist, in welchem Umfange „Menschenquälerei“ in unseren preussischen Volksschulen geübt wird?“ In welchem Umfange sie in unseren Berliner Volksschulen geübt wird, das hat der „Vorwärts“ oft gezeigt. Wer sich darüber genauer unterrichten will, dem steht ein reiches Material zur Verfügung in der amtlichen Statistik des Magistrats über die Frequenz der einzelnen Schulklassen.

Man bilde sich nur nicht ein, daß die 60 bloß eine theoretische Bedeutung hat und in der Praxis nicht mehr vorkommt. Noch für das Sommerhalbjahr 1904, das jetzt zu Ende gegangen ist, weist die am 1. Mai aufgenommene Statistik nach, daß 244 achte Klassen mit 60—69 Schülern besetzt waren, bei überhaupt 654 achten Klassen. Die 60 wurde in 16 dieser Klassen erreicht! Einmal ist bei einer achten Klasse sogar 71 als Frequenz verzeichnet, und die addierende Vergleichung der Frequenz der ganzen Schule mit der Frequenz ihrer einzelnen Klassen ergibt, daß das kein Druckfehler sein kann. Hier würde also selbst die „Freisinnige Zeitung“ „Menschenquälerei“ konstatieren müssen. Wer, wie wir, schon bei weniger als 70 diesen Ausdruck angewendet wissen möchte, der findet auch bei den siebenten Klassen noch reichlich Gelegenheit hierzu. Am 1. Mai waren 214 siebente Klassen mit 60 bis 69 Schülern besetzt, bei 641 siebenten Klassen; die 60 wurde zwölfmal erreicht. Selbst in den sechsten Klassen begegnet man noch ähnlichen Frequenzen. Es waren 120 sechste Klassen mit 60 bis 69 Schülern besetzt, bei 652 sechsten Klassen. Das Maximum soll hier nach den eigenen Bestimmungen der Schuldeputation 60 sein, aber es wurde noch 51mal überschritten, und das tatsächliche Maximum war 68. Nebenbei bemerkt: auch 60 ist noch lange nicht unser Ideal, und auch mit solcher Frequenz würde die „Menschenquälerei“ noch nicht verhätet. Wir haben diese Zahl nur mal angenommen, um nicht zu unbescheiden zu sein.

Ueber den Schaden, den die Klassenüberfüllung stiftet, sagt die „Freisinnige Zeitung“: „In vollem Maße kann eine erzieherische Einwirkung des Lehrers nur dann eintreten, wenn sein Vortrag, sein Unterricht jeden einzelnen erreicht, seine Disziplin jedes einzelne Kind umfaßt. Zwischen dem Lehrer und dem Kinde müssen persönliche Beziehungen vorhanden sein. Selbst der treueste Lehrer kann bei pflichtmäßigster Arbeitsleistung dieser Hauptaufgabe in überfüllten Klassen nicht gerecht werden.“ Vortrefflich gesagt, soll aber leider nur gelten für eine Schülerzahl von 70 und mehr. Von 69 an ist alles in bester Ordnung. Darum ist dann in Berlin, wo man die peinliche 70 möglichst vermeidet, auch der „Verein gegen Menschenquälerei in Schulen“ nicht nötig, den die „Frei. Ztg.“ wünscht, um ihn den zahlreichen Vereinen zur Bekämpfung der Tierquälerei an die Seite zu stellen.

Die **Stadtverordneten Dinsch, Sachs, Gerike** und **Duchow** haben, unterstützt von 76 Kollegen, folgenden Antrag der Stadtverordneten-Versammlung unterbreitet: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, nunmehr der Ausführung des Gemeindebeschlusses vom 2. Februar 1888 über die Verbindung der Stadtteile **Moabit** und **Wedding** durch ein Ueberführungsbauwerk über die Eisenbahngeleise im Zuge der verlängerten Stromstraße, jetzt **Pützigstraße**, und der **Strasse 11a**, jetzt **Höhnerstraße**, am **Mudolf Birchow-Kranienhause**, näher zu treten, die nötigen Vereinbarungen mit dem Eisenbahnstatistik herbeizuführen und der Versammlung eine Vorlage hierüber zur Zustimmung vorzulegen.“ Der Gemeindebeschluss vom 2. Februar 1888 hat folgenden Wortlaut: „Die Versammlung erklärt sich einstimmig im Prinzip mit der Herstellung einer Straßenverbindung der **Stromstraße (Moabit)** und der **Trifflstraße (Wedding)** über den **Bahnhof Moabit** einverstanden; sie genehmigt die beantragte Abänderung der Bauaufsichtlinien für die **Strasse 11a (Höhnerstraße)**, sowie die Ueberführung über den **Bahnhof Moabit**, mittels **Viadukt**, letzteres vorbehaltlich der Genehmigung des speziellen Projektes und die Zeit seiner Ausführung.“ Jetzt besteht dort nur eine Verbindung für Fußgänger, der sogenannte **Pützigsteig** über den **Bahnhof Pützigstraße**.

Aus der **Magistrats-Sitzung vom Freitag**. Der Magistrat hat folgende **Neuerrichtungen** in städtischen **Obdach** genehmigt: 1. die Einrichtung einer neuen **Kochküche** nach neuesten Muster; 2. eines **Frauenbades**; 3. die vorhandenen **Kochkessel**, die mit offenem Feuer bedient werden, sollen mit **Dampf-Kochvorrichtungen** versehen werden. Die Kosten sind mit **30 300 M.** veranschlagt für die Einrichtung der **Küche**, mit **11 700 M.** bei 2 und mit **268 000 M.** bei 3. — Bei der **Landes-Versicherungsanstalt** Berlin haben sich die **Direktorialgeschäfte** derart vermehrt, daß, trotzdem erst kürzlich ein **dritter Direktor** eingestellt ist, die Anstellung eines **vierten Direktors** von der Anstalt beantragt worden ist. Der Magistrat hat diesen Antrag genehmigt. An Stelle des verstorbenen **Hausinspektors des Rathhauses Vandemer** ist der **Magistratsdiener Voehnte** zum **Kassellan** des Rathhauses gewählt worden. Nach den Bestimmungen des **Etat** für den **Victoria-Park** hört die **Beleuchtung** desselben mit dem heutigen Tage auf. Der Magistrat hat nun beschlossen, daß die **Beleuchtung** bis zum **15. Oktober** dauert, an welchem Tage die **Beleuchtung** des **Wasserfalls** eingestellt wird. — Der **Grundbesitzer-Verein** von **Großbeeren** hat ein **Gesuch** an den Magistrat gerichtet wegen der **Errichtung** eines **Denkmals** zur **Erinnerung** an die **Schlacht** von **Großbeeren**, weil die alte **Mühle**, von wo aus **General v. Bülow** die **Schlacht** geleitet hat, **abgebrochen** worden ist. Der Magistrat hat beschlossen, den **Vorschlag** der **städtischen Deputation** anzunehmen, wonach eine **Pyramide** von **7 Meter Höhe** aus **mächtigen Steinquadern** errichtet werden soll. Die **Kosten** sind mit **9800 M.** veranschlagt. Das **Denkmal** soll in der **Nähe** der **früheren Mühle** errichtet werden.

Ueber die Schnelligkeit des Anwachsens der Bevölkerung

in Berlin, Charlottenburg und dem Deutschen Reich hat das **Statistische Amt** der **Stadt Charlottenburg** interessante Untersuchungen veranstaltet. Die **durchschnittliche Schnelligkeit**, mit der sich die **Bevölkerung** des **jetzigen deutschen Reichsgebietes** in den **80 Jahren** von **Ende 1820** bis **Ende 1900** vermehrt hat, ist **gleich 76,22 Proz.**, d. h. auf ein Jahr berechnet **gleich 0,95 Proz.** gewesen, und zwar war sie in der **ganzen Zeit** eine **ziemlich gleichförmige**, das **Minimum** betrug **0,94 Proz.** und **fiel** in das **Jahrhundert** **1850—1860**, das **Maximum** **1,50 Proz.**, **fiel** in das **letzte Jahrzehnt** **1895—1900**. Die **Bevölkerung** **Berlins** ist in den **83 Jahren**, **1820 bis 1903** um **221,38 Proz.**, und die **Charlottenburgs** um **384,18 Proz.**, für ein Jahr **durchschnittlich** um **2,67** und **4,63**

Prozent gewachsen. **Aber** diese **Zunahme** war eine **sehr unregelmäßige**; das **Minimum** des **jährlichen Wachstums** war in **Berlin** **1,18 Proz.** und **fiel** in den **Jahren** **1900 bis 1903** **stark**, **war** also **während** dieser **drei Jahre** **geringer** als das **Wachstum** im **deutschen Reich** **während** der **Jahre** **1895 bis 1900**, das **Maximum** war **4,39 Proz.** und **fiel** in das **Jahrhundert** **1870 bis 1875**. In **Charlottenburg** war **bis** zum **Jahre** **1850** die **Zunahme** der **Bevölkerung** **recht gering**, **durchschnittlich** **kleiner** als in **Berlin**; erst **seit** dem **Jahre** **1850** **beginnt** ein **starkes** **prozentuales** **Wachstum**, das **etwa** um das **Jahr** **1890** **sein** **Maximum** **erreicht**: in dem **Jahrhundert** **1885 bis 1890** betrug die **jährliche** **Zunahme** **11,91 Proz.** und in dem **Jahrhundert** **1860 bis 1895** **war** sie **gleich** **10,87 Proz.**; **von** dieser **Zeit** **an** **nimmt** das **Wachstum** **wieder** **ab**. Die **Bevölkerung** im **deutschen Reichsgebiete** hat **sich** in den **80 Jahren** **von** **1820 bis 1900** **bei** einem **durchschnittlichen** **jährlichen** **Wachstum** **von** **0,95 Proz.** **verdoppelt**, die **Berliner** **Bevölkerung** **ist** **bei** einem **jährlichen** **Wachstum** **von** **4,63 Proz.** **46 1/2 mal** **so** **groß** **geworden** **wie** im **Jahre** **1820**. Der **Anteil** der **weiblichen** **Bevölkerung** **Charlottenburgs** **an** der **gesamten** **Einwohnerschaft** **war** **am** **Schlusse** **des** **Jahres** **1900** **um** **9,32 Proz.** **höher** **als** **der** **Anteil** **der** **männlichen** **Bevölkerung**, **er** **hat** **sich** **bis** **zum** **Schlusse** **des** **Jahres** **1903** **noch** **weiter** **vermehrt**. In **Berlin** **übertrogt** **der** **Anteil** **der** **weiblichen** **Bevölkerung** **den** **der** **männlichen** **zu** **dieselben** **Zeit** **nur** **um** **4,3 Proz.** Dieser **erhebliche** **Unterschied** **in** **den** **beiden** **Städten** **erklärt** **sich** **im** **wesentlichen** **durch** **die** **größere** **Zahl** **der** **weiblichen** **Dienstboten** **in** **Charlottenburg**. **Sonderbar** **man** **nämlich** **die** **weiblichen** **Dienstboten**, d. h. die **zur** **persönlichen** **Dienstleistung** **gehörigen** **weiblichen** **Personen** **ohne** **eigene** **Wohnung** **aus**, **so** **steht** **sich** **der** **Prozentfuß** **der** **männlichen** **Bevölkerung**, **der** **weiblichen** **Bevölkerung** **ohne** **Dienstboten** **und** **der** **weiblichen** **Dienstboten** **in** **den** **beiden** **Nachbarstädten** **wie** **folgt**:

	männliche Bevölkerung	weibl. Bevölkerung ohne Dienstboten	weibliche Dienstboten
in Berlin	47,81 Proz.	48,13 Proz.	4,06 Proz.
in Charlottenburg	45,37	46,00	8,66

Der **Anteil** der **weiblichen** **Dienstboten** **in** **Berlin** **nur** **um** **0,32**, **in** **Charlottenburg** **um** **0,66** **Proz.** **höher** **als** **der** **Anteil** **der** **männlichen** **Bevölkerung**. **Während** **ohne** **Absonderung** **des** **weiblichen** **Dienstpersonals** **der** **Ueberschuss** **der** **weiblichen** **Bevölkerung** **über** **die** **männliche** **in** **Charlottenburg** **um** **4,6** **Proz.** **höher** **stand** **als** **in** **Berlin**, **steht** **er** **nach** **dieser** **Absonderung** **nur** **noch** **um** **0,3** **Proz.** **höher**. **In** **der** **Gemeinde** **Grünwald** **übertrogt** **zur** **Zeit** **der** **letzten** **Vollzählung** **infolge** **der** **größeren** **Zahl** **weiblicher** **Dienstboten** **der** **Anteil** **der** **weiblichen** **Bevölkerung** **den** **der** **männlichen** **sogar** **um** **26** **Proz.** **der** **gesamten** **Einwohnerzahl**.

Der **neuerliche** **Polizeireform**. Als **wichtigste** **Veränderung** **im** **Verwaltungswesen** **bringt** **der** **1. Oktober** **die** **schon** **angekündigte** **Neuordnung** **des** **polizeilichen** **Wesens** **im** **Landespolizeibezirk** **Berlin**, **also** **auch** **in** **seinen** **Vororten**. **Bei** **Umgängen** **innerhalb** **des** **Gemeindebezirks** **bleibt** **es** **ungefähr** **beim** **alten**. **Neu** **eingeführt** **werden** **aber** **besondere** **ausführliche** **Formulare** **für** **die** **An- und** **Abmeldung** **bei** **Umgängen** **von** **einem** **Gemeindebezirk** **in** **den** **andern**. **Sie** **gehen** **die** **hier** **Anfassigen** **insofern** **an**, **als** **sie** **z. B.** **von** **hier** **nach** **einem** **Vororte** **ziehen**. **Wer** **von** **der** **einen** **Seite** **der** **Aufsuchenstrasse** **nach** **der** **andern** **zieht**, **muss** **sich** **in** **Berlin** **ein** **Abgangsattest** **verschaffen** **und** **in** **Charlottenburg** **eine** **neue** **ausföhrliche** **Meldung** **erhalten**, **sowie** **sich** **persönlich** **auf** **dem** **Polizeirevier-Bureau** **einfinden**. **Für** **solche** **Anmeldungen** **ist** **weiches**, **für** **Abmeldungen** **grünes** **Papier** **vorgeschrieben**. **Die** **Anmeldungen** **für** **Umgänge** **innerhalb** **des** **Gemeindebezirks** **kommen** **auf** **gelbes**, **die** **Abmeldungen** **auf** **graues** **Papier**. **In** **ähnlicher** **Weise** **ist** **das** **Meldewesen** **in** **den** **Vororten** **geregelt**. **Für** **den** **Landespolizeibezirk** **Potsdam** **sind** **mit** **Abnahme** **der** **Städte** **Spandau**, **Köpenick** **und** **Teltow** **und** **der** **Berliner** **Vororte** **erleichterte** **Bestimmungen** **ergangen**. **Hier** **sind** **besondere** **Formulare** **für** **die** **Anmeldung** **nicht** **vorgeschrieben**, **dagegen** **wird** **ein** **Anmeldechein** **ähnlich** **wie** **in** **Groß-Berlin** **erteilt**.

Es **gibt** **Beststädte** **wie** **London** **und** **New** **York**, **wo** **kein** **Einwanderer** **sich** **bei** **der** **Polizei** **zu** **melden** **braucht** **und** **noch** **wiel** **weniger** **jemand**, **der** **von** **einer** **Strasse** **in** **die** **andere** **zieht**. **Und** **dort** **ist** **die** **persönliche** **Sicherheit** **nicht** **mehr** **gefährdet** **als** **in** **Berlin**, **wo** **der** **Arbeiter** **so** **mancher** **Wortlaut** **unentbehrlich** **geblieben** **ist**.

Der **Vorstand** **des** **Vereins** **socialdemokratischer** **Gast- und** **Schantwirts** **Berlins** **und** **der** **Umgebung** **teilt** **uns** **mit**, **daß** **durch** **Beschluss** **der** **am** **7. und** **8. September** **hier** **abgehaltenen** **Konferenz** **der** **Verband** **der** **freien** **Gast- und** **Schantwirts** **Deutschlands** **gegründet** **worden** **ist**; **dieser** **Verband** **wird** **am** **1. November** **d. J.** **seine** **Funktionen** **beginnen**. **Die** **parteiendissigen** **Gastwirts** **werden** **erlaubt**, **die** **Agitation** **für** **den** **Verband** **einzuleiten**. **Käufers** **bringt** **eine** **Announce** **in** **der** **heutigen** **Kammer**. **Die** **Arbeiterpresse** **wird** **erlaubt**, **diese** **Mitteilung** **abzudrucken**.

Der **Mann**, **der** **den** **Hörster** **Stempel** **am** **letzten** **Sonntag** **in** **Wlumburg** **getötet** **hat**, **ist** **gestern** **im** **104. Polizeirevier** **in** **der** **Person** **des** **32 Jahre** **alten** **Musikanten** **Josef** **Umblat** **festgenommen** **worden**. **Er** **hat** **nach** **längerer** **Berhandlung** **die** **That** **eingestanden**; **er** **will** **im** **Zustande** **der** **Rothsicht** **gebaldelt** **haben**. **Umblat** **ist** **am** **5. April** **1872** **geboren** **und** **wohnte** **in** **der** **Wariensburgerstraße** **8**. **Er** **war** **als** **Nachfahrer** **in** **einer** **Cigarettenhandlung** **in** **der** **Reibelsirasse** **angestellt**. **Auf** **ihn** **paßt** **die** **Beschreibung**, **die** **von** **dem** **Wilderer** **gegeben** **worden** **war**. **Als** **nun** **auf** **erstem** **feststand**, **daß** **er** **am** **Sonntag** **früh** **mit** **dem** **Rad** **ausgefahren** **und** **erst** **spät** **zurückgekehrt** **war**, **wurde** **die** **Kriminalpolizei** **auf** **ihn** **aufmerksam** **gemacht**. **Der** **Verdacht** **fiel** **weitere** **Nahrung** **durch** **die** **Ermittelung** **des** **mit** **der** **Untersuchung** **des** **Freiwills** **beauftragten** **Kommissars**, **daß** **Umblat** **wegen** **Wilderens** **schon** **zweimal** **bestraft** **ist**. **Der** **festgenommene** **leugnete** **jedoch** **sehr** **entschieden**. **Rothsicht** **war** **Umblat** **die** **That** **einstweilen** **nicht**, **wenn** **auch** **seine** **Weigerung**, **über** **seine** **hättere** **Auskunft** **zu** **geben**, **ihm** **ebenfalls** **nach** **belastete**. **Sein** **Rad**, **das** **im** **Geschäftslokal** **in** **der** **Reibelsirasse** **stand**, **zeigte** **deutliche** **Spuren** **von** **der** **Ueberlandsfahrt**, **dagegen** **fehlte** **die** **Lacke**, **die** **man** **an** **dem** **Rad** **des** **Wilderers** **gesehen** **und** **die** **zur** **Aufnahme** **der** **festgefahrenen** **Hinte** **gedient** **hatte**. **Das** **Belastungsmaterial** **ergab** **eine** **Hausfuchung**, **die** **einen** **Nachfahrersanzug** **mit** **Röhre**, **wie** **ihn** **die** **Zeugen** **beschrieben** **hatten**, **zu** **Tage** **förderte**, **und** **namentlich** **die** **Fuhrmessung**. **Die** **Kriminalpolizei** **hatte** **an** **Thatorie** **Abdrücke** **der** **Fußspuren** **gemacht**. **Zu** **diesen** **paßten** **genau** **die** **Stiefel**, **die** **der** **Verdächtige** **bei** **seiner** **Verhaftung** **trug**, **und** **zwar** **sehr** **genau** **auch** **die** **Sohle** **mit**

Spiele in nichtpreussischen Lotterien ziemlich scharf. Mit Rücksicht auf die große Verbreitung, die Lose fremder Lotterien in Stadt und Land gefunden haben, teilen wir zur Warnung folgende Bestimmungen des neuen Gesetzes mit: Wer in außerpreussischen Lotterien, die nicht im Königreich Preußen zugelassen sind, spielt, wird nach § 1 mit Geldstrafe bis zu 600 M. oder im Nichtbeitreibungsfalle mit Haft bestraft. Wer sich dem Verkauf oder der sonstigen Veräußerung eines Loses, eines Losabschnittes oder eines Anteiles an einem Lose oder Losabschnitte der im § 1 bezeichneten Lotterien unterzieht, insbesondere auch, wer ein Los, einen Losabschnitt oder einen Losanteil dieser Art zum Erwerb anbietet oder zur Veräußerung bereit hält, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 M. bestraft. Ist die Zuwiderhandlung durch eine Person begangen, welche Losehandel gewerbmäßig treibt, oder bei ihm gewerbmäßig Hilfe leistet, oder ist sie durch öffentliches Auslegen, Ausstellen oder Ausschlagen oder durch Verleiden eines Loses, eines Losabschnittes, eines Bezugsheimes, eines Anteiltheimes, eines Angebotes, einer Anzeige oder eines Lotterieplanes oder durch Einrückung eines Angebotes, einer Anzeige oder eines Lotterieplanes in eine in Preußen erscheinende Zeitung erfolgt, so tritt Geldstrafe von 100 bis zu 1500 M. ein. Die Strafen finden eine Erhöhung bis 1500 bezw. 2000 M. bei erstem Rückfall in gedachtem Vergehen; jeder fernere Rückfall zieht Geldstrafen von 300 bis 3000 M. nach sich.

Herr Kranold, der Präsident der Eisenbahn-Direktion Berlin und des Vereins deutscher Eisenbahn-Verwaltungen, tritt heute in den Ruhestand. Er hat sich gestern von seinen Beamten verabschiedet.

Der Magistrat wählte gestern in seiner Sitzung zum ärztlichen Leiter der Geschlechtskranken-Station am städtischen Odbach den Sanitätsrat Dr. Wechselmann.

Tausend japanische Flüchtlinge, darunter 400 Frauen und 85 Kinder, werden am 6. bis 7. Oktober er. aus Russland kommend Berlin passieren, um über Bremerhaven in die Heimat zurückzuführen. Die seit Beginn der Feindseligkeiten zwischen Russland und Japan ihrer wirtschaftlichen Existenz beraubten Leute haben, wie schon des öfteren von uns erzählt wurde, in Russland viele Entbehrungen erdulden müssen und sind gänzlich mittellos. In Bremerhaven sollen sie sich einige Zeit von den ausgestandenen Strapazen und der wochenlangen Eisenbahnfahrt erholen.

Accordarbeit — Mordarbeit! Der Centralverband der Maurer schreibt uns: Ein Etzold-Gefirn in der Länge von gut 3 Metern stürzte vom Neubau des Unternehmers Hermsdorf in der Heibelbergerstraße ab und durchschlug das Schinddach. Zufällig befanden sich die Arbeiter auf der Straße, so daß Menschenleben bei dem Unfall nicht in Frage kamen. Fragt man sich aber, wie das Malheur geschehen konnte, so ist die Antwort leicht gegeben. Dem Unternehmer leisteten nämlich die Lohnmänner, die den Bau bis zur dritten Etage aufgeführt hatten, nicht genügend Arbeit, und so wurden sie 14 Tage vor dem Unfall durch Accordmänner ersetzt. Diese Herren schafften natürlich mehr, mit welchem Erfolg, zeigt der Unfall, der nur geschehen konnte, weil die sachmännische Vorsicht außer Acht gelassen war. Erwähnung verdient noch ein anderer Unfall. Auf dem Bau ist eine Baukantine errichtet, deren Wächter monatlich die hohe Summe von 1100 M. als Miete zahlen muß. Dafür ist ihm das Vorrecht eingeräumt worden, sämtliche Speisen und Getränke liefern zu dürfen. Als die Maurer sich über die Bedienung beschwerten, wurden etliche von ihnen entlassen. Das Eintreten der Schlichtungskommission bewirkte zwar, daß diese Maßregelungen wieder rückgängig gemacht wurde, doch half sich der Unternehmer bald darauf durch die schon erwähnte Entlassung sämtlicher Lohnmänner. So sieht es auf manchen Bauten aus!

Die böswilligen Alarmierungen der Feuerwehre wollen trotz aller Mahnungen kein Ende nehmen. In der letzten Nacht erfolgte eine solche Alarmierung nach der Drobenerstraße. Der Häter, ein Mechaniker Max Guth, der bei seinen Eltern Wäckerstraße 54 wohnt, wurde ergriffen und gab als Brandstelle das Haus Prinzenstraße 58 an, wo aber trotz Suchens nichts zu finden war. Der zwanzigjährige Mensch, der nicht nur die Wehre genarrt, sondern auch die Hausbewohner beunruhigt hat, sieht nun einer Verurteilung entgegen, die ihm die Luft nehmen wird, ähnlichen Unfug zu treiben. In mehreren Fällen hat das Gericht auf eine dreimonatige Gefängnisstrafe erkannt.

Für fünfzig Mark Proffsalbe. Die „Berl. Jtg.“ meldet: Für den Prinzen Friedrich Leopold treffen noch immer Ausrichtungsgesuche zu seiner vorläufig aufgehobenen, in Wirklichkeit aber wohl aufgehobenen Reise ins russische Hauptquartier in Schloß Glienide ein. Es ist ein bedeutendes Barrenlager, das der Prinz mitnehmen wollte, unter anderem für etwa 700—800 Mark Handkufe, für ca. 50 M. Proffsalbe, eine größere Anzahl Messer- und Hühneraugenmesser und namentlich viele Paar Stiefel. Von letzteren besitzt der Prinz in Schloß Glienide überhaupt einen so reichlichen Vorrat, daß ein ganzes Zimmer damit vollgeproppert ist. Es mögen wohl ca. 800 Paar Stiefel, meistens Reiterstiefel mit Sporen, sein, die sorgfältig geordnet in Regalen stehen.

In dem Prozeß gegen die ehemalige Gesellschafterin der verstorbenen Prinzessin von Schleswig-Holstein erwählte die Angestellte Milewski auch, daß statt ihrer der Herzog Günther von Schleswig-Holstein ein Fräulein Klawitter, die von ihm eine Apagane bezieht, bei der Prinzessin unterbringen wollte. Dieses Fräulein Klawitter ist der „Votsd. Korresp.“ zufolge in Potsdam eine wohlbekannte Persönlichkeit. Sie bewohnt in der Auguststraße eine für sich eingerichtete Wohnung und beschäftigt als Modistin, die namentlich ihre Kundschaft in Adelskreisen und bei den Damen der Berliner Bühnen hat, eine größere Anzahl junger Mädchen. Ihre Bekanntschaft mit dem Herzog Günther von Schleswig-Holstein datiert aus der Zeit, als dieser noch in Potsdam beim Leib-Garde-Husaren-Regiment stand. Damals lernte das bei ihrem Vater, einem Rangleidener, wohnende bildhäßliche Mädchen die Aufmerksamkeit des jungen Prinzen auf sich.

Straßensperren. Das Waterloo-Ufer vom Wäckerplatz bis zum Hauke 11/12 wird behufs Umpflasterung vom 3. d. M. ab bis auf weiteres zur Fahrdauer und Reiter gesperrt.

Drei Arbeiter durch eine Gasexplosion schwer verletzt. In der Gammewaldstr. 111 zu Schöneberg erfolgte Freitagmittag eine heftige Gasexplosion, bei welcher die Arbeiter Werbelow und Lang sowie der Tischler Eberhard gefährliche Brandwunden davontrugen. Die Explosion hatte ihren Ausgang in einem leeren Parterrezimmer hinter einem ebenfalls leerstehenden Verkaufsladen. Vor einigen Tagen war in dem Hinterzimmer die Gasstrome abgeschraubt, ohne daß man das Gasrohr wieder sicher verschlossen hätte. Es war infolgedessen viel Gas ausgeströmt, und als die genannten Arbeiter das Zimmer mit brennender Cigarre betraten, erfolgte eine gewaltige Detonation. Die Fenster Scheiben flogen hier- und auf den Hof und die Straße. Unmittelbar darauf stürzten die drei Arbeiter unter Hilferufen auf die Straße. Sie waren am ganzen Körper mit Brandwunden bedeckt und mußten schleunigst nach der Unfallstation gebracht werden. Vorher waren sie von hilferreichen Nachbarn mit Wasser begossen worden. Ob ein solches Verginnen vorteilhaft ist, erscheint sehr fraglich, denn in den meisten Fällen verlaufen schwere Brandwunden, die mit Wasser in Verbindung kamen, tödlich. Ein Brand fand bei der Explosion nicht weiter statt, so daß die alarmierte Feuerwehre ohne weiteres wieder kehrt machen konnte.

Mit 400 M. durchgebrannt ist der 30 Jahre alte Vater und Hausdiener Karl Stelbaum aus der Drobenerstr. 105, der seit einem Vierteljahr in der Viquaerfabrik von Manegold in der Geißbergstr. 29 angestellt war. Der Mann wurde auch als Passierer beschäftigt, zog am Mittwoch bei der Kundhaft das Geld ein, ging um die Mittagszeit nach Hause, vertauschte seinen Arbeitsanzug mit der Sonntagskleidung und fuhr auf einem Zweirad, das ebenfalls seinem Gesellschafter gehört, mit der Weite auf Nummerwiese nach Davon.

Feuerbericht. Ueber ein Duzend Alarmierungen hatte die Wehre in den letzten 24 Stunden zu verzeichnen. In der Nacht zum Freitag wurde sie fast gleichzeitig nach der Alten Jakobstr. 104 und nach der Wionskirchstr. 54 gerufen. In beiden Fällen handelte es sich um Wohnungsbrände, bei denen Möbel, Betten und Kleidungsstücke im wesentlichen beschädigt wurden. — Vorher hatte die erste Löschcompagnie lange Zeit in der Kaiser Wilhelmstr. 48 zu thun, wo in einem Keller Feuer ausgebrochen war. Bei Anbruch des ersten Löschganges hatte es schon einen größeren Umfang angenommen und so mußte, da die Flammen an Gerümpel, Baumaterial etc. reiche Nahrung fanden, häufig Wasser gegeben werden, um die Gefahr zu beseitigen. — In der Wolgasterstr. 3 mußte später in einer Küche ein Brand abgelöscht werden, der neben Küchennöthen auch den Fußboden beschädigte. — Gardinen gingen nachts in der Gartenstraße 16 in Flammen auf, während hinter den Linden 20 Kleider brannten. — Anfang am öffentlichen Feuerwehrlager lag einer Alarmierung zu Grunde, die die Wehre nach Mitternacht nach der Prinzenstr. 58 führte. Der Häter, der 24jährige Mechaniker Max Guth aus der Wäckerstr. 54, wurde ermittelt und sieht nun seiner gerichtlichen Verurteilung entgegen. — Außerdem liefen noch aus der Potsdamerstr. 111, Kurstr. 88 und noch aus einigen anderen Orten Feuermeldungen ein, doch waren diese durchweg auf unbedeutende Anlässe zurückzuführen.

Eine unerwartete Aufführung hat das Verschwinden des fünfzehnjährigen alten Tischlerlehrlings Köster aus der Kastatterstr. 26 gefunden. Der Junge arbeitete bei seinem Onkel, einem Meister in der Linienstraße, und klagte den Eltern oft, daß er Schläge bekomme. Obwohl der Meister das bestritt, waren die Leute doch in der größten Sorge, als ihr Sohn ihnen am Donnerstag schrieb, er komme nicht mehr nach Hause, sondern werde sich wegen der schlechten Behandlung in der Lehre das Leben nehmen. Da er auch am nächsten Morgen nicht wieder eintraf, so nahmen sie an, daß er die Drohung wahr gemacht habe, und suchten nach seiner Leiche. Umsonst freuten sie sich, als der Vermißte gestern nachmittag plötzlich wieder bei ihnen in der Wohnung erschien. Keumütig bekannte er, daß er gar nicht lebensmüde sei, sondern sich nur von einigen Altersgenossen zu einem dummen Streiche habe verleiten lassen. Der Lehrling hatte am Donnerstagmorgen für seinen Meister 45 Mark eingezogen und den Schatz an dem Durschen versteckt. Diese überredeten ihn zu dem Brief an die Eltern, und nachdem man ihn der Post übergeben hatte, wanderte man gemeinsam zum „Rummel“ in Weimanns Volksgarten auf dem Gesundbrunnen. Dort vertheilte die Bengel 38 Mark. Dann kam der Regenjammer, und der „Selbstmordkandidat“ schlich sich mit dem Rest von 7 Mark nach Hause und bat seine Eltern reuevoll um Verzeihung.

Der Sternenhimmel im Oktober. Zu Anfang des Monats um 10 Uhr abends steht direkt über uns, im Zenith, kein heller Stern, nach Westen zu erblickt man in der Gabelung der Milchstraße stehend, den Deneb (2. Gr.) und weiter westlich die Vega (1. Gr.); südwestlich steht in der Milchstraße der Altair (1. Gr.). Im südöstlichen Richtung von ihm, aber noch auf der Westseite des Himmels, erblickt man den Planeten Saturn; dagen funkt, nur wenig über den Horizont erheben, schon östlich vom Meridian, ein Fixstern 1. Größe, der Komahaut vom Sternbild südlicher Fisch.

Von bekannten und leicht aufzufindenden Sternbildern erwähnen wir den großen Bären oder Wagen und die Cassiopeja; ersterer steht ziemlich tief im Norden, die Verbindungslinie seiner Hinterräder führt zum Polarstern am unveränderlichen Himmelspol, und über diesen hinaus bis zur Milchstraße fortgesetzt zu dem charakteristischen Stern W der Cassiopeja. Westlich von ihr fällt der strahlende Planet Jupiter auf; nördlich von diesem erblickt ein schwaches Auge einen matten Fleck, in welchem stärkere Augen 8 bis 12 einzelne Sterne unterscheiden; es sind die Plejaden oder das sogenannte Siebengestirn, das dem Sternbilde Stier angehöret; etwas tiefer als die Plejaden, nordöstlich von ihnen funkt ein Stern erster Größe, der heißt des Stiers, Aldebaran.

Die Milchstraße zieht sich von Südwesten nach Nordosten. In ihr von der Cassiopeja nordöstlich weiter gehend, sieht man nochmals auf einen sehr hellen Stern erster Größe, die Capella, die unmittelbar am Westrand der Milchstraße steht.

Zu erwähnen ist noch, daß der Planet Venus nach Sonnenuntergang kurze Zeit als Abendstern am Westhimmel sichtbar ist.

Die Sonne sinkt im Oktober schon zu beträchtlicher Tiefe herab; am 1. steht sie zu Mittag noch 34 Grad hoch, am 31. erreicht sie nur noch 23 Grad; entsprechend verläuft sich ihr Tagesbogen am Himmel: am 1. geht sie um 6 Uhr 9 Min. auf, um 5 Uhr 43 Min. unter, am 31. geht sie erst um 7 Uhr 4 Min. auf und schon um 4 Uhr 37 Min. unter, der Tag nimmt also von 11 Stunden 34 Min. bis auf 9 Stunden 33 Minuten ab.

Der Mond hat am 2. Oktober letztes Viertel, Neumond ist am 9. Oktober, erstes Viertel am 16., Vollmond am 24. und am 31. ist wieder letztes Mondviertel.

Morgen Sonntag veranstaltet der Gesangverein „Norddeutsche Schiffe“ in Gemeinschaft mit der siebenten Abteilung des Turnervereins „Fichte“ unter Mitwirkung des Neuen Tonkünstler-Orchesters in der „Neuen Welt“, Hasenheide, ein Konzert sowie Turner-Aufführungen. Da ein vorzügliches Programm aufgestellt ist, so darf wohl auf zahlreiche Beteiligung gerechnet werden. Eine Eintrittskarte im voraus kostet 40 Pf. Das Konzert beginnt 6 1/2 Uhr.

Orgel-Konzerte. In der Marienkirche werden Montag, den 8. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, Kompositionen von Bach, Händel, Mendelssohn, Rheinberger, Wumner u. a. durch Musikdirektor Otto Dienel, Frau Hermann-Prätorius, Frau Clara Vinbhoff, Herrn Ludwig Wagner, Violinist, und Herrn Paul Schnyder bei freiem Eintritt aufgeführt.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania findet am Sonnabendmittag 4 Uhr eine Wiederholung des Vortrages „Die Insel Rügen“ zu keinen Preisen statt. Abends wird der Vortrag „Im Bannkreis der Jungfrau“ zur Darstellung gelangen. Im Vorjahr beginnen in der kommenden Woche die gemeinverständlichen naturwissenschaftlichen Vorträge; die Vorkurse beginnen, soweit dies nicht besonders bemerkt ist, abends um 8 Uhr und umfassen die nachstehenden Gegenstände: Dr. Donath, „Einführung in die Elektrotechnik“ (9 Vorträge, Sonnabends, Beginn 15. Oktober). Dr. Donath, „Punktelektrographie und drahtlose Telephonie“ (10 Vorträge, Mittwoch nachmittags von 6 bis 7 Uhr, Beginn 5. Oktober). Dr. P. Schmidt, „Einführung in die Erdkunde“ (4 Vorträge, Dienstags, Beginn 4. Oktober). Dr. v. Uruub, „Anorganische Experimentalkemie“ (10 Vorträge, Freitags, Anfang 7. Oktober). Dr. F. Nissenpart, „Das Sonnensystem“ (4 Vorträge, Dienstags, im Hörsaal der Urania-Sternwarte in der Invalidenstr. 11, Beginn 4. Oktober). Dr. F. Nissenpart, „Die Fixsternwelt“ (4 Vorträge, Dienstags, im Hörsaal der Urania-Sternwarte in der Invalidenstr. 11, Beginn 1. November).

Berein zur Förderung der Kunst. Aus „Berters Leiden“, aus „Goethes Gespräche mit Eckermann“ werden Bruchstücke bei dem vollständigen Kunstabend der Stadt Charlottenburg neben Szenen aus „Faust“, „Iphigenie“, „Tasso“ etc., sowie gesprochen und gesungene April in trefflicher Auswahl geboten werden. Der Vortrag des Abends steht einem Künstlererholungsheim zu. Karten a 50 Pf., sowie einige reservierte Plätze a 1 M. sind in allen Charlottenburger Buchhandlungen, Verein zur Förderung der Kunst, Albrechtstraße 11, Dürerhaus, Kronenstraße 18, Bloch, Brüderstraße 1 etc. zu haben.

Aus den Nachbarorten.

Die Einwohnerzahl von Wilmersdorf betrug nach den Ermittlungen des dortigen Einwohner-Meldeamtes am 20. September d. J. 52021; von der Bevölkerung waren 43472 Personen evangelisch, 5102 katholisch, 3169 jüdisch und 287 anderen Bekenntnisses. In den letzten fünf Jahren, seit dem 20. September 1899, hat sich die Be-

völkerung um 2762 Seelen oder um 108 Proz. vermehrt, also mehr als verdoppelt. Am stärksten war die Zunahme im Berliner Ortsteil mit 15823 Personen oder 192 Proz., hier hat sich die Bevölkerung also beinahe verdreifacht. Es folgen der alte Ortsteil mit 4367 Personen oder 52 Proz., der Halensee Ortsteil mit 3924 Personen oder 86 Proz., der Ortsteil am Bahnhof Wilmersdorf-Friedenau mit 2886 Personen oder 91 Proz. und schließlich der Rheingau mit nur 77 Personen oder 11 Proz.

Aus Schöneberg. Am Ende des Monats Juli betrug die Einwohnerzahl unseres Ortes nach Ermittlungen des Statistischen Amtes 125124, zwölf weniger als zu Ende Juni. Im ganzen beträgt seit Anfang dieses Jahres bis Juli die Zunahme 2725 Personen; vom Januar 1901 bis zum Berichtsmontat 1904 ist die Bevölkerung um 29000 Personen gewachsen.

Die Bauhätigkeit war im Juli geringer als im Juni, es wurden nur 6 Neubauten fertiggestellt mit 109 Wohnungen, die 395 Zimmer enthalten, Bauerlaubnis dagegen wurde in 22 Fällen erteilt. Der Besitzwechsel erstreckt sich auf 28 behaute und 14 unbebaute Grundstücke mit einem Gesamtumfang in Werte von 7766 250 bezw. 1 903 186 Mark.

Auf dem Arbeitsnachweis betrug die Zahl der männlichen Arbeitnehmer 680, der weiblichen 580, zusammen 1260 Personen; davon wurden erledigt durch Einstellung 193 bezw. 343 Gesuche. Arbeitsangebote waren vorhanden 209 männliche, 908 weibliche, zusammen 1177.

Beim Gewerbegericht waren am Beginn des Monats Juli 21 Streitigkeiten anhängig, der Zugang im Laufe desselben Monats betrug noch 52; in 51 Fällen handelte es sich um Streitigkeiten von Arbeitnehmern gegen Arbeitgeber. Erledigt wurden davon durch Zurücknahme 6, durch Vergleich 15, durch rechtskräftiges Verfallurteil 8, durch andres Endurteil 17 Fälle; unerledigt geblieben sind 28 Sachen.

Die Aufwendungen für Armenpflege betragen: im Januar 14368 M., Februar 13220 M., März 19900 M., April 15917 M., Mai 13274 M., Juni 11611 M. und im Juli 14200 M.

Die städtische Sparkasse wies Ende Juli 36900 Bücher auf mit einem Einlage-Kapital von 20856 150 M.

Lichtenberg. Die Erteilung des Pfaffenkonsenses an die Süddeutsche Immobilienbank für eine an der Frankfurter Allee neu anzulegende Straße war abhängig gemacht worden von der Möglichkeit in der dortigen Gegend ein Schulgrundstück anzukaufen zu können. Die Bank hatte sich nun unter den armen Gärtnern der Gegend umgesehen, und da Gärtner Rimprecht es müde war, Kohl zu bauen, stellte er den Rest seines Grundstückes für 550 M. brutto die Quadrat-Rate der Bank zur Verfügung, ohne zu wissen, daß die Gemeinde des Grundstücks bedürfte. Die Bank teilt nun der Gemeinde mit, daß Rimprecht von der Offerte zurücktritt und der Gemeinde das Grundstück direkt anbietet, aber — um etwa 6000 Mark teurer! Und das 14 Tage nach dem ersten Angebot. Gewiß ist auch Rimprecht davon überzeugt, daß nur seine Intelligenz, seine Sparjamkeit und seine Arbeitskraft den Wert des Grund und Bodens in 14 Tagen um 6000 Mark erhöht hat. So erklärt es sich auch, wenn Herr Rimprecht als Ordnungsmann in den Reihen der Grundbesitzer dafür eintritt, daß, weil der Grundbesitz ein besonderes Interesse an dem Wohlergehen und der Entwicklung der Gemeinde betätigt, auch die Grundbesitzer im Wahlrecht zur Gemeindevertretung bevorzugt sein müssen. Unser Genossen liegen sich denn auch die Gelegenheit nicht entgehen, auf das Unhaltbare dieser Ansicht hinzuweisen. Wenn die Offerte trotzdem angenommen wurde, und zwar mit 10 gegen 8 Stimmen, so ist dies darauf zurückzuführen, daß drei unserer Genossen in der Sitzung fehlten. — Da die Gemeinde eine Anleihe von etwa 1 Million für öffentliche Zwecke (Schulbau, Feuerwehre, Gebäude, Elektrizitätswerk, Straßenpflasterung) aufzunehmen beschloßen hat, die Genehmigung hierzu aber sich längere Zeit hinzuziehen kann, so wurde die Aufnahme einer schwebenden Schuld von 500000 Mark bei der Kreis-Sparkasse beschloßen.

Spandau. Der „Nationale Reichs-Wählerband“ zur Verwirklichung der Sozialdemokratie und zur Rettung des Vaterlandes vor dem Umsturz“ spult auch im Kreise Potsdam-Spandau-Ostbavelland bereits. Wie eifrig dieser famose Verband die Werbung von Mitgliedern betreibt, erfahren dieser Tage auch eine Anzahl Spandauer — Sozialdemokraten, welchen auch eine heftige Aufforderung, bestehend in einem Flugblatt, zuzug, dem Heidenbernde als — Mitglied bei einem Mindestbeitrag von — 50 Pf. pro Jahr beizutreten. Das Flugblatt ist in dem besagten „Himmelhochjauchenden — zum Tode betrieblen“ Tone gehalten und enthält neben einer Schilderung der Parteiverhältnisse im Wahlkreise folgendes schöne Geständnis: „Das Jahr 1903 zeigte ein weiteres Anschwellen der sozialdemokratischen Wählermasse um 4000, denn auf seiten der andern Parteien nur ein Zuwachs von 6—700 gegenüberstand. Es ist bekannt, daß bei der Stichwahl Wilhelm Liebknechts gleichartiger Sohn gewählt worden wäre, hätte nicht der Liberale Wahlverein in Spandau sich offen und entschieden für den Gegenkandidaten aufgeschlossen. Mit einer snappen Mehrheit von nur 505 Stimmen gelang es so, unsern gegenwärtigen Reichstags-Abgeordneten Pauli schließlich noch „durchzubringen“! Dieses Eingeständnis des freisinnigen Vereins an der Sache der Volksfreiheit wird unsern Parteigenossen in ihrer Agitation gegen die Reaktionen aller Schattierungen noch manchen guten Dienst leisten. Wenn in dem Flugblatt aus tatsächlichen Gründen der träben Befürchtung Ausdruck gegeben wird, daß der Reichstags-Wahlkreis Potsdam-Spandau-Ostbavelland bei der nächsten Reichstagswahl „zwei Löcher der Umsturzpartei unrettbar verfallen ist“, wenn usw., so können wir hierzu nur bemerken: Wir Sozialdemokraten wollen das befr. hoffen!

Die Altdorfer Stadtverordneten-Versammlung hat in ihrer gestrigen Sitzung die Eingemeindung des Gutsbezirkes Hasenheide beraten. Vom Magistrat wurde zugegeben, daß die Eingemeindung der Stadt keinerlei Vorteile bringe, wahrscheinlich würden aber auch keine erheblichen Kosten verursacht werden. Der Magistratsvertreter erklärte sich schließlich dafür, daß die Vorlage einer Kommission überwiegen werde. Die Versammlung beschloß in diesem Sinne.

Theater.

National-Theater. In einer von jenen Städten, aus denen das Gemeinwesen Berlin besteht, und zwar am Weinbergsweg, nahe der Rosenhägerstraße, wurde vorgestern (Donnerstag) eine neue musikalische Bühne eröffnet: das National-Theater (Opernhaus). Das neue Haus ist mit freischiff-fortschrittlichen Absichten gebaut, leistet aber doch weniger, als sein könnte. Das Parterre steigt wiederum in so geringem Winkel an, daß schon nach einigen Reihennummern der Ausblick unvollkommen wird; der Vorhang geht wieder auf und ab, hat seitlich auseinander; das Orchester liegt zwar tief, ist aber nicht verdeckt; die Ausstattung des Ganzen strebt zwar nach einer vernünftigen Klarheit, kommt aber über ein bißchen Secession und ein bißchen Empirie nicht viel hinaus. Trefflich sind der bequeme Ein- und Ausgang zu den Ethen, der fast völlige Verzicht auf Logen alten Stils, und ganz besonders die schmale, in einem einzigen „Kang“ endigende Langform. So kam denn auch eine gute Anzahl zu stande. Leider stört an der uns zugewiesenen Stelle des Parterres ein eigenartiges Phänomen: der Schall kommt manchmal wie von rückwärts. Die Erklärung dessen und eine etwaige Abhilfe scheinen uns nicht schwer zu sein.

Und nun die erste, unangenehme Weise dem „Troubadour“ gewidmete Vorstellung! Wir sagen nicht zu viel, wenn wir belemen, freudig übertrakt gewesen zu sein. Sowohl die tüchtigen Einzelkräfte wie auch der, gerade anderswo so sehr vermehrte, künstlerische Gesamtgeist versprechen ein günstiges Gedeihen. Daß sich einzelne Sängler etwas übernahmen, zumal im Verhältnis zur guten Musik; daß vorerst manche Besangheit stärke; daß gelangstetmisch und zumal schauspielerisch im einzelnen manches zu mahnen ist; daß soll uns angeht ein erstes Anlaufen nicht aufhalten.

Unter den Sängern seien in der ungefähren Reihenfolge der Wichtigkeit genannt: von den weiblichen Kräften die Damen Paula v. Lichtenfels (Sopran), Stella Rado (Mezzosopran), Paula Gahne (Sopran); von den männlichen die Herren Hans Helms (Bariton), Johannes Reinhardt (Tenor), Wilhelm Lamberger (Bass), Frau Joha (Bass). Das Orchester (mit etwa 30 Geigen) machte unter Wilhelm Reich einen günstigen Eindruck; das Ballet fiel durch mehrfache Verzögerungen auf, und seine Prima Fernanda Robertine leistet mehr als gewöhnliche Verzierungsarbeit. Als Regisseur war diesmal Gustav Rodmann genannt. Der, den wir zuletzt nennen, Direktor Hugo Becker, scheint wirklich Direktor zu sein; was viel belegen will.

Unterdessen hat das Theater des Westens unter Aloys Brach bereits seit längerem sein neues Jahr begonnen. Von einigen ersten Aufführungen wurde mir in meiner Abwesenheit nicht viel gutes berichtet, der Gast Dr. Rudolf Reilly ausgenommen, dessen große Künstlerkraft wir bereits im Vorjahre gekennengelernt haben. Dagegen hörte ich nun eine Aufführung des „Jägerbarons“, die wenigstens durch einzelne Leistungen hervorragte: insbesondere Ludvig Gaston sang und Ward Hagen spielte sehr gut; wir wünschen dieser Bühne ein gedeihliches Fortgehen ihrer aufsteigenden Entwicklung.

Vermischtes.

Ein Grabmal. Unterhalb des königlichen Schlosses auf Wilhelmshöhe, so schreibt unser Parteiblatt in Kassel, befindet sich eine kleine Insel. Dem Publikum ist es streng verboten, sie zu betreten. Das strenge Verbot des Betretens dieser Insel gab uns schon seit langer Zeit Anlass, uns allerlei Vermutungen hinzugeben. Was für Geheimnisse, die dem profanen Auge der „Untertanen“ verborgen bleiben müssen, möge wohl die mysteriöse Insel bergen? Etwas Außergewöhnliches mußte es auf alle Fälle sein, das zu solch einem kategorischen Verbot Veranlassung gegeben. Reugierig, wie wir nun einmal sind — man verzeih' uns diese unruhliche Eigenschaft — beschloßen wir, der Sache auf den Grund zu gehen und den

Schleier von dem streng geschützten Geheimnis herunterzureißen. Was wir entdeckten? Ein Begräbnis! Darüber besand sich folgender Gedenkstein:

„Dem Andenken meines treuen Dachshundes Erdmann.“

B. H.

Das also war des Rätsels Lösung! Nun, darob braucht man doch wahrlich nicht zu solch strengem Verbote Zuflucht zu nehmen. Wir können die menschlichen Gefühle verstehen, einem treuen Hunde einen Grabstein zu stiften.

Kulturfortschritte in Deutsch-Südwestafrika. Einem uns zur Verfügung gestellten Privatbriefe aus Swakopmund entnehmen wir folgende Mitteilung: Unser Ort ist an sich ein kleines, ödes, langweiliges Nest. So weit das Auge blickt, nichts als Sand und noch mehr Sand; kein grünes Ackerland erfreut das Auge, keine noch so beschiedenen Anlagen sind hergerichtet. Aber auch die geistigen Bedürfnisse fehlen hier völlig; weder ein Theater noch ein Konzertlokal sorgen für Unterhaltung und Zerstreuung. So sind wir denn auf einige wenige bessere Restaurants angewiesen, denen allerdings eine Anzahl Budiken primitiver Art zur Seite stehen. Aber dennoch schreitet auch hier in der Debe die Kultur vorwärts. Zu dieser Erkenntnis kamen wir, als von uns neulich das Lokal eines Gastwirts betreten wurde. Dem Rame schnitt die Langweiligkeit unsrer Seestadt offenbar durch die Seele. Er glaubte auf die Hebung des Fremdenverkehrs in seinen Räumen bedacht sein zu müssen und wollte nebenher wohl auch zur Verschönerung des ganzen Ortes etwas beitragen. Von diesem Grundsatze ausgehend, vertrieb er sich denn aus Kapstadt vier internationale Quindinnen. Es sind vornehme Damen, und ihre Prästation ist nicht gering. Sie würden weit den Gedanken von sich weisen, etwa die Gäste zu bedienen oder gar eine nützliche Hausarbeit zu verrichten. Das befragen nach wie vor der Hausknecht und die zu Kellnern dressierten Kaffern. Aber dennoch sind diese Schönheiten auch nicht schlantweg als Bierpuppen zu bezeichnen; im Gegenteil, sie regen an, beleben, animieren. Zum Trinken und zu anderen Dingen. Eines zwar mißfällt dem gebildeten Mitteleuropäer bis jetzt noch an der neuen Errungenschaft, nämlich die hohen Ansprüche, die die Damen stellen. Wenn

man in Betracht zieht, daß die Kaffernweiber mit einer Platte Tabak, einem Becher Reis oder Schnaps zufrieden sind, der Aufenthalt in dem erwähnten Lokal aber hundert Mark kostet, so ist die Klage begründet, daß das Gehalt bei höchsten Kulturansprüchen nicht reicht. Aber die Hoffnung soll begründet sein, daß die vier Schönheiten mit der Zeit bescheidener werden. Was nützt aller Kulturfortschritt in Swakopmund, wenn er nur der Plutokratie zugänglich ist und der Durchschnitts-Europäer mit seiner für so hohe Ansprüche unzureichenden Kasse großem Beiseite stehen muß?

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

R. 48. Der Ehemann kann nach jetzt Ehecheidung durchsetzen und nach Durchführung derselben Strafantrag stellen. Außerdem kann er wegen ihrer Blauderei Strafantrag wegen Verleumdung gegen Sie stellen. — **16.** Sie haben am Eriten zu räumen. — **2. 22.** Sie können lediglich auf Befehligung der Ihren Mietsgebrauch störenden Stallungen nebst Zubehör und auf Schadensersatz klagen. — **G. R. G. 1. Ja. 2.** Das Gericht bestell eventuell einen Anwalt. — **C. R. 120. 1.** Die Kassenbehörde hat nicht zu betätigen. 2. Ja. 3. Nein. — **G. 1176.** Dem Beirathen steht nicht das Wahlrecht zu. Ob Zwangsvollstreckung befehligt werden wird, läßt sich nicht im voraus sagen. — **W. R. 76. 1.** Darüber besteht Streit; es muß eventuell auf Nichtzahlung geklagt werden. 2. Ja. — **W. M. 10.** Hat der Dienet nicht Sonderabreden getroffen, so kommt die Gehaltsordnung in Anwendung. Schutzbestimmungen sind dieser fremd.

Marktpreise von Berlin am 29. September. Nach Ermittlungen des kgl. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Centner: Weizen**, gute Sorte 17,50—17,57 M., mittel 17,54—17,51 M., geringe 17,45—17,45 M. Roggen**, gute Sorte 13,80—13,80 M., mittel 13,80—13,80 M., geringe 13,80—13,80 M. Futtergerste**, gute Sorte 15,60—14,60 M., mittel 14,50 bis 13,00 M., geringe 13,50—12,60 M. Hafer**, gute Sorte 16,50—15,70 M., mittel 15,00—14,90 M., geringe 14,90—14,10 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00—25,00 M. Speisebohnen, weiße 50,00—25,00 M. Rüben 60,00—25,00 M. Kartoffeln 11,00—7,00 M. Rindfleisch 0,00—0,00 M. Schwein 0,00—0,00 M. für 1 Kilogramm Butter 2,80—3,00 M. Eier per Schod 4,50—3,20 M. *) Frei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Heute früh verschied mein lieber Mann
Karl Bahl
im 53. Lebensjahre.
Dies zeigt liebtetrübt an
Anna Bahl.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. Oktober, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Schönholzerstr. 22 aus nach dem Friedhof der Elisabeth-Gemeinde (Reitzen-Meese) statt. 1737b

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Otto Hanschke** am 20. September am Herzschlag verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. Oktober, nachmittags um 5 Uhr, von der Leichenhalle des Lazarus-Kirchhofes in Reinickendorf aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht 80/20 Die Ortsverwaltung.

Am 20. September verschied der Kollege, Tischler **Karl Bahl** am Herzschlag.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. Oktober, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Schönholzerstr. 22, aus nach dem Elisabeth-Kirchhof, Reitzen-Meese, statt.
Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser Kollege **Paul Borek** am 28. September, abends 11 Uhr, nach langen, schweren Leiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. Oktober, nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des neuen Lullien-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt. 1736b
Die Kollegen der Pianino-Fabrik von Hell & Comp.

Fachverein d. Musikinstrumenten-Arbeiter
Todes-Anzeige.
Am Mittwoch, den 28. Septbr., verstarb nach langen schweren Leiden unser Mitglied **Paul Bork** im 29. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. Oktober, nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des neuen Lullien-Kirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt. 142/00 Der Vorstand.

Hiemit allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Bruder, der Tischler **Otto Hanschke** am Donnerstag, den 29. September, sanft entschlafen ist. Dies zeigen an **Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.**
Die Beerdigung findet morgen Sonntag nachmittags 3 Uhr von der Halle des neuen Lazarus-Kirchhofes in Reinickendorf, Berlinstraße, aus statt. 1716b
Nähere Auskunft erteilt **H. Bonnin, Berlin, Alte Falschstraße 24.**

Flottgehendes Cigarrengeschäft
in einer mittleren Fabrikstadt, am Markte in bester Geschäftslage gelegen, ist umständlicher zu verkaufen resp. zu vermieten. Erforderlich Kap 5—6000. 1716b
Nähere Auskunft erteilt **H. Bonnin, Berlin, Alte Falschstraße 24.**

Dem Cigarrenfabrikanten Herrn **Hermann Poeschel**
Deikerstraße Nr. 25, zum 25jährigen Geschäfts- und Meister-Jubiläum die besten Glückwünsche. All-Fapan.

Invaliden-Unterstützungskasse d. Steinrucker u. Lithographen.
Die Beerdigung des am 27. September verstorbenen Steinruckers **Max Sommerfeld** findet statt am Sonntag, den 2. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Philipps-Postel-Kirchhofes (Wallerstraße) aus. 17335 Das Komitee.

Allen Freunden, Kollegen und Bekannten hiermit zur Nachricht, daß meine liebe Frau, meine gute Mutter **Auguste Gaedicke** geb. Blume am 29. Septbr., nachmittags 5 Uhr, plötzlich verstorben ist. — Die Beerdigung findet Sonntag, 2. Oktbr., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Giesemann-Kirchhofes, Nordend, aus statt. 134/10
Der trauernde Gatte u. Sohn **Albert Gaedicke, Otto Eichert.**

R Fritz Reuter Werke
8 Bde. in 4 Prachtbänden gebunden! (bisher billigster Preis 10 Mark) liefern für nur 6 Mark franco gegen Einsendung od. Nachnahme **Lipsius & Tischer, Kiel.**

Teilnehmer an englischen Konversations-Kursen gesucht; ebenso am Kurs für Anfänger; monatlich 4 M. **Hörmacher, 8 (Friedr.), Charlottenburg.** Privatstunden ebenfalls und in Schöneberg, **Schaufstr. 57, III.**

Nächste Woche Ziehung!
Quedlinburger Lose & 1 M.
11 Lose 10 Mk. Porto u. Liste 20 Pf. Pferde-Gewinne sofort verkäuflich gegen **Bar Geld.**
1500 Gewinne im Werte von M. **23 000.**
Hauptgewinn i. W. v. Mk. **5000.**
Lose versendet auch gegen Nachnahme **Carl Krebs, Quedlinburg 6.**
Zu haben in den Lotterien- u. Cigarren-Geschäften. 418*

Flottgehendes Cigarrengeschäft
in einer mittleren Fabrikstadt, am Markte in bester Geschäftslage gelegen, ist umständlicher zu verkaufen resp. zu vermieten. Erforderlich Kap 5—6000. 1716b
Nähere Auskunft erteilt **H. Bonnin, Berlin, Alte Falschstraße 24.**

Bernhard Baer

parterre und 1. Etage.

5. Rosenthalerstrasse 5.

Telephon Amt III 1129.

Grosse Auswahl

bester, fertiger Herren-Confection

Herbst-Paletots gestreift und kariert Cheviot 23, 20, 28, 25, 22, 20, 18,—	Winter-Paletots marango und gestr. Cheviot 28, 25, 22, 20, 20, 22, 20,—	Phantasie-Paletots — moderne Dessins — 40, 25, 22, 22, 20,—
Gesellschafts-Anzüge schwarz Satin oder Kammgarn 55, 50, 45, 45, 42, 35, 30,—	Rock-Anzüge einreihig schwarz Satin oder Kammg. 45, 40, 35, 27,—	
Jacket-Anzüge — englische karierte Stoffe — 40, 35, 28, 25, 22, 20,—	Jacket-Anzüge klein gemusterte u. gestreifte Cheviots 30, 25, 22, 22, 22,—	Jacket-Anzüge — Ersatz für seine Massarbeit — 50, 45, 40, 35, 28, 20,—
Beinkleider moderne gestreifte Stoffe besonders preiswert 15, 12, 10, 8, 6, 5, 50, 4, 3, 50	Phantasiewesten neueste Stoffe und Façons 8, 6, 5, 30, 4, 50, 2, 50, 8,—	

Versand nach ausserhalb bei Beträgen von 20 Mark an franco.

Auch für sehr starke Herren passende Sachen am Lager vorrätig.

Die seit 1868 bestehende rühmlichst bekannte Firma Louis Jordan, Drantenstr. 42, am Dronkenplatz, deren guter Ruf strengste Reellität garantiert, hat durch die Vereinigung einer großen Maß-Abteilung für „Kohlene“, „Blusen“ und „Wäsche“ einen stets steigenden Bedürfnis seiner geehrten Kundenschaft abgeholfen.
Die im Hause selbst eingerichteten „drei Meisters“ setzten unter bewährter Leitung alle Maß-Befestigungen „ohne Preisverhöhung“ der sonstigen Lager-Verkaufspreise unter Garantie des tadellosten Eigens nach neuesten Modellen an.
In den Abteilungen für Seiden und Sammet, Kleiderstoffe, Weißwaren, Weißer, Passamentieren, Spitzen etc. sind die Ausstellungen für Herbst- und Winterneuheiten erstklassig.
Die Firma gewährt bei Barzahlungen 5 Proz. Rabatt. 1742*

Enorm billig
verkauft Herren- und Knaben-Garderobe, hochmodern und sich geradest, Anzüge, Paletots, ein Hosen Hosen billig. Monats-Garderobe, für jede Figur passend, von feinsten Stoffen, wenig getragen, stets in großer Auswahl vorrätig. 1194b* (im Laden zwischen Annes- u. Dresdenstr.)

Moldauer, 64, Prinzenstr. 64

Möbelverkauf,
bestenfalls Gelegenheit für Draufseute. Die Möbel-Abteilung **Schäferstraße 2,** Ecke Friedrichstraße, besitzt komplette Wohnungs-Einrichtungen von 150, 200, 300, 400 M., hochlegante Einrichtungen bis zu 10 000 M. und darüber. Zahlung bei geringen Anzahlungen gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Staunend billig und empfehlenswert sind die kurze Zeit vertriehen gewesenen Möbel, zumal die meisten neu sind, um damit zu räumen. Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matrize 20, Tischspinde, Vertikos 38, Salonarmatur, Tischgarnituren 105, Tischbestellen mit Matrize 40, gefirniste Büffette, Bücherspinde, Vanelloas mit Sattelstaschen 85, Schreibrisch 40, Chaiselongue, englische Schlafzimmern, Speisezimmer, Salons, auch Zugschiff, sehr billig. Gekaufte Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Gespanne geliefert. Musterbuch gratis. 2162*

Wohnungseinrichtungen
Patent-Matrizen w. Abbild nur M. 27
gurtlose Polster Möbel, Gr. Reinlichkeit u. Haltbarkeit.
Berlin O. Lubowstraße 15, am Strausberg-Pl. **Paul Müller.**

Möbelverkauf!
Zunehmender Möbel-Abteilung, **Quellensstraße 15,** am Holsteischen Thor, haben viele Wohnungs-Einrichtungen, verschiedene gewesene und neue Ausstattungen zum sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Durch große Gelegenheits-Einkäufe zu billigen Preisen liefert ich gediegene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hochlegante von 500 bis 10 000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat vertriehen gewesener und zurückgesetzter Möbel, die noch fast neu und im Preis bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matrize 20, Tischspinde, Vertikos 38, Salonarmatur, Tischgarnituren 105, Tischbestellen mit Matrize 40, gefirniste Büffette, Bücherspinde, Vanelloas mit Sattelstaschen 85, Schreibrisch 40, Chaiselongue, englische Schlafzimmern, Speisezimmer, Salons, auch Zugschiff, sehr billig. Gekaufte Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Gespanne geliefert. Musterbuch gratis. 2162*

Spiegelgeschäft für Uhren.
1 neue Uhr-Feder 75 Pf.
1 neue Uhr-Feder 15 Pf.
1 neues Uhr-Glas 10 Pf.
1 neuer Uhr-Ring 10 Pf.
1 neuer Uhr-Feder 10 Pf.
1 neuer Uhr-Schlüssel 5 Pf.
Neue Uhren in größt. Ausw. genau reguliert.

E. Möbis,
82. Koppen-Strasse 82.
Berl. C.

Neu! Spiritus- u. Petroleum-Glählicht,
auf jede Lampe passend. Große Auswahl von Tisch- und Hängelampen. Echte Bronze-Gaskronen 3-fachartig, M. 18,50.
W. Krusemark,
50, Crandstr. 202.
Reparaturen billig. Telephon Amt IV, 1039.

Nathan Wand,
129 Stalitzerstr. 129. 3342*
Die schönsten Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu, sowie speziell Monats-Garderobe von Cavalieren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, bestell. Baum anzüge sind in großer Auswahl stets zu taumend billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand,
129 Stalitzerstr. 129. 3342*
hochhaltigen Korbwarenherh. Bitte auf Hausnummer zu achten.
Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchhandagen, Leibbinden, Gerdenhaltern, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankpflege.
Elgus Werkstatt,
Referant, Cris- u. Hülfs-Krankensaffen Berlin C.,
30. Finien-Strasse 30.
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Gelenken, angenehm und weich am Körper. 56632*

Die Wahl der Arbeitervertreter zu den unteren Verwaltungsbehörden.

In nächster Zeit vollzieht sich ganz unmerklich, fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit eine höchst wichtige Wahl im Rahmen unserer Versicherungsgesetze.

Die Weisiger zu den unteren Verwaltungsbehörden werden zu gleichen Teilen aus dem Kreise der Arbeiter und Unternehmer gewählt. Die Funktionen dieser Vertreter bei den unteren Verwaltungsbehörden sind für die Arbeiter von nicht unerheblicher Bedeutung.

Die Bedeutung der Wahlen tritt aber noch mehr in den Vordergrund, wenn wir berücksichtigen, daß die Weisiger bei den unteren Verwaltungsbehörden den Wahlkörper für die Wahlen der Vertreter zum Ausschuss der Landesversicherungsanstalt bilden.

Diese Wahlen vollziehen sich so, daß in allen diesen Körperschaften die Vertreter der Unternehmer auf der einen Seite, die Vertreter der Arbeiter auf der andern Seite einen geschlossenen Wahlkörper bilden, der je für sich seine eigene Vertretung bestimmt.

Es erhebt aus dem Dargelegten, daß die Arbeitervertretung einen Einfluß auf die Rentenfestsetzung, die Rentenaufhebung, die Rechtsprechung und auch auf die Regelung zahlreicher wichtiger innerer Verwaltungsangelegenheiten der Versicherungsanstalten ausüben vermag.

Es kommen bei diesen Wahlen 1400 untere Verwaltungsbezirke in Betracht, die nach dem Gesetz in der Regel je vier Weisiger aus den Kreisen der Unternehmer und der Arbeiter erhalten sollen, darüber hinaus hat die Versicherungsanstalt die Zahl der Weisiger zu bestimmen.

Die Wahl der Weisiger vollzieht sich nun in einem sehr komplizierten und sonderbaren Verfahren. Das Wahlrecht üben die Vorstände der Krankenkassen aus, und zwar ist hierbei folgendes zu beachten:

Die Weisiger zu den unteren Verwaltungsbehörden werden von den Vorständen der im Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde vorhandenen Orts-, Betriebs-, Fabrik-, Bau- und Innungs-Krankenkassen, Anapfchaftskassen, Seemannskassen und anderen zur Wahrung der Interessen der Seeleute bestimmten obrigkeitlich genehmigten Vereinigungen der Seeleute, sowie von Vorständen der freien Hilfskassen gewählt, welche die Rechte aus § 76a des Krankenversicherungs-Gesetzes besitzen (es scheiden also sogenannte Zuschußkassen aus).

ausdehnen. Es sind mithin nur die Vorstände der lokalen freien Hilfskassen, nicht die zentralisierten Hilfskassen wahlberechtigt.

Sodann erhalten die Vertreter der Kommunalverbände sowie die Vertretungen der Gemeindefrankenversicherung*) ein Wahlrecht, das sich bestimmt nach der Zahl der Arbeiter, die keiner Krankenkasse angehören, aber versicherungspflichtig nach dem Invalidenversicherungsgesetz sind.

Das Stimmenverhältnis bei der Wahl wird entsprechend der Mitgliederzahl der Krankenkasse, für die der Vorstand wählt, berechnet.

Die Leitung der Wahl liegt der unteren Verwaltungsbehörde ob, in der Regel in den Landgemeinden dem Landrat, in größeren Städten, die einen eignen Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde bilden, der Gemeindebehörde. Nachdem die Verwaltungsbehörde an die Krankenkassenvorstände die nötige Anordnung erlassen hat (Auf-forderung zur Wahl, Beigabe der Stimmzettel), hat der Vorsitzende der Krankenkasse den Vorstand zusammenzuberufen und im gesonderten Wahlgang für die Unternehmer und die Arbeiter die Wahlen vorzunehmen.

Am nun unumgängliche Zerspaltungen bei der Wahl zu vermeiden, wird es notwendig sein, daß sich die Gewerkschaften oder Gewerkschaftskartelle im Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde mit den Vorständen der Krankenkassen über die gemeinsame Aufstellung von Kandidaten verständigen.

Das Central-Arbeitersekretariat hat bereits vor Monaten die Anregung zu den Vorbereitungen für diese Wahl durch Circular an die Gewerkschaftskartelle gegeben und es darf wohl die Hoffnung ausgesprochen werden, daß nunmehr die Vorbereitungen beendet, die Aufstellung der Kandidaten vollzogen ist.

Bemerkten wollen wir, daß es auch nicht ausschließlos erscheint, in einigen Bezirken für die Wahl der Unternehmervertreter Vorbereitungen zu treffen, da in einer Anzahl von Krankenkassen-vorständen sozialpolitisch wohlwollende Unternehmer vertreten sind.

Was die Wahlbarkeit der Vertreter anbetrifft, so bestimmt darüber das Gesetz, daß die Hälfte der Arbeitervertreter am Sitz der unteren Verwaltungsbehörde oder nicht in einer Entfernung über 10 Kilometer wohnen dürfen. Es kommt also nicht die Arbeits-stätte des aufzustellenden Kandidaten in Betracht, sondern der Wohnort. Es kann dabei eintreten, daß jemand zu einer Ver-

sicherungsanstalt V. läge leistet, für die er in dem Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde nicht gewählt werden kann, weil er nicht dort wohnt. Die Kandidaten dürfen nicht dem Vorstand der Landesversicherungsanstalt oder einem Schiedsgericht für Arbeiter-versicherung angehören.

Wählbar sind nur deutsche, männliche über 21 Jahre alte Personen; nicht wählbar, welche zum Amt eines Schöffen unfähig sind, d. h. welche durch strafrechtliche Verurteilung die Befähigung zu diesem Amt verloren, oder gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Ab-erkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zur Folge haben kann, oder welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

Was den Wahltermin anbetrifft, so ist dieser kein einheitlicher für das Reich. Die Wahlverordnungen für Preußen und für den Bezirk der hanseatischen Versicherungsanstalt Lübeck bestimmen, daß die Wahl vom 1. Oktober bis 15. November stattfinden hat. In Baden finden die Wahlen im Monat Dezember statt; im Großherzogtum Hessen beginnen die Wahlen am 1. November d. J. Die übrigen Bundesstaaten haben keinen bestimmten Termin in ihrer Wahlverordnung festgesetzt, wahrscheinlich wird der Wahltermin hier durch die amtlichen Publikationsorgane noch bekannt gegeben; sicher ist, daß er im letzten Vierteljahre angelegt wird. Zu beachten ist, daß die Wahlen nicht an einem Tage stattfinden, sondern sich über einen Zeitraum von vier bis sechs Wochen ausdehnen.

Wir möchten nun nochmals an unsere Organisationen das dringende Ersuchen richten, da wo die Vorbereitungen noch nicht erledigt sind, mit allem Eifer an die Erfüllung dieser so wichtigen Aufgabe heranzugehen. Unsere Arbeiterorganisationen haben die Verpflichtung, alles daran zu setzen, um eine Arbeitervertretung zu schaffen, die den invaliden und hilfbedürftigen Arbeitern helfend zur Seite steht.

Das Central-Arbeitersekretariat.

Wasserstand am 29. September. Elbe bei Magdeburg - 0,53 Meter, bei Dresden - 1,97 Meter, bei Wittenberg - 0,29 Meter. - Unruhe bei Straßfurt + 0,75 Meter. - Oder bei Ralbitz + 1,34 Meter, bei Berlin Ober-Bogel + 4,76 Meter, bei Weiskau Unter-Bogel - 1,65 Meter, bei Frankfurt + 0,82 Meter. - Elbe bei Brodembünde + 2,89 Meter. - Saale bei Hohen - 0,14 Meter. R. e. h. bei W. + 0,39 Meter.

Eingegangene Druckschriften.

Die „Socialistischen Monatshefte“ (Administration: Berlin SW. 19, Beuthstraße 2) haben schon das Oktober-Heft ihres 10. Jahrganges erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Dr. Hugo Lindemann: Der Bremer Parteitag. - Dr. Leo Kron: Die preussische Volksschule, die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie. - Franz Kaufmänn: Das Verhältnis zwischen den einheimischen und den fremden Arbeitern. - Eduard Bernheim: Englands Wirtschaftsentwicklung im letzten Jahrzehnt. - Edmund Fischer: Der Widerstand des deutschen Volkes gegen Wahlrechtungen. - Dr. August Winter: Obersächsische Politik, ober-sächsische Gerichte, ober-sächsische Arbeiterbewegung. - Jakob Stern: Substanz- und Canalitätsidee. - Johannes Schla: Vom „guten grauen Dichter“. - Wirtschaft von Max Schippel. - Politik von Richard Salver. - Socialpolitik von Paul Kampffmeyer. - Sociale Kommunalpolitik von Dr. Hugo Lindemann. - Socialistische Bewegung von Hugo Boehl. - Gewerkschaftsbewegung von Ernst Deinhardt. - Frauenbewegung von Henriette Järl. - Bildende Kunst von Anna Plehn. - Lebende Kunst von Dr. Max Henning. - Buchbesprechungen. Der Preis des Heftes beträgt 60 Pf.; vierteljährlich 1,50 M. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolporteurs und durch jede Postanstalt. Ferner direkt durch den Verlag der „Socialistischen Monatshefte“, Beuthstr. 2, Berlin SW. (Zulassung unter Kreuzband oder in geschlossenem Couvert). Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung. G. v. Ehren. Wie soll Russland ein Rechtsstaat werden? Leipzig 1905, D. Gilscher Verlag.

- * Die Beteiligung an der Wahl ist übertragen in: Bayern: Verordnung vom 14. Dezember 1899 § 8: den Magistraten der unmittelbaren Städte und den Distriktsräten, bei der ersten Wahl den Distriktsausschüssen. Preußen: Bekanntmachung vom 24. August 1899 Ziffer 7: den Kreis- und Stadtkreisausschüssen, in Stadtkreisen den Magistraten. (Als weitere Kommunalverbände gelten hier die Kreise und in Hohenzollern die Oberamtsbezirke.) Württemberg: Verfügung des Ministers des Innern vom 25. November 1899 § 14 (Reg.-Bl. S. 1043): den Verwaltungen der Gemeinde-Krankenkassen und Krankenpflege-Versicherungen. Hessen: Ausführungsverordnung vom 13. Oktober 1899 § 8: Bürgermeisterei und Kreisräte. Oldenburg: Verordnung vom 14. November 1899 § 1: Amtsräten (Fürstentum Lübeck: Regierung für den Landarmenverband, Fürstentum Birkenfeld). Braunschweig: Magistrat Braunschweig, Kreis- und Stadtkreisausschüssen. Gotha: Bezirks-Verwaltungsbehörden. Schwarzburg-Sondershausen: Bezirks- und Stadtkreisausschüssen. Lippe-Deimold: Amtsgemeinderäten, Magistraten.



Kgl. Preuss. Staatsmedaille für gewerbliche Leistungen

R. M. Maassen

CONFECTIONS-HAUS

BERLIN S., am Oranienplatz.

Größtes Specialhaus Deutschlands für Damen- und Kinder-Confection.

Eröffnung meines neuen Geschäftshauses

(umfassend die Grundstücke Oranienstrasse 164, 165, Luisen-Ufer 25, 26)

heute, Sonnabend, den 1. Oktober.

Vorzüge meiner Firma:

Selbstfabrikation in grösstem Umfange. Billigste Bezugsquelle. Beste Verarbeitung. Grösste Auswahl.

Ausstellung in 12 Schaufenstern.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion den Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
 Sonnabend, 1. Oktober.
 Anfang 7 1/2 Uhr:
 Opernhaus. Der Barbier von Sevilla.
 Neues königl. Opern-Theater. Camont.
 Deutsches Kettenglieder.
 Berliner. Onkel Banja.
 Puffing. Traumulus.
 Weiten. Der Kerschhüh.
 Thalia. Der Weibertönig.
 Central. Die schöne Helena.
 Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater).
 In Behandlung.
 Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Bühnen-Theater). Die Kreuzschreiber.
 National. Der Wildschütz.
 Belle-Alliance. La Pour.
 Deutsche Volksbühne. Genoveva.
 Neues. Erdgeist.
 Kleines. Nachtsyl.
 Residenz. Eine Hochzeitsnacht.
 Lustspielhaus. Ein wahrhaft guter Mensch.
 Casino. Mutter Gräbert.
 Trianon. Ihr zweiter Mann.
 Kuffen. Hofemanns Lächler.
 Metropol. Ein tolles Jahr.
 Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
 Apollo. Berliner Luft. Specialitäten.
 Palast. Vom Himmel zur Hölle. — Specialitäten.
 Herrnsfeld-Theater. Nur eine Nacht. — Am andern Morgen.
 Wintergarten. Specialitäten.
 Reichshallen. Stettiner Sängers.
 Passage-Theater. Dida. Specialitäten. Anfang 8 Uhr.
 Urania. Landentrache 48/49.
 Um 8 Uhr im Theater: Im Bannkreis der Jungfrau.
 Nachmittags 4 Uhr: Die Insel Rügen.
 Invalidenstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Central-Theater
 Heute Sonnabend:
 Gastspiel der Frau Lieban-Gros.
Die schöne Helena.
 Operette in 3 Akten von Offenbach.
 Sonntag: Der Jägerbaron. — Abends: Die Geltha.
 50% Preisermäßigung. Freitag-Abonnements für 5 oder 10 Vorstellungen werden jetzt wieder ausgeben.

Luisen-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Hofemanns Lächler.
 Sonntag: Romeo und Julia.
 Abends: Mein Leopold.
 Montag: Eitliche Arbeit.
 Dienstag: Mein Leopold.

Casino-Theater
 Löfflingerstr. 37. Anf. 8 1/2. Sonntag 7 1/2.
 Das tollt neue Oktober-Programm.
 Neu: Barold und Smiles. Neu!
 Duo Brilard-Zeppel-Verner.
Mutter Gräbert.
 Volksstück in 3 Akten v. Keiffingen.
 Sonntag: 4 Uhr: Der Donnantant.
Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpnickstr. 67.
 Heute Gastspiel Adolf Philipp.
„Ueber'n grossen Teich.“
 Anfang 8 Uhr.
 Aufführung Ende 10 Uhr 30 Min.
 Sonntag, 2. Okt., nachm. 3 Uhr:
„Ueber'n grossen Teich.“

Deutsche Volksbühne.
 Carl Weh-Theat., Gr. Frankf. Str. 132.
Genoveva.
 Anfang 8 Uhr.
 Morgen nachmittags 3 Uhr halbe Preise: Die Räuber. 7 1/2 Uhr: Genoveva. Montag: Wohlthätigkeits-Vorstellung zum Besten der Pensionistinnen Deutsch-Bühnenangehöriger: Klar zum Gesicht.

Passage-Theater.
 Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr.
 Nachm. Wochent. 5, Sonnt. 3 Uhr.
Das grossartige Oktober-Programm:
Hans Frey, Humorist.
 Geschw. Fiocati, Tanzduo.
 Engelski-Truppe, Russ. Ges. u. Tanz-Ensemble die Erschaffung eines Weibes aus dem Nichts.
 14 neue erstklass. Nummern.

Reichshallen-Theater.
 Stettiner Sängers
 Mesel, Pietro, Britton, Steidl, Blättner, Böhme, Böckmann, Balden, Schäder).
 Anfang: 8 Uhr.
 Montag: 7 Uhr.

Urania.
 Taubenstr. 48/49.
 Um 8 Uhr im Theater:
Im Bannkreis der Jungfrau.
 Nachmittags 4 Uhr:
Die Insel Rügen.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.
 Friedrichstr. 165.
Rosa
 das gelehrte Pferd!

Apollo-Theater.
 9 Uhr:
Berliner Luft.
 Burleske von Benno Jacobson.
 Musik von Paul Lincke.
 Vorher 8 Uhr: Die grandiosen September-Specialitäten.

Metropol-Theater
 Josef Giampietro a. D.
 Sendor. Joseph. Grünfeld, Frid-Frid.
 Der größte Erfolg dieses Jahres
Ein tolles Jahr.
 Gr. dram.-satir. Revue in 5 Bildern.
 Anfang 8 Uhr.
 Rauchen überall gestattet.

National-Theater
 Weinbergsweg 12a—13b.
 Sonnabend, den 1. Oktober 1904:
Der Wildschütz.
 Anfang 8 Uhr.
 Sonntag: Zar und Zimmermann. Abends: Der Troubadour.

Trianon-Theater.
 Georgenstr. zwischen Friedrich- und Universitätsstr.
Ihr zweiter Mann.
 Lustspiel in 3 Akten von André Solvane und Maurice Froyez.
 Anfang 8 Uhr.

Residenz-Theater.
 Dir.: Richard Alexander.
 Heute und folgende Tage
 8 Uhr:
Eine Hochzeitsnacht.
 (Une Nuit de Noces.)
 Schwan in 3 Akten von H. Strouel und A. Barre.
 Sonntag: 3 Uhr: Die 300 Tage.

Lustspielhaus
 Friedrichstr. 236.
Ein wahrhaft guter Mensch.
 Von Otto Erich Hartleben.
 Anfang 8 Uhr.
 Sonntag: Ein wahrhaft guter Mensch. Nachmittags: In Behandlung.
 Montag: Ein wahrhaft guter Mensch.

Herrnsfeld-Theater
 Ueber 200 Mal:
 der größte Herrnsfeld-Schlager
Nur eine Nacht
 zwei Akte aus einer Ue, und
Am andern Morgen
 Nachspiel zu „Kur eine Nacht“ mit
 Anton und Donat Herrnsfeld in den
 Hauptrollen.
 Anf. (auch Sonntag) 8 Uhr.

Prachtsäle des Westens
 Spichernstraße.
 Voranzeige.
 Freitag, den 14. Oktober 1904:
 Eröffnungsgastspiel des
Bernhard Rose-Theaters
 Zur Aufführung gelangt:
Unfre Don Juans.
 Große Hofe mit Gesang und Tanz
 in 4 Bildern von Treptow.

Scala-Theater.
 Eitenstr. 132 (a. d. Friedrichstr.).
Sensationelles Programm!
Familie Schmekeles
 Vosse mit Gesang in einem Akt,
 sowie
30 international. Specialitäten.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Vor der Vorstellung: Konzert.

Weimanns Volksgarten-Theater.
 Badstraße 58, Gesundbrunnen.
 Preisverteilung der Medaillen und Diplome der Ringkampfkämpfer.
 Am kleinen Saale:
Konzert u. Specialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
 Sonnabendabend 8 Uhr:
 Neu einstudiert:
In Behandlung.
 Komödie in 3 Aufzügen v. H. Dreier.
 Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Johannistag.
 Sonntagabend 8 Uhr:
In Behandlung.
 Montagabend 8 Uhr:
Nedea.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelm-Bühnen-Theater).
 Sonnabendabend 8 Uhr:
Die Kreuzschreiber.
 Bauernkomödie in 3 Akten von Ludwig Anzengruber.
 Sonntagnachmittag 3 Uhr:
König Lear.
 Sonntagabend 8 Uhr:
Pension Schöllers.
 Montagabend 8 Uhr:
In Behandlung.

Kleines Theater Neues Theater.
 Vereinigte Bühnen unter der Leitung von Max Reinhardt.
 Anfang 8 Uhr.
Des Pastors Rieke. (Wangel, Durieux, Winterstein, Ekort.)
 Sonntag: Nachtsyl.
 Montag: Nachtsyl.
Erdgeist. (Eysoldt, Steinrück, Waßmann, Licho, Valentini.)
 Sonntag: Erdgeist.
 Montag: Minna von Barnhelm.

Thalia-Theater.
 Dresdenstr. 72/73. Direktion: Kron & Schönfeld. Belle-Alliancestr. 7/8.
 Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Der Weibertönig.
 Große Ausstattungsgasse mit Gesang und Tanz in 4 Akten.
 (Guido Tiolscher, Lina Abarbanell, Fritz Holmerding, Josephine Dora in den Hauptrollen.)
 Sonntagnachm. 3 1/2; Charleys Tante.

Flotten-Schauspiele.
 Preise herabgesetzt. 35/16
Grösste Wasserschauspiele der Welt!
In die Luft sprengen von Kriegsschiffen.
 Vorstellungen: Sonnabend 4 u. 8 Uhr, Sonntag 3, 5 1/2, und 8 Uhr.

Deutsche Konzert-Hallen.
 An der Spandauer Brücke 3.
 Vollständig neu ausgestattet!
 Täglich:
 Gr. internat. Künstlerkonzerte. × Theater-Abteilung.
 Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Cirkus Busch.
 3. Parade-Gala-Abend.
Juanito-Truppe.
 „Chips“, Sprung v. ebener Erde über 8 Pferde mit Reiter. „Milton“, iränd. Jagdpferd, geritten von Mlle. de Holstein. „Alda Favory“, geritten von Fr. Martha Mohako.
 15 Polarbären von Mr. Henriksen.
Süd-West-Afrika.

Cirkus Schumann.
 Heute Sonnabend, den 1. Oktober, abends prächtige 7 1/2 Uhr:
Erste Grande Soirée High-Life. Gala-Programm.
 Neue Debüts, u. a.:
 Die größte Specialität der Reuzzeit: Erles Ausreiten. Chinko. Ausreiten. Herr Albert Carré (Sohn des kgl. niederländisch. Cirkusdirektors Délae Carré) mit seinen Freiheitsdreschieren.
 Die beliebte jugendliche Schaulustlerin Fel. Dora Schumann. — Konf. Pernelet mit seinen 40 Akrobaten. — Der moderne Samson Georg Lurich. — Die neuesten Schul- und Freiheitsdreschieren des Dir. Alb. Schumann etc.
 Um 9 1/2: Kolossaler Erfolg. Das große mimische Drama in 8 Bildern:
Michael Strogoff oder: Der Courier des Zaren.
 Circa 200 Ritornelle und Truppe Duetto (20 Personen).
 Sonntag: Zwei ge. Vorstellungen, nachm. 3 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr. Nachm. 1 Kind frei. Jun 9. Male:
Michael Strogoff oder: Der Courier des Zaren.

W. Noacks Theater.
 Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Extra-Elite-Vorstellung.
Die Rose von Avignon.
 Schauspiel in 4 Akten von Charlotte Birch-Blieser.
 Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.
 Sonntag:
Die wilde Katze.

Palast-Theater.
 Bürgerliche Schauspiele.
 Burgstraße 22.
 Um 8 1/2 Uhr:
Vom Himmel zur Hölle
 mit Direktor Richard Winkler als Jupiter.
 Vorher: Das neue Oktober-Specialitäten-Programm.
 Anfang 8 Uhr. Eröffnung 7 Uhr.
 Sonntag 6 Uhr.
 Sonntagnachmittag 3 Uhr zu kleinen Preisen:
Der Sohn der Wildnis
 mit namhaften Gästen.

Sanssouci.
 Stollbuscher Thor — Stat. der Hochbahn.
 Donnerst., Sonnt., Mont.:
Hoffmanns Nordd. Sängers.
 Nach jeder Solree:
Tanzkränzchen.
 Jeden Dienstag und Mittwoch:
Theater-Abend.
 In Vorbereitung:
Kaiser Josef II. und die Schützertochter.

Gustav Behrens Specialitäten-Theater.
 Frankfurter-Allee 85.
Das vorzügl. Oktober-Programm.
 20 Nummern.
Neu! Der mysteriöse Elefant
 (Wunder der Dressur!)
Neu! Der Schneider in tausend Angsten.
 Große Hofe.
 Anfang 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr.

Achtung! Vereine!
 Habe noch Säte an Sonnabenden u. Sonntagen im November und Dezember zu vergeben!
H. Ebert, Club-Haus,
 72. Kommandanten-Strasse No. 72.

Seltener Gelegenheitskauf.
Zum Umzuge
 Saal-Teppiche = 50, 65 bis 90 Mk.
 Salon-Teppiche = 30, 40 bis 65 Mk.
 Speise-Zimmer-Teppiche = 25, 30 bis 50 Mk.
 Wohn-Zimmer-Teppiche = 20, 25 bis 35 Mk.
 Herren-Teppiche = 15, 18 bis 25 Mk.
 Sofa-Teppiche = 6, 8 bis 14 Mk.
 Bett-Teppiche = 1.25, 2.50 bis 5 Mk.
 Außerdem offeriere die bei der Inventur zurückgekehren ca. 680 Stück prima echt Belours (kein Agminier), echt Tournay, echt Brüssel, sowie echte Smyrna- u. Perser-Teppiche, handgeknüpft, in allen Größen und reicher Musterwahl, mit kleinen, unmerklichen Musterverfehlern, jetzt zum Umzuge für die Hälfte des regulären Wertes. 3712*
Teppich-Haus
B. Hurwitz, Rotes Schloss,
 vis-à-vis dem National-Denkmal.
 Telephon 1, 8311.

Otto Pritzkows Abnormitäten - Ausstellung
 Münzstr. 16, am Alexanderpl.
Feodora, das Weib mit den Löwentatzen.
 Lebend! Lebend!
 32 Jahre alt, 70 cm. groß.
 Charlestro, das rätselhafte medizinische Wunder.
Nada und Anemos,
 Gedanklosler.
 Eintritt 10 Pf.

Josef Fischer
 Kohlen-Großhandlung
 Berlin O. 34, Brombergstr. 19/20.
 Preise ab Platz von 10 Ctr. an
 Senftob. Halbstr. p. Ctr. nur 60 Pf.
 Senftob. Sal.-Brik. 6 od. 7 „ nur 65 Pf.
 Anna, Adler, Maria
 Senftenberger la Henckels Werke 6 od. 7 Joll, nur 75 Pf.
 Ise, Salon-Briketts nur 85 Pf.
 Drei Steller pr. Ctr. 10 Pf. mehr.
 Gruch, Steinkohlen, Coaks, Holz zu billigsten Sommerpreisen.
 60 Handwagen verleihe zu Kohlen.

Prosit! Böhmisches Brauhaus. BERLIN.

 Empfehlen unser helles u. dunkles **Tafelbier:**
Gambrinusbräu (Münchener)
Nepomukbräu (Pilsener)
Böhmisches Brauhaus NO.
 Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088.
 Flaschen- „ Frieden-Strasse 93. T. VII. 1670.
 Unsere Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen Kolonialwaren-Handlungen. 5900L*

Anton Boekers Ball-Salon
Weberstr. 17 (fr. Brochnow)
 empfiehlt den geehrten Vorständen von Gewerkschaften und Vereinen seine Säle zu Versammlungen, Hochzeiten, Festlichkeiten; auch steht ein kleiner Saal zu 150 Personen und zwei große Vereinszimmer den geehrten Herrschaften zur Verfügung.
 Ergebnis 5002*
Anton Boeker, Weberstr. 17.

In die **Gast- u. Schankwirte Deutschlands.**
 Den Kollegen zur Nachricht, daß der Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands am 1. November ins Leben tritt.
 Alle Anfragen, den Verband im allgemeinen Betreffend, sind an den Vorstehenden Ferdinand Ewald, Berlin S., Schönleinstraße 6, Geldsendungen an den Kassierer Balduin Franke, Berlin 19, Neue Gränstr. 39, zu richten.
 Unser Verbandsorgan, der **„freie Gastwirt“**
 erscheint Ende Oktober in einer Probe-Ausgabe von 5000—10 000 Exemplaren. Einblendungen für diese Nummer werden bis 19. Oktober erbeten.
 Redaktion und Expedition befinden sich Berlin N., Brunnenstraße 164, und sind Zuschriften an die Adresse des Herrn Witzel zu richten.
 Den Kollegen und Vereinen, deren Adressen uns bekannt sind, werden Probenummern zugesandt.
 Wir erlösen die Kollegen allerorts, für den Verband zu agieren, und steht Agitationsmaterial zur Verfügung.
 Der Vorstand.
 F. W. Ferdinand Ewald.

Freireligiöse Gemeinde.

Montag, den 3. Oktober 1904, abends 8 Uhr, bei Franke, Sebastianstr. 30:
Beschließende Versammlung.

Tagesordnung:
Das Provinzial-Schulkollegium und der Magistrat.
Referent: Adolf Hoffmann.
Alle Mitglieder mit weisser Gultung sind dringend eingeladen.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Jalousie - Arbeiter.

Mittwoch, den 5. Oktober 1904, pünktlich 8 1/2 Uhr,
bei Ladewig, Kommandantenstr. 64:
Kommissions- u. Vertrauensmännersitzung.
Jede Werkstatt muss vertreten sein.
Der Obmann.

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.
Sekt. d. Gips- u. Cementbranche. (Gruppe Bahispanner.)
Sonntag, den 2. Oktober 1904, vormittags 10 1/2 Uhr,
im Lokal Inselstr. 10 bei Jannaschk:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Guten Besuch erwartet
Der Vorstand.

Verein der Bauanschläger Berlins u. Umgegend

Sonntag, den 2. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Franke,
Sebastianstraße 39:
Versammlung.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Mitglieder
werden ausgenommen.
Billet-Ausgabe zum Herbstvergnügen vom 29. Oktober cr.
Der Vorstand.

Verband der Maschinisten und Heizer

Ortsverwaltung Berlin.
Sonntag, den 2. Oktober, nachmittags 3 Uhr, bei Volgt,
Ritterstraße 75:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Wollheim: „Das Erdinnere und die Vulkan-
abdrücke“ 2. Verschiedenes. 3. Fragelosen.
Es sei hierbei noch besonders auf die frühere Einberufung der
Versammlung aufmerksam gemacht.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis: Zimmer 34, Amt IV, 3353.

Anherordentliche General-Versammlung

bei Keller, Roppenstraße 29.
Tages-Ordnung:
1. Aufstellung der Kandidaten zu den Gewerbegerichtswahlen.
2. Bericht über den Gürtler- und Druckerkreis.
Jahresbericht erwartet
Die Ortsverwaltung.

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 3. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Förster, Rixdorf,
Zeilmeisterstr. 103:
Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Mittwoch, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15:
Centralisierte Vertrauensmänner-Sitzung

Tages-Ordnung: 1. Die letztwöchentliche Kündigung der Vorarbeiter
und wie stellen sich die Kollegen dazu. 2. Diskussion. 3. Bericht der Ver-
trauensleute. 4. Verschiedenes.
Jede Werkstatt muß vertreten sein.

21. Stiftungs-Fest.

Großes Konzert. Dirigent: Herr Tietz. — Aufstehen von Musikern
und Harmonien unter persönlicher Leitung des Herrn Hermann
Schulte. — Gelang-Aufführungen von den Mitgliedern des Verbandes.
Während der Vorstellung im kleinen Saale, nach derselben in beiden
Sälen **Tanz.**

Alle Nähere im Programm.
Billets a 25 Pf. sind in allen Zahlstellen sowie bei den Vorstands-
mitgliedern zu haben. Ein jeder agitiere für rege Beteiligung.
Tagesordnung: 1. Die letztwöchentliche Kündigung der Vorarbeiter
und wie stellen sich die Kollegen dazu. 2. Diskussion. 3. Bericht der Ver-
trauensleute. 4. Verschiedenes.
Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Reederei Nobile.

Morgen Sonntag
auf vielseitigen Wunsch:
Letzte diesjährige Extrafahrt mit Musik
nach Zwiabusch, Berliner Schweiz, Gosener Berge.
Der Konzert u. Tanz, abends Feuerwerk, Höhenfeuer u. Alpenglühn.
Abfahrt früh 9 Uhr u. nachmittags 2 Uhr von der Jannowitzbrücke,
Restaurant zum „Schiff“.
Preis 50 Pf., Kinder die Hälfte.
Es laßt ergebnis ein
Hermann Gärtner.

Musikinstrumenten-Arbeiter!

Sonntag, den 2. Oktober, mittags 12 Uhr, bei Keller,
Roppenstraße Nr. 29:

Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:
Der Stand unsrer Lohnbewegung.
Jeder Kollege muß in dieser Versammlung erscheinen.

Die Vertrauensleute der Musikinstrumenten-Arbeiter aus allen Betrieben versammeln sich am Sonntag-
morgen 10 Uhr bei Keller, Roppenstraße 29.
Die Branchen-Kommission des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.
Die Agitationskommission des Fachvereins. Der Ortsverein der Pianoforte-Arbeiter.

Bauarbeiter

Berlin und Umgegend.
Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Steinträger, Putzerträger und Fahrstuhlarbeiter.

Große kombinierte Versammlung.

Sonntag, den 2. Oktober, vorm. 10 Uhr, in den Industrie-Festsälen, Beuthstr. 19/20:
Tagesordnung: 1. Das Accordsystem, seine Licht- und Schattenstellen. Referent: Kollege G. Heinemann.
2. Diskussion. 3. Das Verhalten einzelner Kolonnenführer in letzterer Zeit. 4. Verschiedenes.

Lohnarbeiter.

Sonntag, den 2. Oktober, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 4:
Große Versammlung
aller zu Zeitlohn beschäftigten Arbeiter auf Bauten.

Tagesordnung: 1. Die Organisation unter den Lohnarbeitern und ihre Aufgaben in der Zukunft. Referent:
Kollege R. Heidemann. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Maurer! Achtung!

Wie bekannt, tritt mit Anfang der ersten vollen Woche im
Oktober eine Verkürzung der Arbeitszeit um 1/2 Stunde ein.

Die gültigen Arbeitsbedingungen schreiben vor, daß früh 7 Uhr
die Arbeit begonnen wird und abends 1/6 6 Uhr endet, unter
Innehaltung einer halbstündigen Frühstückspause, einer einständigen
Mittags- und einer halbstündigen Vesperpause.

NB. Laut § 4 des Vertrages ist in der Zeit vom 1.—15. Oktober
noch eine halbstündige Vesperpause. Gemäß dieser Bestimmung
muß an den Sonnabenden, welche in dieser Zeit liegen, um 4 1/2 Uhr
Feierabend sein.

Abweichungen von dieser Arbeitszeit sind uns sofort mitzuteilen.
Die Arbeitnehmer-Vertreter in der Ahtzehner-Kommission.

J. A.: Emil Thöns.
153/3

Mitteilung an alle in der Gips- u. Cementbranche besch. Kollegen.

Trotzdem mit Ende September diesen Jahres unser Vertrag zu
Ende geht, regelt sich für die Kollegen unsrer Branche die Arbeits-
zeit entsprechend den Vertragsbestimmungen der Maurer. Indem
wir unsre Kollegen ersuchen, streng auf diese Bestimmungen zu
achten, erwarten wir, daß in Fällen, wo die Unternehmer Ab-
änderungen bestimmen wollen, uns sofort Mitteilung gemacht wird.

Der Vorstand der Sektion der Gips- u. Cementbranche.
J. A.: Wilh. Fritsch.

Fette Säuglinge leiden oft an Stuhlverstopfung und schreien stundenlang, ohne daß man die Ursache finden kann.

Diese Kinder erhalten meistens zu viel Kuhmilch, die sich im Magen
des Kindes zu großen Klumpen zusammenballt und durch die
Gährungsorgänge, denen sie im Darm unterliegt, den
Leib der Kinder stark aufbläht und durch diese Blähungen
die Kinder belästigt und zum Schreien veranlaßt.
Durch den Zusatz von Kulefes Kindermehl, in Wasser
gelöst, erreicht man eine feinständige Reinigung der Kuhmilch
im Magen des Kindes, welche den Verdauungsorganen leichter
zugänglich ist und die Gährungsorgänge im Darm in
günstiger Weise beeinflußt, so daß die Blähungen aufhören, die
Kinder ruhig werden und der Stuhlgang regelmäßig erfolgt.

Hut-Centrale

Oranienstr. 2 Ecke
Großes Specialgeschäft
für Filz- u. Seiden-Hüte.

Großes Lager in Herren-Wäsche, Krawatten, Hand-
schuhen, Trikotagen, Schirmen, Stöcken u. Mützen.

Moabit.
Den Parteilosen erlaube mir
zum Halbjahreswechsel mein reich-
haltiges Lager von 17276
Cigarren, Cigaretten und Tabak
in allen Bezugsarten zu empfehlen.
Gustav Menz, Wilhelmshafen-
straße 61.
Bitte genau auf Hausnummer zu achten.

Dr. Simmel, Pringon- Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Halsleiden.

10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen.
Alles-Verkauf. Sehr starkes Leder in
praktischen grauen u. braunen Streifen,
auch einfarbig. Im Bund aus einem
Stück gearbeitet. Sehr feste Knap-
pöhte. Halbstarke Pilot-Taschen.
Große Hüden umloht. Die Hufe

bei Entnahme von 4 Mt. 50
6 Stück 25 Mt.

Edelblaues Monteur-Jackett 1 R. 90
Edelblaues Monteur-Jacke 1 R. 50
Edelblaues Monteur-Jacke
Prima Röber-Gewebe 2 R. 50
Edelblaues Monteur-Jacke
Prima Röber-Gewebe 2 R. 10
Manchester-Hose 8,75, 5,50, 4,50, 3 R. 50
Gefütter. Wäsche-Jackett 14,50 8,75
Weiße Feinseide-Jackett 3,50, 2 R. 75
Korditor-Jacke, Kreisel 4 R. 50
Waler-Mittel 3, 2,50, 2 R. —
Mechaniker-Mittel (braun) 3, 2 R. 40
Weiße Leder-Jackett, Kreisel 7,50, 3 R. 75
Weiße Lederhosen 4,50, 2 R. 90
Kesselfeimer-Anzüge, blau,
nach Verzicht 5 R. 50
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chaussestr. 21a/25, Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurtstr. 20.

Die 23. Preisliste 1904 wird kosten-
los und portofrei zugesandt.
Bei Bestellung von Hosen ist die
Bundweite und die Schnittlänge, bei
Jacketts und Mitteln die Brustweite
anzugeben. 4672*

— Versand von 20 R. an franco. —

Gemeinsame Orts-Krankenkasse für Mariendorf und Umgegend.

Am 9. Oktober cr., vorm. 9 1/2 Uhr:
**Außerordentliche
General-Versammlung**
im Restaurant Reichard zu Marien-
dorf, Chausseestraße 16, zu der die
Herrn Delegierten ergeblich ein-
geladen werden.

Tages-Ordnung:
1. Änderung des § 46 des Statuts.
2. Beschlußfassung zu den Letzte-
verträgen. 3. Beschlußfassung über die
Ergänzungswahlen von Delegierten.
4. Verschiedenes. 275/6

Etwaige Anfragen, Beschwerden
oder dergleichen, zu denen die Einrich-
tung der Geschäftsabläufe erforderlich
ist, sind dem Vorstand mindestens
drei Tage vorher schriftlich einzu-
reichen.
Mariendorf, 28. September 1904.
Der Vorstand.
C. Schröder, erster Vorsitzender.

RESTE.

Zur Damenmäntel-Konfektion,
Mädchen- und Knabengarderobe,
Damentasche in schwarz und
farbig, Kostümtasche, Kammgarn,
Cheviot, Corkskrew, Plüsch,
Sammete, Besatzartikel etc.

KONFEKTION

Fertige Jacketts, Paletots,
Capas, Kostüm-Röcke etc.
Größte Auswahl. Billige Preise.
C. Pelz, Kottbuser-Str. 4.

Jeden Mittwoch: Frische Gebräu-
würstchen. Jeden Sonnabend: Frische
Blut- und Leberwürst.
Braunen-
Wurstmeyer, Straße Nr. 6.

Partei-Expeditionen:

Berlin zweiter Wahlkreis: Hermann Werner, Wittenwalder-
straße 30, v. part. — Dritter Wahlkreis: St. Fröh. Weiningerstr. 31.
Hof rechts part. — Vierter Wahlkreis O.: Robert Engels, Gr.
Frankfurterstr. 133, Hof part. — SO.: Paul Böhm, Luisenpark 14/15
(Laden). — Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl Anders,
Salmgüterstr. 8, im Laden. — Wedding und Oranienburger
Vorstadt: Emil Stolzenburg, Wiesenstr. 41/42. — Rosen-
thaler Vorstadt, Gesundbrunnen, Reinickendorf (Ost
und West), Wilhelmsruh und Schönholz: Hermann Rasche,
Königsstr. 24, vorn part. links. — Schönhauser Vorstadt: Karl
Rars, Kastanen-Allee 95/96. — Alt-Glienieke: S. Pries,
Radowerstr. 68. — Charlottenburg: Gustav Schürberg,
Fehndammstr. 1, Ecke Goethestraße, vorn l. — Deutsch-Wilmers-
dorf: W. Rikel, Berlinerstr. 190, III. — Friedrichsberg-
Friedrichsfelde - Wilhelmsberg - Hohenschönhausen:
Otto Seitel, O. 112, Stroupspringenstraße 50, I. — Grünau:
H. Blumh., Kurfürstenstraße 3. — Rixdorf: W. Heinrich,
Prinz Handwerkerstraße 7, im Laden. — Schönberg: Wilhelm
Bäumler, Karlin Luthnerstr. 51, im Laden. — Ober-Schöne-
weide: Otto Wanger, Döbmitzstraße 1a, 2 Treppen. — Nieder-
Schöneweide: Sonatowski, Berlinerstr. 8. — Johannish-
thal: Paul Mann, Bismarckstr. 7. — Adlershof: Paul Schmidt,
Bismarckstraße 22, I. — Königs-Wusterhausen: H. Rietz,
Bahnstr. 11 II. — Köpenick: Friedrich Boldt, Grünstr. 29. —
Friedenau-Steglitz: H. Bernier, Schloßstr. 115, Gartenhaus I,
in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: O. Rohr,
Döbmitzstr. 8, und Fr. Scheibhase, Ahornstr. 15a. — Baumshulen-
weg: Eiod, Ernststr. 2 II. — Treptow: R. Seigt, Alsenstr. 37,
vorn III l. — Neu-Weissensee: W. Rette, Gabelstr. 46, part.
— Rummelsburg: Forgerbert, Prinz Albersstr. 5a. — Tegel,
Borsigwalde, Dalldorf und Waldmannslust: Paul Riensch,
Borsigwalde, Schubarstr. 43. — Pankow: St. Nummer 1, Altonaerstr. 43.
Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf und Hankels Ablage:
Wilsons Gräß, Eichwalde, Kronprinzenstr. 82, I.

Nebenbei ist familiäre Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen
Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für
den „Vorwärts“ entgegengenommen.

Bitte ausschneiden.

Herr Dr. Franz Oppenheimer und die „Zeitschrift für Socialwissenschaft“.

In Nummer 56 des „Vorwärts“ (vom 6. März d. J.) habe ich — mehr dem Jureden gehorchend als dem eignen Drange — Herrn Dr. Franz Oppenheimers Schrift „Das Grundgesetz der Marx'schen Gesellschaftslehre“ besprochen. Die Kritik ist nicht so ausgefallen, wie sie Herr Oppenheimer jedenfalls erwartet hatte; denn nachdem er zunächst der Redaktion eine Kopie, die in Nummer 74 zum Abdruck gelangt ist, eingesandt hatte, kündigte er in einem weiteren Schreiben an, daß er gründlich mit mir abrechnen werde. Diese Abrechnung ist vor kurzem im August-Heft der von Professor Dr. J. Wolf redigierten „Zeitschrift für Socialwissenschaft“ erschienen. Würde Herr Dr. Oppenheimer sich dort auf die Behauptung beschränkt haben, ich hätte weder sein Buch, noch die Marx'schen Ausführungen über das Accumulationsgesetz verstanden, oder ich sei überhaupt nicht fähig, Bücher von dem Gehalt der seinigen zu begreifen, so hätte ich die „Abrechnung“ einfach ignoriert. In unheimlicher Weise von hundert Fällen wird sicherlich immer der in einer Kritik mitgenommene Autor erklären, sein Kritiker hätte ihn gar nicht verstanden.

Indes Herr Dr. Franz Oppenheimer beschränkt sich nicht nur auf die Bezeichnung meiner Urteilsfähigkeit; er behauptet weiter, ich hätte aus Partisanatismus überhaupt nicht „den unbefangenen und ersten Willen zur Wahrheit“, mir läme es lediglich darauf an, den sich gegen die Marx'sche Lehre wendenden Gegner „niederzuknuppeln“, kurz ich wäre eigentlich ein literarischer Justizmörder. Allerdings sei ich nur einer aus der socialistisch-literarischen Clique, die es so triebe. Die ganze jetzige Mitarbeiterschaft der „Neuen Zeit“ befolge diese „typische Methode“, die bereits durch Marx und Engels ihre „vorbildliche Ausgestaltung“ erfahren habe.

Herr Dr. Oppenheimer benützt also die Gelegenheit zugleich zu einem Angriff auf die „Neue Zeit“, obgleich diese weder eine Kritik der neuesten, noch, soviel ich weiß, irgend einer früheren Schrift des Herrn Oppenheimer veröffentlicht hat. Aber gerade diese Ignorierung der Verdienste des Herrn Dr. Oppenheimer um die Förderung der Wissenschaft dürfte in dessen Augen der unzeitlichste Fehler der „Neuen Zeit“ sein. Zudem aber betreibt sie, anstatt verdienstlich zu wirken, wie Herr Oppenheimer ihr vorwirft, den Massenwahn oder, um seinen Ausdruck zu gebrauchen: die „unselige Verheerung der Klassen“.

Rüchrichten auf den Raum des „Vorwärts“ verhindern mich, die ganzen Schimpereien des Herrn Dr. Oppenheimer zum Abdruck zu bringen; folgende Stellen müssen genügen:

„Wenn die Kritik eines Buches ein Urteil ist, nicht im logischen, sondern im juristischen Sinne des Wortes, ein vor dem Tribunal der Öffentlichkeit feierlich verkündetes Verdict, und wenn sein Amt daher von dem Kritiker nicht nur Sachverständnis, sondern auch den unbefangenen und ersten Willen zur Wahrheit erfordert: so sage ich Herrn Cunoto hiermit vor der Öffentlichkeit an, ein der Wahrheit und Gerechtigkeit widersprechendes Urteil verkündet zu haben, das man mindestens als Justizverbrechen, wenn nicht gar als Justizmord erklären muß.“

Aber es handelt sich hier nicht um ein größeres oder geringeres Maß von Grobheit, sondern um Schlimmeres: die typische Kampfweise der „Neuen Zeit“, des einzigen offiziellen wissenschaftlichen Organs der socialdemokratischen Partei, besteht, um es kurz zu machen, darin, daß man den Gegner nicht als einen Mann behandelt, der nach seinem Vermögen die Wahrheit sucht, sondern als eine widerige Mischung von Ignoranten, Schlopphanten, Streber und Idioten; daß man ihn hämisch vor einem zu eigenem Urteil nicht berufenen Publikum herunterreißt, seine Gedanken aus dem Zusammenhang reißt und im Koffalle unmittelbar fälscht, mit einem Worte, daß man, statt wissenschaftlich und gestützt mit Argumenten zu polemisieren, den Gegner terroristisch niederknuppelt. Die Methode ist so alt wie der Marxismus; sie hat schon in den Streitschriften, die Marx selbst gegen Proudhon und die Fr. Engels gegen Dühring ergeben ließ, ihre vorbildliche Ausgestaltung erreicht. ... All das ist aber mit den Jahren schlimmer geworden, namentlich seit die revisionistische Bewegung gezeigt hat, daß der Marxismus an seinen wichtigsten Säulen irre geworden ist. Seitdem, besonders seit Eduard Bernstein, der einzige vornehme Wahrheitsjäger des ursprünglichen Mitarbeiterstabes, herausgedrängt worden ist, haben nicht mehr ergrimmte Gelehrte, sondern nur noch zelotische Pfaffen das Wort, die die Wahrheit nicht suchen, sondern bestigen.“

Herr Heinrich Cunoto ist nicht der erste Beste, aber auch nicht der Schlechteste aus dem Kreise der Mitarbeiter der „Neuen Zeit“. Er hat sich durch einige brave ethnologische Arbeiten einen guten Namen gemacht und gilt daher als hervorragende marxistische Leuchte; in der Parteistriche nimmt er, wenn nicht den Rang eines Kardinals, so doch wenigstens den eines Erzbischofs ein. Es ist unmöglich, ihn abzuschütteln, und in der That ist in jenem Kreise einer des andern völlig wert, von Kautsky abwärts, dessen

scholastische Rabulistenkunst seit der Fehde mit Bernstein sattem bekannt ist, bis zum jüngsten „Mademiker“, der sich als kritischer Verteidiger des Dogma die Epochen verdienen muß. Die Kenntnisse sind verschieden, wie denn zum Beispiel Kautsky seinen Marx wirklich so gut kennt wie irgend ein Pfaff seinen Moran, aber die Auffassung und die Kampfweise sind immer die gleichen, unfähig niedrigen und widerigen. Und das ist nicht nur, wie einleitend gesagt, ein öffentlicher Skandal, sondern auch eine öffentliche Kalamität. Wieviel weiter wären wir in unferer socialen und politischen Entwicklung, wenn diese Pfaffen nicht wären, die ihre Schafe auf das Jenseits vertrieben, statt ihnen in Diesseits den Platz ihrer Arbeit anzuweisen. Ihr verrannter Zelotismus trägt einen großen Anteil an der unseligen Verheerung der Klassen und dadurch selbst an gewissen Ausbreitungen der an der Hemmung allen socialen Fortschritts interessierten Kreise.“

Auf diese Anlagen habe ich an Herrn Professor Dr. J. Wolf die nachstehende Zuschrift gerichtet mit der Bitte um Veröffentlichung in der „Zeitschrift für Socialwissenschaft“. Herr Professor Wolf schickte mir aber das Manuskript zurück mit dem Ersuchen, „es einer Umarbeitung zu unterziehen“, da Ausdrücke, wie „Lamento“, „Rage-Kritik“, „Ich nehme ihm seinen Aufsatz nicht übel“, nicht in dem „Rahmen wissenschaftlicher Polemik“ blieben. Ausdrücke wie „Justizmord“, „unmittelbar fälscht“, „zelotische Pfaffen“, „verrohte Kritik“, „marxistische Leuchte“, „scholastische Rabulistenkunst“, „Pfaff“, „verrannter Zelotismus“ usw. scheinen sich demnach nach Herrn Professor Wolfs Ansicht völlig im „Rahmen wissenschaftlicher Polemik“ zu halten. Eine eigenartige Auffassung!

Nach dieser Zurückweisung sehe ich mich nun leider doch gezwungen, den Raum des „Vorwärts“ in Anspruch zu nehmen. Meine Zuschrift an die „Zeitschrift für Socialwissenschaft“ lautet:

„Herr Dr. Franz Oppenheimer veröffentlicht im August-Heft dieser Zeitschrift unter dem Titel „Ein marxistischer Kritiker über meine Marx-Kritik“ ein langes Lamento, in welchem er mich wegen meines abfälligen Urteils (im „Vorwärts“ vom 6. März d. J.) über sein Buch „Das Grundgesetz der Marx'schen Gesellschaftslehre“ des literarischen „Justizmordes“ beschuldigt. Ich nehme ihm seinen Aufsatz nicht übel, er äußert sich beleidigend, aber nicht allzu übel. Er fälscht sich, wie er sich ausdrückt, „niederzuknuppelt“, und es ist eine bekannte Erscheinung, daß Beschlagene schreien. Es fällt mir deshalb auch nicht ein, auf seine Invektiven mit ähnlichen zu antworten; wer zum Schimpfen greift, hat meist unrecht. Verzuhren will ich mich hier nur gegen die Behauptung, daß ich jeden politischen Gegner als eine „widerige Mischung von Ignoranten, Schlopphanten, Streber und Idioten“ behandle.“

Ich habe im letzten Jahrzehnt manche Kritiken geschrieben für in- und ausländische Zeitschriften, und unter diesen Kritiken kann ich nicht wenige aufzählen, in welchen ich den Verfasser, und zwar konservativen wie liberalen, meine Anerkennung für ihre Leistung ausgesprochen habe — natürlich unter Wahrung meines abweichenden Standpunktes. Wo ich ernstes Streben, Sachkenntnis, Selbstkritik und eifriges Studium finde, da bin ich bereit, sie anzuerkennen, auch wenn ich die Resultate, zu denen der Verfasser gelangt, für unrichtig halte. Gegen eine bestimmte, heute recht häufige Litteratenspecies kenne ich allerdings, wie ich Herrn Dr. Franz Oppenheimer freimütig zugebe, keine zarten Rücksichten, nämlich gegen jenes moderne Ueberlitteratentum, dessen Annahme in lächerlichem Mißverhältnis zu seinem Wissen steht, und das auf Grund unzulänglicher Studien im Gefühl seines Herrenmenschenums über die größten Geister aller Zeiten aburteilt, als hätte es Quartaner vor sich. Ganz besonders aber ist meines Erachtens dann eine scharfe Zurückweisung dieser Litteratenspecies angebracht, wenn sie mit der socialistischen Arbeiterbewegung zu lolettieren sucht und diese gewissermaßen als Nebungsfeld für ihre Verhätigungsbedürfnisse betrachtet.

Auf die Behauptung des Herrn Dr. Franz Oppenheimer, ich hätte Marx nicht verstanden, gehe ich nicht ein. Es ist mir völlig gleichgültig, ob Herr Oppenheimer der Ansicht ist, ich hätte Marx nur halb, viertel oder gar nicht verstanden, zumal er zu dieser Ansicht erst gelangt ist, seit ich seine Schrift über das „Grundgesetz der Marx'schen Gesellschaftslehre“ abfällig recensiert habe. Nach Seite 8 dieser Schrift weist er auf meine Erläuterung des Sinnes der Marx'schen Ausdrücke „Produktionsweise, ökonomische Struktur, Entwicklung der materiellen Produktionskräfte, Reproduktion des unmittelbaren Lebens“ hin und erklärt meine Ausführungen (im II. Band des XVII. Jahrganges der „Neuen Zeit“, Heft 45) für „sehr gute Erörterungen“. Und ebenso gleichgültig ist mir die Meinung jener, die ausschließlich auf Herrn Dr. Oppenheimers Behauptungen hin ihr Urteil fällen, ohne es für nötig zu halten, die betreffenden Abschnitte des Marx'schen „Kapitals“ nachzulesen und sie mit Herrn Oppenheimers Schrift und meiner Kritik zu vergleichen. Nur bitte ich mir zu gestatten, einem Citat aus Dr. Oppenheimers Klage-Artikel („Zeitschrift für Socialwissenschaft“, S. 582) ein Citat aus meiner Recension (4. Beilage zur Nr. 56 des „Vorwärts“) gegenüberstellen zu dürfen. Dr. Oppenheimer behauptet:

„Er (Cunoto) weiß wahrhaftig nicht, daß die Produktion der industriellen Ueberbevölkerung durch die Abnahme des variablen Kapitaltheils im Laufe des kapitalistischen Produktionsprozesses bei Marx identisch ist mit der Reproduktion des Kapitalverhältnisses; er weiß wahrhaftig nicht, daß Marx die „ganze, streng logische Deduktion von 34 Seiten in dem 23. Kapitel mit seinen vier Unterabteilungen“ nur aus dem einzigen Grunde anstellt, um zu zeigen, wie sich das historisch durch „außerökonomische Gewalt“ einmal entstandene Kapitalverhältnis im kapitalistischen Produktionsprozeß selbst automatisch, mittels immer erneuter, immer verstärkter Wiedererschaffung einer Armee „freier Arbeiter“ verewigt, d. h. unendlich reproduziert.“

Damit vergleiche man folgende Sätze in meiner Recension: „Er (Marx) geht in seinem Kapitel über „das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Accumulation“ von der vorher nachgewiesenen Thatsache aus, daß mit der Ausweitung der kapitalistischen Produktion der in Produktionsmitteln (Fabrikgebäuden, Maschinen, Rohstoffen u.) stehende Kapitalteil, das heißt das sogenannte „konstante Kapital“, schneller zunimmt als der variable Kapitalteil, das heißt das zur Entlohnung der Arbeiter dienende Lohnkapital. Wäre diese Verschiebung des Größenverhältnisses beider Kapitaltheile nicht der Fall, bliebe also die Zusammenfassung unverändert, so trete notwendig alsbald ein Punkt ein, wo die Nachfrage nach Arbeitskraft über die normale Zufuhr hinauswüchse, wo also der Lohn steige. Indes beständen, so fährt Marx weiter aus, derartige den Arbeitern günstige Accumulationsbedingungen nur allenfalls zeitweilig auf einzelnen industriellen Gebieten, ohne daß sie den Charakter der kapitalistischen Produktion zu ändern vermögen; allgemein nimmt der konstante auf Kosten des variablen Kapitaltheils zu.“

Die Folge dieser Verschiebung der Kapitalzusammensetzung ist, daß die Nachfrage nach Arbeit, da sie nur vom variablen Kapitalteil abhängt, in Verhältnis zur Größe des Gesamtkapitals fällt — das heißt relativ fällt, keineswegs absolut. Die kapitalistische Accumulation schafft demnach, je nach ihrer Energie und ihrem Umfang eine relative, das heißt für die mittleren Verwertungsbedürfnisse des Kapitals überflüssige Arbeiterbevölkerung. Diese relative Ueberbevölkerung ist nun keineswegs eine bestimmte, immer gleichmäßig wahrnehmbare, feste Größe. Sie schwankt vielmehr beständig, da auch die Kapitalaccumulation mannigfachen Wechsel in den verschiedenen Produktionsphasen unterliegt.

Von einer stets gleichmäßigen Arbeiter-Ueberbevölkerung kann also nicht die Rede sein. Nicht nur weicht gleichzeitig die Gestaltung der Nachfrage nach Arbeitskräften auf den verschiedenen Produktionsgebieten vielfach von einander ab, sondern es findet auch zeitweilig eine derartige Attraktion von Arbeitskräften, d. h. eine Einbeziehung der Ueberflüssigen von Arbeitern in die aktive Arbeiterarmee statt, daß, wie Marx sich oben ausdrückt, die Ueberbevölkerung als „vorübergehend“ erscheint. Mehr oder weniger latent ist aber dieser Ueberflüssigkeit stets vorhanden. Wäre er es nicht, so könnten überhaupt keine beträchtlichen plötzlichen Expansionen der Produktion stattfinden, da für diese dann das zum Betrieb nötige Rohmaterial fehlen würde. Erst diese disponiblen, brackigende Arbeitskraft schafft für die wechselnden Verwertungsbedürfnisse des Kapitals das stets bereite exploitable Material.“

Wohl die meisten nationalökonomisch gebildeten Leser der „Zeitschrift für Socialwissenschaft“ werden sich nicht zu den Marxisten rechnen; aber ich glaube, nur sehr wenige dürften mit Herrn Oppenheimer der Ansicht sein, der Verfasser obiger Zeilen hätte die Marx'schen Ausführungen über die Abnahme des variablen Kapitaltheils, „Produktion der industriellen Ueberbevölkerung“, „Reproduktion des Kapitalverhältnisses“ u. absolut nicht verstanden.

Heinrich Cunoto.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 2. Oktober, vorm. 8^{1/2} U. in der Schul-Halle, Kleine Frankfurterstr. 6: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. Um 10^{1/2} U. vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn Waldes Kanale: „Die Inquisition in Spanien.“ Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Humanistische Gemeinde, Niederwallstr. 12, in der Aula der Friedrichswerderschen Oberschule. Sonntagvormittag 10^{1/2} U. Vortrag des Herrn Dr. Rudolf Benzig über: „Das Selbst als Götzer. III. Der Selbstherrscher als Rollenbild.“ Damen und Herren haben freien Zutritt. Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose. (Gegründet von ehemaligen Patienten der Heilstätte in Belgien.) Sonnabend, den 1. Oktober, abends 8^{1/2} U. Sitzung in den Königshäusern, Neue Königstr. 28. Nach derselben Recitationen, gesprochen von Herrn Carl Albert.

Stationen	Barometere hohes mm	Wind- richtung	Wetter	Temp. n. G. p. G. = C. G.	Stationen	Barometere hohes mm	Wind- richtung	Wetter	Temp. n. G. p. G. = C. G.
Stolzenberg	765	EO	Zwölzig	14	Haparanda	768	ES	2Heiter	5
Damburg	764	ES	1Rebel	10	Betersburg	771	ESB	1Rebel	7
Berlin	764	EO	1Wolzig	13	Cart				
Frankf. a. M.	764	R	Zwölzig	11	Aberdeen	755	ESD	3Regen	12
München	764	R	2Rebel	9	Paris	765	R	2bedeckt	11
Wien	765	SHZ	bedeckt	11					

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 1. Oktober 1904. Wenig warm, vielfach heiter, bei lebhaften südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Sunlight Seife

Ganz unbesorgt kann jetzt die fürsorgliche Hausfrau bei Verwendung von Sunlight Seife sein, während sie sonst die teuren Bierstücke aus kostbarer Seide, die feinen und empfindlichen Flanell- und Wollstoffe mit bangem Gefühl in die Wäsche geben müßte. Wie oft erhielt sie die liebgewonnenen Gegenstände ihrer häuslichen Sorge durch den Gebrauch minderwertiger Seifen verdorben, besetzt und zusammengekrumpft wieder! Die vorsichtige Hausfrau bestche also darauf, daß ihre Schätze nur mit Sunlight Seife gewaschen werden. Wunderbarste Reinigungskraft, absolute Unschädlichkeit, Fehlen aller scharfen Bestandteile werden garantiert. Hierzu treten noch große Ausgiebigkeit, leichte Anwendung, verminderter Arbeitsaufwand. Sie ist bei richtiger Verwendung die billigste Seife für den Haushalt. Sparsam im Verbrauch — in der Wirkung wunderbar.

Vorzugs-Preise zum Umzug.

Teppiche

Saalgröße à 90, 65 u. 50 M.
Salongröße à 65, 40 u. 30 M.
Wohnzimmergröße à 35, 25 u. 20 M.
Sofagröße à 14, 10 u. 6 M.

Steppdecken

Excelsior-Cloth à 8, 6.⁵⁰ u. 4 M.
Seidenart, Lasting, doppelseit. à 12, 10 u. 8 M.
Wollatlas- " à 10, 7.⁵⁰ u. 5 M.
Seiden-Atlas u. Serge à 18, 15 u. 12 M.

Läuferstoffe

Brüssel u. Tapestry 2.⁵⁰ u. 1.⁵⁰ M.
Velour 3.⁶⁰ u. 2.⁹⁰ M.
Holländer 1.²⁰, 80 u. 40 Pf.

Gardinen

Englisch Tüll per Fenster von 2.⁵⁰ M.
Brüsseler Tüll per Fenster von 4.⁷⁵ M.
Spachtel-Tüll per Fenster von 10.— M.
Erbstüll per Fenster von 12.— M.

Stores

Relief-Tüll von 2.⁷⁵ M.
Spachtel-Tüll " 5.⁵⁰ M.
Band (Lacet) " 7.— M.

Tischdecken

Wolle m. Franse à 5.—, 4.— u. 3.— M.
Tuch, gestickt, à 8.—, 6.—, 3.²⁵ M.
Plüsch mit Borde 7.— M.
Plüsch, gestickt, à 15.—, 12.—, 8.⁵⁰ M.

Portieren

Plüsch, gestickt, 2 Schals u. 1 Lambrequin von 10.— M.
Tuch, gestickt per Garnitur von 6.— M.
Velvet m. Tuchapplikation per Garnitur v. 18.— M.
Wolle, gestickt per Garnitur von 7.— M.

Diwandecken

Karamani, doppelseitig mit Fransen 7.— M.
Velour-Frisé, doppelseitig 8.⁵⁰ M.
Plüsch-Moquette 30.— u. 24.— M.

Felle und Fellteppiche

Chinesische Ziege mit Futter à 7.⁵⁰, 6.⁰⁰ u. 3.⁷⁵ M.
Angora, Lamm, Grösse 90x180 7.⁰⁰ M.
Dingo-Fell-Teppich mit Futter 6.⁷⁵ M.

Teppichhaus B. Hurwitz Rotes Schloß

vis-à-vis dem National-Denkmal.

Dr. med. A. Smith'sches
Ambulatorium für Herz- und Nervenkrankte
BERLIN W. 32 Potsdamerstr. 52.
Funktionelle Untersuchung und Behandlung.
Prospekt frei durch die Verwaltung

Fehlt Ihnen etwas?

für die neue Wohnung,

so gehen Sie rechtzeitig in unser Special-Haus. Dortselbst finden Sie eine überraschend große Auswahl von Neuheiten in:

Teppichen von M. 4.50 bis 12.—, 20.—, 30.—, 45.—, 60.— usw.
Gardinen von M. 2.10 bis 3.50, 5.—, 7.50, 9.—, 12.— usw.
Portieren bestickt: 2 Schals u. 1 Lambrequin: Wolle M. 5.50, Tuch M. 6.75, Plüsch M. 9.75 sowie Tisch-, Diwan- und Steppdecken, Läufer- und Möbelstoffe etc. 422L

Zum diesmaligen Umzuge sind große Partieposten zu wirklichen **Ausnahme-Preisen** zum Verkauf gestellt, worauf wir besonders aufmerksam machen.

Teppichhaus
B. Adler & Co.
Königstrasse 20-21, an der Jüdenstrasse,
im altbekanntesten Lokal beim Rathaus.



Dieser weiche Herrenhut kostet mit Satinfutter 1,75 Mark. mit Atlasfutter 2.— kleinere Form 1,50

Dieser schwarze steife Hut mit Futter kostet 2 Mark.

Grösste Auswahl in Herren-, Knaben- und Mädchen-Hüten
Neuheit: Die modernen Beutelhüte führe zu M. 2.— bis 5,50
Oscar Arnold
Grösstes Special-Geschäft
Engros für Hüte, Mützen und Pelzwaren Export
nur **Dresdenerstr. 116** (Kein Laden)
Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen und aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl in allen Preislagen.

Prima Trockenplatten

9x12: Dtzd. 1.— 13x18: Dtzd. 1.95
Bestes Celloidin-Papier sowie Celloidin-Postkarten äusserst preiswert.
Apparate u. sämtliche Bedarfsartikel für Photographie in nur guter Qualität bei denkbar billigsten Preisen. 183L*

Herm. König
Rüdersdorferstrasse 42. Zorndorferstrasse 9.
Preislisten gratis und franco.

Enorm billig

gelangen zum Verkauf die nur hochmodernen dieser wie vorheriger Saison zurückgesetzten, aus feinsten Maßstoffen gefertigten vornehmen Waren:

Paletots

Jackett-Anzüge . . . Maßpreis bis 60 M., jetzt 18—40 M.
Gehrock-Anzüge . . . Maßpreis bis 75 M., jetzt 23—43 M.
Winter-Paletots . . . Maßpreis bis 70 M., jetzt 18—40 M.
Herren-Hosen . . . Maßpreis bis 21 M., jetzt 7—12 M.

Sonntag 8—10 und 12—2 Uhr geöffnet.

Deutsches Versandhaus
Jägerstraße 63, 1 Treppe. Auf Hausnummer achten.

Meine Glaserei, Einrahmung, Bilder u. Büsten bewährter Parteinossen und Vereinsartikel wie Stocklaternen, Mützen, Anfertigung von Banner- und Fahnen-Decorationen befindet sich jetzt 480L*

Max Richter,
Berlin O., Friedrichsfelderstr. 20, vorn parterre.

AUSVERKAUF.

Wegen horrender Mietssteigerung — jährlich 1500 Mark — bin ich gezwungen, mein großes Lager in 460L*

Hüten, Schirmen, Mützen, Krawatten usw. zu verkaufen, es kommen nur meine bekannt guten Qualitäten zum Verkauf und ist jeder berechtigt, bei Bezahlung 10% in Abzug zu bringen.

Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2,
Ede Staliberstraße.

Gegründet 1872. **F. Nahrstedt** Gegründet 1872.

50., Wrangelstrasse 40/41 — Lübbenerstrasse 15.

Am Sonnabend, den 1. Oktober cr.

Eröffnung der um ca. 400 □ Meter vergrösserten neuen Geschäftsräume.

An diesem Tage gebe ich meiner geehrten Kundschaft noch

10 Proz. Rabatt in bar oder Doppelmarken.

Das stete Wachstum meines Geschäfts zeugt besser als jede Reklame, dass grösste Reellität und Preiswürdigkeit die besten Fundamente eines soliden Geschäftes sind; ich bleibe auch fernerhin bemüht, dieses Renommé der Firma zu schützen, und bitte eine hochgeehrte Kundschaft, mich in diesem Vorhaben freundlichst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll
F. Nahrstedt, Inh. Paul Frohmuth.

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnen-Strasse 17-18 * Veteranen-Strassé 1-2

Besonders vorteilhafte Angebote für den Wohnungswechsel!

Bettstellen

Polsterbett Persiabezug	5 50
Polsterbett Drellbezug	7 25
Polsterbett dito m. Spiral	8 00
Polsterbett dito m. Spiral, Zahnstange und Rollen	10 00
Chaiselongue-Bett m. Sprungfed., „Spezialmarke“	15 50
Fertige Betten in allen Preislagen	
Bettfedern Pfund	45

Bett- und Vorhangstoffe

Inlett Kissenbreite, glatt oder gestreift, 1.00, 70,	38 Pf.
Inlett Deckbettbreite, dito 1.50, 1.20	80 Pf.
Ziechen Kissenbreite, Meter 45, 35,	30 Pf.
Laken-Halbleinen ganze Breite, 90, 75,	65 Pf.
Vorhangstoffe altgold, ca. 84 cm breit, Meter	80 Pf.
Vorhangstoffe altgold, ca. 130 cm breit, Meter	130 M.
Faltenstoffe altgold, ca. 84 cm breit, Meter	110 M.
Faltenstoffe altgold, ca. 130 cm breit, Meter	165 M.

Wachstuch-Artikel

Leitungsschoner	8 Pf.
Spindstreifen	8 Pf.
Leitungsschoner Ia	18 Pf.
Küchentischdecken	25 Pf.
Leitungsbehang	45 Pf.
Eimerspindeldecken	25 Pf.

Holzwaren

Bauertische	195 M.
Bauertische mit gravierter 4-eckig 6-eckig Platte	M. 2.75 3.35
Schirmständer	185 M.
Vogelbauer mit Holzstützen	125 M.
Vogelbauerständer	275 M.
Salonsäulen	195 M.
Rauchtische	225 M.
Palmenständer mit Beschlag	225 M.
Blumenständer für 8 Töpfe	375 M.
Panelbretter, 80 cm lang	220 M.
Rauchservice, besond. preiswert	68 Pf.
Bürstentaschen	28, 48, 95 Pf.
Zeitungsmappen	38, 48, 95 Pf.
Zigarrenschränke	48, 95 Pf. 190 M. 290 M.

Ein grosser abgepasste Tüllgardinen

weiss oder creme, hochelegante Muster
 Position I Wert bis M. 6.75, das Fenster M. 3.85 4.85
 Position II Wert bis M. 16.00, das Fenster M. 6.50 8.75 10.50
 eine ganz besondere Gelegenheit.

Ein Posten Chinesische Ziegenfelle in allen Farben, ca. 45x75 cm gross, durchweg das Stück 2.00

Eisenwaren für den Umzug

Eiserne Gardinenstangen mit Oese ca. 8 mm stark	ca. 100 120 140 160 180 200 cm lang
Stück	7 9 11 13 16 18 Pf.
Mauerhaken für Gardinenstangen, mit Stift und Oese	Paar 3 Pf.
Verzinte Ringe klein 100 Stück, gross 100 Stück	9 Pf. 15 Pf.
Porzellan-Ringe 1 Loch 3 Stück, 2 Loch 3 Stück	2 Pf. 3 Pf.
Porzellan-Quasten klein 2 Pf., gross 3 Pf.	
Putzhaken, geschmiedet	2 3 4 5 Zoll per 10 Stück 6 9 13 16 Pf.
Stahlhaken blau p. 10 Stück	6 9 12 — Pf.
Konsolhaken geschmiedet p. 10 Stück	8 11 15 — Pf.

Bildernägel mit massivem Messing-Knopf	1 1 1/2 2 2 1/2 Zoll
Dutzend	3 4 6 9 Pf.

Zangen, „Marke Glocke“	No. 6 5 4 3
Stück	31 33 42 58 Pf.

Hammer mit weissem Stiel	No. 3 6 9
Stück	45 21 12 Pf.

Hammer mit poliertem Stiel	65 33 22 Pf.
----------------------------	--------------

Drahtstifte, Kammzwecken
Schrauben

Teppiche

Axminster ca. 140x200	8.00, 450 M.
Axminster ca. 170x230 ca. 200x300	13.50 M. 19.50 M.
Tapestry Ia ca. 140x200 ca. 170x230	6.90 M. 12.00 M.
Ia Plüsch hervorragende Auswahl ca. 140x200 ca. 170x230 ca. 200x300	15.50 M. 24.75 M. 37.50 M.
Läuferstoffe	Mr. 25, 35, 48, 70 Pf.
Möbelstoffe ca. 130 cm breit	1.20, 1.50, 1.75 M.

Steppdecken

Spezialfüllung	350 M. 475 M.
Steppdecken Prima Handarbeit (Selbstanfertigung)	790 M. 975 M. 1300 M.
Schlafdecken, Waffel-Bettdecken in grosser Preisauswahl	

Portieren-Shawls

075 M. 150 M. 200 M. 250 M. bis 700 M.	
Portieren-Garnituren in Wollstoff, Tuch oder Leinenplüsch, 2 Shawls und 1 Lambrequin	675 M. 975 M. 1450 M. 1800 M.

Gardinenstangen, Portierenstangen
 Gardinenrosetten
 in grosser Auswahl, besonders billig.

Besen und Borstenwaren

Haarbesen	39, 70, 90 Pf.
Handfeger	25, 38, 45 Pf.
Rosshaar-Besen	90 Pf. 135 M. 175 M.
Rosshaar-Handfeger	45, 65, 85 Pf.
Schrubber	14, 18, 22 Pf.
Scheuerbürsten	5, 10, 15 Pf.

3 Waggon Porzellan
 ausserordentlich billig.

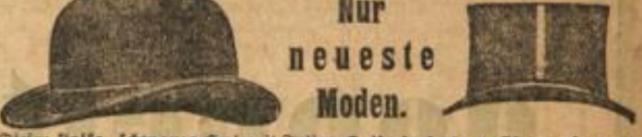
Kostenlose Auskunftsstelle für Rechts- und Streitfragen, für Ausarbeitung von Schriftstücken und Briefen und für Gelegenheitsgedichte zu Hochzeiten, Geburtstagen etc.
 Geöffnet von 4 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends.

Verstellbare
 Zuggardinen-Einrichtungen
 in verschiedenen Ausführungen.

6039 Gewinne
Berliner Loose à 1 M.
 11 Loose 10 M. Porto und Liste 20 M.
 der 15. Lotterie der Techn. Kommission für Trabrennen, Züchtg. u. n. s. Norbr.
 Gewinnne Mark: 10000, 6000, 5000, 4000, 2mal 3000, 2mal 1500 u. s. w.
 Loose zu haben bei Lotteriede- und Cigarrenschäften u. dem Generaldebit
Lud. Müller & Co., Berlin, Breitestr. 5
 Kauf und Verkauf von Staatspapieren, Pfandbriefen etc.
 Telegramm-Adresse: Glikk Müller

Max Ritzmann
 Specialgeschäft für Sprechmaschinen
 BERLIN C., Gertraudenstr. 1-7.
 Preisgekrönt auf der fachgewerbl. Ausstellung. **!Selten günstiges Angebot!** Preisgekrönt auf der fachgewerbl. Ausstellung.
 Unübertroffen in
 Tonfülle und Klang.
 Geräuschloser Gang.

Plattensprechmaschine
 mit Konzert-Schalldose.
 Früherer Preis M. 75,—, jetzt **36,50.**
 Ansicht gern gestattet.

Nur neueste Moden.

 Dieser Hilfe, schwarze Gut mit Futter, Cylinderhüte u. Chap. clagues moderne Form, kostet M. 1.90. in großer Auswahl.
 Special-Hut-Engros-Lager, nur neueste Moden.
 Abteilung für den Einzelverkauf 5915L*
Neue Königstr. 48, 1 Treppe,
 drittes Haus am Alexanderplatz.
 Grösste Auswahl, aussergewöhnlich billige Preise.
 Filzhüte für Herren, mit Hutfutter M. 1.50, mit Hutfutter M. 2.—, hochfeine Qualität M. 2.50, extra feine M. 3.—, beste Qualität 4.50.
 Sonntags geöffnet.

S. Piket,
 Herren- und Knaben-Garderoben,
 jetzt 44, Prinzenstr. 44, Laden.
 Zeige meiner geehrten Kundschaft hierdurch ergebenst an, dass ich mein Geschäft von Prinzenstr. 77 in die bedeutend vergrösserten Räume
44 Prinzenstr. 44, gegenüber dem alten Geschäft, verlegt habe.
 Monats-Garderobe.

Eine Mark
 wöchentliche Zeitzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden.
 Bestellungen n. Maß, labell. Ausb. Werkstatt im Hause.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47.
 Ab 3. Oktober an der Jannowitzbrücke 1 am Bahnhof Jannowitzbr.

Spezialität:
 Solide bürgerlich. Einrichtun-
 von 150-3500 Mark.
 Bar- oder Teilzahlung.
Wilhelm Misch

 Kein Laden — Reelle Ware
 Niedrige Preise
 Kulante Bedingungen
 Strengste Verschwiegenheit
 BERLIN NO. 19.
Gr. Frankfurterstr. 45/46

W. Zapel
 Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.
 Grösstes Special-Geschäft
 für Seiden- und Filz-Hüte.
 Lager in Schirmen und Mützen. [4248]

Butter ^{Handlung Franz} Klawe

Eröffnung
eines weiteren Zweiggeschäftes
heute

am Sonnabend den 1. October

Abteilung für Butter • Käse • Eier

1. Geschäft:
Mauerstraße 83
Telephon Amt 1, 1038
2. Geschäft:
Lindenstraße 105
Telephon Amt 4, 2098
3. Geschäft:
Viktorio Cuffe-Platz 6
(Ecke Moltstraße)
Telephon Amt 5, 108
4. Geschäft:
Sriedenau
Sponholzstraße 22
Tel.: Sriedenau 216.

Abteilung für Mehl- und Kolonialwaren

1. Geschäft:
Mauerstraße 8
Telephon Amt 1, 1038
2. Geschäft:
Weinbergsweg 8
Telephon Amt 3, 3028
3. Geschäft:
Waldstraße 11
Telephon Amt 2, 629
4. Geschäft:
Sriedenau
Sponholzstraße 26
Tel.: Sriedenau 216.

Eisenbahnstr. 42/43.
Markthalle.

Warenhaus J. Hirschweh

53, Wrangel-Strasse 53, Ecke Falckenstein-Strasse.

Nur noch kurze Zeit!

Extra = Rabatt von 10 Prozent

oder
doppelte Rabattmarken

des Rabatt-Sparvereins „Süd-Ost“.

Leipzigerstr. 50a
Ecke Jerusalemerstr.

H. Esders & Dyckhoff

Oranienstr. 48
Ecke Luckauerstr.

Eingang sämtlicher Herbst- und Winter-Garderoben

Winter-Paletots von 12,50, 16,00, 21,00, 27,00,
33,00, 39,00, 45,00 bis 75,00 Mk.

Damen-Konfektion = Kinder-Konfektion.